



Amosinternational

Gesellschaft gerecht gestalten



Internationale Zeitschrift für christliche Sozialethik

Bevölkerungswachstum

Johannes Müller

Bevölkerungswachstum und Armut

Hermann Lotze-Campen

Bevölkerungswachstum und Ressourcenknappheit

Shalini Randeria

Bevölkerungspolitik aus feministischer Sicht

Johannes J. Frühbauer

Urbanisierungsprozesse im 21. Jahrhundert

Frauen und Männer –

Gleichheit in der Verschiedenheit

Semaines Sociales de France 2012

Sozialinstitut Kommende Dortmund
1/2013



Editorial	<i>Stefan Lunte (Besson/Brüssel)</i> Lässt sich das Wachstum der Weltbevölkerung begrenzen? Zu diesem Heft	2
Schwerpunktthema	<i>Johannes Müller (München)</i> Bevölkerungswachstum und Armut Sozialwissenschaftliche Fakten und sozioethische Überlegungen	3
	<i>Hermann Lotze-Campen (Potsdam)</i> Bevölkerungswachstum und Ressourcenknappheit Herausforderungen und Handlungsoptionen	13
	<i>Shalini Randeria (Genf)</i> Bevölkerungspolitik aus feministischer Sicht Beispiele aus Indien und Afrika	20
	<i>Johannes J. Frühbauer (Luzern)</i> Das Städtische als Paradigma des Globalen Sozioökologische Herausforderungen der Urbanisierungsprozesse im 21. Jahrhundert	27
Arts & ethics	<i>Christoph Worringer (Düsseldorf)</i> Schneeball	28
	Dokumentation Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung Aus der Stellungnahme der Deutschen Bischöfe (Kommission Weltkirche) von 1993	35
	Zum Unternehmer berufen Aus einer aktuellen Handreichung des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden	42
Berichte	Gleichheit in der Verschiedenheit – eine gute Botschaft für Frauen und Männer Jahrestreffen der Semaines Sociales de France 2012	42
	Interdisziplinarität – Eine Herausforderung für die Christliche Sozialethik Zum 22. Forum Sozialethik	45
Buchbesprechung	Befähigungsgerechtigkeit	46
	Ethik der Freiheit	48
	Nachhaltig wirtschaften und konsumieren	49
	Cicero und der gerechte Krieg Festschrift Wilhelm Korff	51 52
Der Überblick	Summaries	54
	Résumés	55
Impressum		U2



Stefan Lunte

„Die Menschen sind die Plage der Erde“, erklärte der bekannte britische Naturforscher und Tierfilmer David Attenborough Mitte Januar in einem provozierenden Interview. „Entweder wir begrenzen das Bevölkerungswachstum, oder die Natur wird das für uns be-

sorgen.“ Solche und ähnlich reißerische Aussagen finden sich mit gewisser Regelmäßigkeit in den Medien. Berichte über Hungersnöte, Naturkatastrophen und Wassermangel geben immer wieder Anlass, die rasante Entwicklung der Weltbevölkerung, die sich im 20. Jahrhundert vervierfacht hat, zu problematisieren. Tatsächlich wirft die wachsende Zahl der Menschen, die 2050 die Neun-Milliardengrenze überschreiten soll, eine Reihe von politischen und sozialetischen Fragen auf.

Ohne den Anspruch zu erheben, auf diese Fragen jeweils schon richtige Antworten gefunden zu haben, wohl aber im Bemühen, die Diskussion zu versachlichen und in ihrer Vielschichtigkeit zu erfassen, widmet sich der Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe von **Amosinternational** dem weltweiten Bevölkerungswachstum. Johannes Müller SJ, der dankenswerterweise auch die Koordination des Heftes übernommen hat, trägt in seinem einführenden Beitrag eine Reihe von sozialwissenschaftlichen Fakten zum Thema zusammen und unterzieht sie einer sozialetischen Bewertung. Er kommt dabei zum Schluss, dass eine *aktive und vorausschauende Bevölkerungspolitik* nur dann Erfolg versprechend ist, „wenn sie die Menschen durch für sie positive Werte zur Familienplanung motiviert und den lokalen Verhältnissen angepasst ist, was einen Verzicht auf Zwangsmittel von

Lässt sich das Wachstum der Weltbevölkerung begrenzen?

selbst verbietet“. Der Einfluss aller Religionen, einschließlich der katholischen Kirche, auf die Bevölkerungsentwicklung wird aus seiner Sicht überschätzt. Dennoch wäre nach Ansicht des Verfassers eine offizielle Erklärung zum Weltbevölkerungsproblem auf weltkirchlicher Ebene geboten. Die Erklärung der deutschen Bischofskonferenz von vor zwanzig Jahren zu diesem Thema findet sich in Auszügen im Dokumentationsteil dieses Heftes.

Den Herausforderungen durch das Bevölkerungswachstum im Hinblick auf die damit verbundene Ressourcenverknappung und möglichen Handlungsoptionen geht Hermann Lotze-Campen vom Potsdamer Klimainstitut nach. Neben fehlenden urbaren Landflächen und Süßwasser sieht er vor allem die Verknappung von Speicherkapazität für CO₂ in der Atmosphäre als größte Herausforderung. Bei der Suche nach Lösungen muss das Subsidiaritätsprinzip leitend sein. Während zur Begrenzung von Treibhaus-Emissionen sinnvolle Lösungen nur auf globaler Ebene gefunden werden können, lassen sich andere Ressourcenkonflikte nur regional oder lokal lösen, wie der Autor am Beispiel der Wasserknappheit zeigt. Notwendige Änderungen im Konsumverhalten und damit beim Ressourcenverbrauch lassen sich indessen aus seiner Sicht erst durch staatliche Regulierungen der Preise für knappe Güter erreichen.

Die in Genf lehrende Shamlini Randeria erwägt in ihrem von Barbara Schellhammer zusammengestellten Beitrag die „Bevölkerungspolitik aus feministischer Sicht“. Die Beispiele aus Indien und Afrika belegen die Komplexität der Thematik und dämpfen die Hoffnung auf schnell zu verwirklichende und universal gültige Politikentwürfe. Die Autorin warnt darüber hinaus davor, das Recht auf Bildung und Arbeit für Frauen in bevölkerungspolitischer Perspektive zu instrumentalisieren. Der den Heftschwerpunkt abschließende Beitrag von Johannes J. Frühbauer widmet sich den globalen Urbanisierungsprozessen. Megastädte als „Spezifikum globaler Urbanisierung“ und ihre Ambivalenz als globale Riskiogegebiete und Knotenpunkte stehen dabei im Vordergrund.

Die Dokumentation einiger Passagen aus der Handreichung für Führungskräfte des Päpstlichen Rates für Gerechtigkeit und Frieden, der Tagungsbericht von den französischen Sozialwochen vom vergangenen November zur Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen sowie eine Reihe von Buchbesprechungen und die Rubrik *Arts & Ethics* runden die erste Ausgabe von **Amosinternational** für das Jahr 2013 ab.



Bevölkerungswachstum und Armut

Sozialwissenschaftliche Fakten und sozialetische Überlegungen

Das Wachstum der Weltbevölkerung hat sich zwar verlangsamt, ist aber nach wie vor ein Faktor, der sich auf viele globale Probleme auswirkt. Allerdings verläuft die Entwicklung sehr unterschiedlich, weshalb es auch keine pauschale Lösung für dieses Problem gibt. Das zeigt sich besonders darin, dass sowohl Armut als auch Wohlstand Ursachen der Grenzen von Bevölkerungswachstum sind. Aspekte, die besonders Aufmerksamkeit verlangen, sind die Genderperspektive und das Faktum internationaler Migration. Nur auf der Grundlage sozialwissenschaftlicher Erhebung und Beschreibung der tatsächlichen Zusammenhänge ist eine hilfreiche sozialetische Reflexion möglich, welche den Menschen in diesem Lebensfeld eine Orientierung bietet.

Das Bevölkerungswachstum ist ein globales Problem, das einerseits in der öffentlichen Diskussion oft viel zu wenig Aufmerksamkeit erfährt, andererseits aber als Hauptursache für fast alle Probleme der heutigen Welt herhalten muss, angefangen von der Armut bis hin zu steigenden Preisen für Nahrungsmittel. Umgekehrt gilt der Rückgang der Bevölkerung in vielen Industrieländern als eine zumindest langfristig höchst bedrohliche Entwicklung. Solche kontroversen Pauschalurteile lassen sich am besten vermeiden, indem man sich den Fakten zuwendet, denn: „Was die Menschen verwirrt, sind nicht die Tatsachen, sondern die Meinungen über die Tatsachen“ (Epiktet).

Noch kontroverser verlaufen nicht selten die Debatten um die Notwendigkeit und die Ansätze von Bevölkerungspolitik. Dies ist nicht verwunderlich, denn es geht hier um Fragen, die das Leben der Menschen zutiefst berühren und weit reichende ethisch-moralische Implikationen haben. Manche Stellungnahmen beschränken sich freilich auf die Frage der zulässigen Methoden der Geburtenkontrolle bzw.

Familienplanung und vernachlässigen, dass die Bevölkerungsfrage zunächst einmal eine sozialetische Fragestellung ist, die nur auf der Grundlage demographischer Daten und Tatbestände sowie bevölkerungssoziologischer Zusammenhänge sachgerecht diskutiert werden kann.

Der folgende Beitrag will dieses Anliegen aufgreifen und behandelt zunächst sieben wichtige Gesichtspunkte dieses Problemfeldes, wobei er versucht, auf sozialetisch relevante Aspekte zumindest hinzuweisen. Ein letzter Abschnitt stellt dann einige grundsätzliche Überlegungen zur Bevölkerungsentwicklung als sozialetische Herausforderung vor.

Demographische Grunddaten

Die Weltbevölkerung hat in den letzten Jahrzehnten eine historisch einmalige Wachstumsperiode erlebt (Husa u. a. 2011, bes. 12–38). Sie hat laut Vereinten Nationen Ende 2011 die Grenze von 7 Milliarden erreicht. Im Jahr 1900 lebten erst 1,6 Milliarden Menschen



Johannes Müller

auf der Erde, 1959 waren es 3 Milliarden. Im 20. Jahrhundert hat sie sich also nahezu vervierfacht. Allein in den letzten 13 Jahren hat sie um 1 Milliarde zugenommen. Laut UN-Prognosen wird die Weltbevölkerung in den ersten 100 Jahren des 21. Jahrhunderts weiter ansteigen auf 9,3 Milliarden Menschen im Jahr 2050 und etwa 10 Milliarden im Jahr 2100. Dieser Bevölkerungszuwachs wird fast ausschließlich in den Entwicklungsländern stattfinden. Die genannten Zahlen wären noch erheblich höher, wenn es nicht in den letzten Jahrzehnten in vielen Ländern eine recht erfolgreiche Bevölkerungspolitik gegeben hätte (Robinson 2007).



Im 20. Jahrhundert hat sich die Weltbevölkerung nahezu vervierfacht

Eine schnell wachsende Weltbevölkerung erschwert schon heute, vor allem aber längerfristig die Lösung vieler globaler Probleme, angefangen bei Armut, Hunger und Urbanisierung bis hin zum Klimawandel und zur Vertei-



lung knapper Ressourcen. Zumindest auf längere Sicht darf die Weltbevölkerung daher nicht weiter zunehmen und zwar aus einem doppelten Grund:

- Zum einen ist die Erde begrenzt und kann folglich nur einer begrenzten Anzahl von Menschen den nötigen Lebensraum und Lebensunterhalt bieten, auch wenn diese Grenze bzw. eine optimale Größe der Weltbevölkerung nur schwer zu bestimmen sind.
- Zum anderen sind auch die Interessen zukünftiger Generationen – ein Gebot langfristiger Solidarität – zu berücksichtigen.

Es wäre darum auf jeden Fall unverantwortlich, sich allzu schnell diesen Grenzen zu nähern. Dies unterstreicht die zumindest langfristige Notwendigkeit eines „Null-Wachstums“ der Weltbevölkerung.

Daher ist eine aktive und vorausschauende Bevölkerungspolitik ein politisches wie sozialetisches Gebot. Dies gilt umso mehr, als das „demographische Moment“ bzw. der „Kindeskind-Effekt“ Maßnahmen zur Geburtenbeschränkung immer erst nach längerer Zeit wirksam werden lässt. Selbst wenn die Geburtenhäufigkeit (Fertilität) weltweit schlagartig auf das Ersatzniveau von 2,1 lebend geborener Kinder pro Frau zurückginge, würde die Weltbevölkerung in den kommenden Jahr-



Eine vorausschauende Bevölkerungspolitik ist auch sozialetisch geboten

zehnten noch um nahezu 50% zunehmen. Ein anderer wichtiger Indikator ist die jährliche Zuwachsrate. Liegt sie bei 1% im Jahr, so verdoppelt sich eine Bevölkerung in 70, bei 2% in 35 und bei 3,5% in etwa 20 Jahren (Hauser/Müller 1998).

Diese Erkenntnis bietet freilich nur einen sehr allgemeinen bevölkerungspolitischen Rahmen. Um zu konkreten Handlungsmöglichkeiten zu kommen, ist es nötig, die teils höchst unter-

schiedlichen Einzeldaten in den Blick zu nehmen. Mindestens ebenso wichtig wie makrosoziologische Daten ist nämlich die Perspektive der betroffenen Menschen selbst, deren generatives Verhalten in der Regel sehr wohl von rationalen Abwägungen bestimmt ist, auch wenn sie ihre Entscheidungen nur in seltenen Fällen unter der Rücksicht des nationalen Wohls oder gar globaler Erfordernisse treffen werden. Indi-

viduelles und soziales Bevölkerungsoptimum sind begrifflicherweise in der Regel nicht identisch. Daher ist eine Bevölkerungspolitik nur dann Erfolg versprechend und ethisch verantwortbar, wenn sie die Menschen durch für sie positive Werte zur Familienplanung motiviert und den lokalen Verhältnissen angepasst ist, was einen Verzicht auf Zwangsmittel von selbst gebietet.

Große regionale und länderspezifische Unterschiede

Für die Jahre 2010–2015 geht der Weltbevölkerungsbericht 2011 (UNFPA 2011, 116–121; DSW 2012) von einer Zuwachsrate der weltweiten Bevölkerung von 1,1% aus.

- In den weniger entwickelten Regionen liegt sie bei 1,3%,
- in den Industrieländern dagegen nur bei 0,4% und
- in Osteuropa/Zentralasien bei 0,3%.
- Am höchsten ist sie in den allerärmsten Ländern mit 2,2% und

- in Afrika südlich der Sahara mit sogar 2,4%, was eine Verdoppelung der Bevölkerung in 28 Jahren zur Folge hätte, wenn sie nicht in diesem Zeitraum sinkt.
- In den arabischen Staaten liegt sie bei 2,0%,
- in Lateinamerika/Karibik bei 1,1% sowie
- in Asien/Ozeanien bei 0,9%.

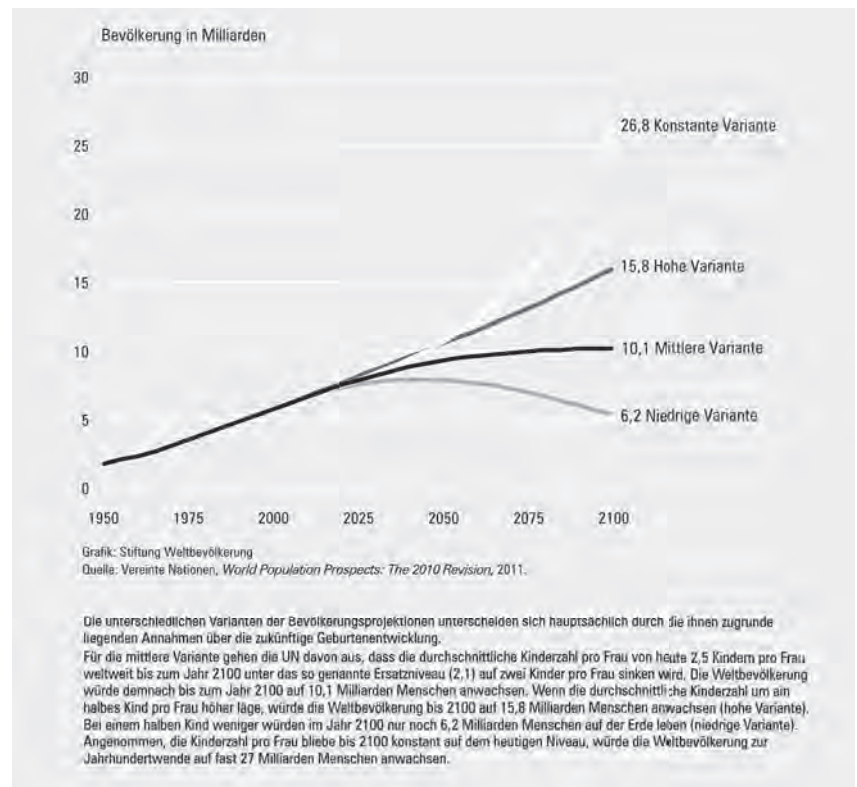


Abb. 1: Weltbevölkerungsprojektionen bis 2100

Noch unterschiedlicher sind die Daten für einzelne Länder. In vielen schwarzafrikanischen Staaten liegt sie über 3 % (am höchsten in Niger mit 3,5 %), in vielen europäischen Staaten, aber auch in Japan nimmt die Bevölkerung ab (am stärksten in Bulgarien mit -0,7 %).

Ähnlich unterschiedlich ist die Fruchtbarkeitsrate für Frauen (15 bis 49 Jahre) bzw. die Geburtenhäufigkeit (Fertilität) im gleichen Zeitraum.

- Sie liegt weltweit bei 2,5,
- in den weniger entwickelten Regionen bei 2,6 und

Beispiel Indonesien

Aber selbst innerhalb einzelner Länder gibt es krasse Unterschiede, was an einem Beispiel verdeutlicht werden soll. Die Bevölkerung Indonesiens (Hull 2005) ist von 1961–2011 von 97 auf 242 Millionen gewachsen. Sie wird bis zum Jahr 2050 auf nahezu 300 Millionen steigen. Die Zuwachsrate hat sich dank erfolgreicher Familienplanung von 2,4 in den 1970er Jahren auf heute 1,0% verringert. Die Fertilitätsrate liegt inzwischen auf dem Ersatzniveau von 2,1 lebend geborener Kinder pro Frau.

Das größte Problem ist jedoch die Bevölkerungsverteilung (Suryadinata 2003). Fast 60% der Indonesier leben auf Java, der fünftgrößten Insel, mit knapp 7% der Landfläche. Die Bevölkerungsdichte beträgt 120 Einwohner pro Quadratkilometer, in Java sind es dagegen fast 1.000 (Deutschland 230). Damit ist Java, das etwa die Fläche von Süddeutschland hat, eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Umgekehrt liegt die Bevölkerungsdichte großer Inseln wie Sumatra, Borneo oder Celebes bei rund 100, die von Papua (Westneuguinea) sogar unter 10 Einwohnern pro Quadratkilometer. 52% der Bevölkerung lebt in Städten, weithin Küsten- und oft auch Millionenstädte. Die Hauptstadt Jakarta hat mehr als 10 Millionen Einwohner und eine Bevölkerungsdichte von mehr

- in den Industrieländern bei 1,3 lebend geborenen Kindern pro Frau.
- Am höchsten ist auch diese Kennzahl in den ärmsten Ländern mit 4,2 und
- in Afrika südlich der Sahara mit sogar 4,8 Kindern.
- In einigen europäischen Ländern liegt sie nur knapp über 1,
- in vielen afrikanischen Staaten dagegen deutlich über 5,
- in der Demokratischen Republik Kongo etwa bei 5,5 und
- in Niger sogar bei 6,9 Kindern.

als 12.000 Einwohnern pro Quadratkilometer (Stadtstaat Hamburg: 2.324), der Großraum Jakarta sogar nahezu 20 Millionen Einwohner.

Diese ungleiche Bevölkerungsverteilung hat die indonesische Regierung in den vergangenen Jahrzehnten durch großräumige Umsiedlungen (Transmigration) zu verringern versucht. Das hat nicht nur zur Abholzung tropischer Wälder geführt, sondern auch sozio-kulturelle und ethnische Konflikte mit der eingessenen Bevölkerung ausgelöst (Birg u. a. 1998). Dies hängt mit einem bevölkerungspolitisch wichtigen Faktum zusammen, nämlich den vielfältigen und unterschiedlichen sozio-kulturellen Bedingungen in Indonesien, das Hunderte von Völkern, Kulturen und Sprachen umfasst und auch unter religionssoziologischer Rücksicht sehr heterogen ist. Entsprechend vielfältig sind die jeweiligen Wertordnungen und Sozialstrukturen, etwa im Hinblick auf die Zahl der gewünschten Kinder oder die Stellung der Frauen, sowie andere sozio-kulturelle Faktoren, die das generative Verhalten der Menschen beeinflussen und prägen.

Ursachen der Bevölkerungsentwicklung

Eine vergleichende Analyse der Bevölkerungsentwicklung in den Industriebzw. Entwicklungsländern zeigt, dass der Verlauf des Bevölkerungswachstums immer von einer Vielzahl von spezifischen historischen und sozio-kulturellen Bedingungen bestimmt und abhängig ist. Dabei weisen die Entwicklungsländer eine Reihe von Merkmalen auf, die nur höchst bedingt einen Vergleich mit den Industrieländern erlauben. So sind z. B. ihre Zuwachsraten weit höher als jemals in Europa, da ihre Sterberaten viel rascher gesunken sind bei zunächst ziemlich konstanten Geburtenraten. Dies hatte eine quantitativ hohe Zunahme der Bevölkerung in viel kürzeren Zeiträumen zur Folge, zumal die absoluten Ausgangszahlen häufig schon sehr hoch lagen. Auch haben die Entwicklungsländer kaum Auswanderungsmöglichkeiten, wie sie Europa fast ein Jahrhundert lang hatte.

Hauptursache dieser historisch einmaligen „Bevölkerungsexplosion“ in der Dritten Welt ist die Tatsache, dass das Sinken der Sterblichkeit in diesen Ländern einen autonomen Prozess darstellt, der durch äußere Einflüsse ausgelöst wurde, nämlich durch den Transfer medizinisch-hygienischer Technologie aus dem Norden. Nicht mit übertragen wurde dagegen jener sozio-kulturelle Prozess der Aufklärung, Rationalität und Selbstbestimmung, der in Europa das wissenschaftlich-technische Zeitalter und damit die Entwicklung darauf gründender Technologien ermöglichte, was mit einer zeitlichen Verzögerung auch das generative Verhalten veränderte und zu einem Sinken der Geburtenrate führte. Dieser isolierte Transfer hat in den Entwicklungsländern daher eine Desintegration des Bevölkerungswachstums von der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung zur Folge gehabt (Leisinger 1999).

All dies lässt nicht begründeterweise erwarten, dass die Geburtenrate bzw. Fruchtbarkeit in den Ent-



wicklungsländern automatisch nach demselben Muster allmählich zurückgehen und damit auch das Bevölkerungswachstum in einer Art Selbstregulierung zum Stillstand kommen wird. Auch die Möglichkeit interner Umsiedlungen und internationaler Migration mit dem Ziel einer gleichmäßigeren Bevölkerungsverteilung ist heute, vor al-

lem aus politischen und ökologischen Gründen, nicht mehr in größerem Umfang gegeben. Folglich gibt es keine Alternative zu einer bewussten und weit-sichtigen Bevölkerungspolitik, um das hohe Bevölkerungswachstum zu bremsen und das Ziel einer stationären Bevölkerung zu erreichen.

len Ursachen für Armut. Umgekehrt ist Armut eine wesentliche Ursache für viele Kinder. Eine große Kinderzahl bedeutet für die Armen nämlich – neben Glück, Gemeinschaftserfahrung, persönlicher Erfüllung und religiöser Sinnerfahrung – auch wirtschaftlichen Nutzen, Sicherheit für das Alter und soziale Wertschätzung. Dies gilt besonders für Menschen, die in extremer Armut leben und diese Bedürfnisse daher nicht auf andere Weise befriedigen können.

Bevölkerungsentwicklung und Armut

Mehr Menschen sind nicht grundsätzlich unerwünscht und müssen nicht notwendig Probleme schaffen. Sie sind ganz im Gegenteil auch der wichtigste Faktor für eine erfolgreiche Entwicklung. Bis in die jüngste Geschichte der Menschheit ging es primär sogar darum, den Fortbestand von Bevölkerungen zu sichern, der durch Krankheiten und Kriege immer wieder gefährdet war. Erst im 19. Jahrhundert kam es dank moderner Hygiene und Medizin zu einem Sinken der Sterberaten und einem deutlichen Anstieg des Bevölkerungswachstums. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts kann man von einer „Bevölkerungsexplosion“ sprechen.

Absolute Bevölkerungsgrößen wie auch der absolute Zuwachs einer Bevölkerung besagen daher in sich zunächst einmal sehr wenig. Von einer „Überbevölkerung“ – so man diesen fragwürdigen Begriff überhaupt verwenden will – kann man erst dann sprechen, wenn es zu einem Missverhältnis der Bevölkerungsgröße in Bezug auf eine Vielfalt von Rahmenfaktoren kommt. Solche Faktoren sind u. a.

- die Beschaffenheit des natürlichen Lebensraums,
- die vorhandenen Ressourcen,
- der Nahrungsspielraum,
- der Energiebedarf,
- die ökologische Belastbarkeit,
- der ökonomische Entwicklungsstand,
- die wirtschaftliche Leistungskraft und die soziale Dichte.

Es ist daher jeweils im Einzelnen genau zu untersuchen, im Hinblick auf welchen oder welche dieser Faktoren das Bevölkerungswachstum an Grenzen stößt, da diese Rahmenbedingungen keineswegs überall gleich sind. Ein solcher Faktor ist schon heute fast überall in der Dritten Welt der Prozess der Urbanisierung und Metropolisierung. Es gibt folglich keine „Überbevölkerung“ als solche, sondern nur jeweils spezifische Bevölkerungsprobleme.

Der Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum und Entwicklung ist folglich komplex und keineswegs eindeutig, was Ursache und Folge angeht. Dies gilt besonders für den Zusammenhang mit Armut, deren Bekämpfung im Zentrum aller Entwicklungspolitik stehen sollte (Böckle u. a. 1990). Unbestreitbar weisen die Länder mit der höchsten Armutsquote in der Regel auch die höchste Fertilität auf. Dies ist zunächst aber nur eine



Ein hoher Bevölkerungszuwachs erschwert die Armutsbekämpfung

Korrelation ohne eine klare Kausalität. Ein hoher Zuwachs der Bevölkerung erschwert zweifellos die Armutsbekämpfung, angefangen bei wirtschaftlichem Wachstum und ausreichenden Arbeitsplätzen bis hin zur Bereitstellung sozialer Grunddienste im Bereich von Ernährung, Gesundheit und Bildung. Ein hohes Bevölkerungswachstum ist aber immer nur eine von vie-

Es ist daher aus sachlichen wie auch ethischen Gründen erforderlich, Bevölkerungspolitik immer in umfassende Entwicklungsprogramme zu integrieren, in deren Mittelpunkt die Armutsbekämpfung und das Wohl der Menschen bzw. Familien steht. Eine armenorientierte Entwicklungspolitik ist die effektivste und ganz sicher die nachhaltigste Bevölkerungspolitik, denn sie übt im Hinblick auf das generative Verhalten eine wichtige, zukunftsorientierte Funktion aus. So schafft z. B. eine bessere Befriedigung der Grundbedürfnisse das nötige Vertrauen, dass die künftige wirtschaftliche Sicherheit nicht allein von der Zahl der Kinder abhängt. Mehr und bessere Bildung macht es leichter, Kenntnisse über die Familienplanung zu vermitteln und umfassendere Lebensperspektiven zu eröffnen. Neue berufliche Möglichkeiten außerhalb der Subsistenzwirtschaft fördern das Interesse am qualitativen Weiterkommen auch der Kinder. Besonders wichtig ist eine Verbesserung der gesundheitlichen Verhältnisse, weil die Gesundheit der Kinder und der Familie überall einen hohen Motivationswert hat. Das aus all dem erwachsende Vertrauen in eine gute Regierungsführung würde sich auch auf die Glaubwürdigkeit bevölkerungspolitischer Programme günstig auswirken. All diese Maßnahmen müssen jedoch immer lokal ausgerichtet und erfahrbar sein, denn nur vor Ort können sich die Menschen davon überzeugen, dass sich ihre Lebensverhältnisse tatsächlich bessern. Eine Abnahme des Bevölke-

runge wachstums allein garantiert dagegen noch keineswegs menschenwürdige Verhältnisse für alle.

Aus sozialetischer Sicht ist sehr wichtig, dass alle sozialen Schichten Zugang zu Methoden der Empfängnisregelung haben (Freundl/Frank-Hermann 1997). Darum müssen stets auch Mittel angeboten werden, von denen man vernünftigerweise annehmen kann, dass sie auch von den Armen anwendbar sind, denn

- erstens ist ihr Leben durch extreme Armut und eine zu hohe Fertilität oft gefährdet,
- zweitens ist jede Bevölkerungspolitik zum Scheitern verurteilt, wenn sie nicht auch die Armen erreicht, und
- drittens haben auch die Armen ein Recht auf Familienplanung.

Bevölkerungswachstum und Wohlstand

In den meisten Industrieländern (besonders in Europa) gibt es sowohl ein demographisches wie auch ein „entwicklungspolitisches“ Bevölkerungsproblem. Demographisch gesehen gibt es eine stagnierende oder sogar rückläufige Bevölkerungszahl bei steigender Lebenserwartung. Dies bringt erhebliche Probleme mit sich, im wirtschaftlichen Bereich vor allem für den Arbeitsmarkt, die Rentensysteme und die Gesundheitsversorgung. Außerdem gibt es ganze ländliche Regionen, aus denen die jüngere Bevölkerung fortzieht und die daher keine Zukunft haben. Zuwanderung in größerem Umfang könnte zwar eine Entlastung bringen, was aber auf erhebliche Widerstände stößt, nicht zuletzt weil man befürchtet, dies werde schon bestehende Probleme der Integration und kulturell-religiösen Vielfalt verstärken.

Dieses Problem der „Ageing population“ beschäftigt inzwischen aber nicht nur die Industrieländer, sondern auch die Vereinten Nationen (UN Population Division 2002), denn es handelt sich dabei zunehmend um eine welt-



Mittel zur Empfängnisverhütung müssen kostengünstig, leicht erhältlich und einfach anwendbar sein

Dieser Maßstab erfordert Mittel zur Empfängnisverhütung, die billig, leicht erhältlich und möglichst einfach anwendbar sind. Dies schließt ein, dass sachlich über sie informiert und für sie geworben wird, und zwar sowohl was die Ziele als auch was die Methoden angeht. Vor allem muss immer deutlich sein, dass es nicht um weniger Kinder als solche geht, sondern um Lebensverhältnisse, die es den Eltern erlauben, ihre Kinder gesund aufzuziehen und ihnen eine Ausbildung zu ermöglichen, die sie für die Zukunft vorbereitet.

weite Herausforderung, vor allem in Schwellenländern. In fast allen wirtschaftlich erfolgreichen Ländern, welche eine gute Sozialpolitik machen, ist die Lebenserwartung stark angestiegen und wird weiter ansteigen. Wenn gleichzeitig die Bevölkerungspolitik erfolgreich ist, ändert sich unvermeidlich die Proportion zwischen jungen und alten Menschen, was ähnliche Probleme schafft, wie sie heute in Europa bestehen. Weltweit gibt es gegenwärtig 760 Millionen Menschen über 60 Jahre, was 11 % der Weltbevölkerung sind. Im Jahr 2050 werden es gut 2 Milliarden bzw. fast 22 % der Weltbevölkerung sein, in Asien und Lateinamerika jeweils 25 % und in Europa fast 34 %.

Ganz anders gelagert und weit brisanter ist die „entwicklungspolitische“ Problematik der Wohlstandsländer. Bevölkerungswachstum ist nämlich keineswegs nur ein quantitatives, sondern auch ein qualitatives Problem. Je nach Wirtschaftsweise, Lebensstil und technologischer Entwicklung bietet die Erde mehr oder weniger Menschen einen zuträglichen Lebensraum. So ist

es z.B. gelungen, den Nahrungsspielraum in den letzten 100 Jahren erheblich zu erweitern, wenn auch teilweise auf Kosten der Umwelt. Diese Elastizität darf aber nicht mit Unbegrenztheit verwechselt werden. Sie bedeutet nur, dass die auf jeden Fall vorhandenen Grenzen bezüglich der Rahmenbedingungen, die im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern genannt worden sind, sehr stark vom Verhalten der Menschen abhängig sind.

Hauptsächlicher Risikofaktor ist das gegenwärtige Wohlstandsmodell der reichen Länder. Wenn nämlich alle Menschen in gleichem Maß Ressourcen verbrauchen und die Umwelt belasten würden, würde es schon heute zum ökologischen Kollaps kommen und wäre die Erde unbewohnbar und insofern restlos „überbevölkert“. In dieser Hinsicht besteht ein extremes Nord-Süd-Gefälle (Hempel/Schulz-Baldes, 2003; UNEP 2007). So sind z.B. die durch-



Wollte man das Wohlstandsmodell der reichen Länder auf alle Menschen übertragen, würde das die Erde unbewohnbar machen

schnittlichen Pro-Kopf-Zahlen für Schadstoffemissionen, welche die Hauptursache der globalen Klimaerwärmung sind, im Norden etwa zehnmal höher als im Süden. Ein Deutscher verursacht im Durchschnitt etwa zehnmal soviel CO₂-Emissionen wie ein Inder, ein Amerikaner sogar das Zwanzigfache. Dasselbe gilt für den Verbrauch von Energie, „Leitwährung einer technisierten Gesellschaft“ (Erbrich 1991). Je knapper und daher teurer sie werden wird, besonders das billige und vielseitig einsetzbare Erdöl, desto schwieriger wird für arme Länder in Zukunft die ökonomische Entwicklung sein. Insofern ist eine Zunahme der Bevölkerung in reichen Ländern weit folgenreicher als in armen Ländern (vgl. zu dieser Thematik den Beitrag von Lotze-Campen in diesem Heft).

Region	Jahr	über 60-Jährige	
		Prozent	Gesamt (in Tausend)
Welt	2010	11,0	759.758
	2050	21,8	2.031.337
	2100	28,0	2.831.027
Afrika	2010	5,5	56.082
	2050	9,8	215.249
	2100	20,0	716.398
Asien	2010	9,9	414.174
	2050	24,4	1.252.588
	2100	32,1	1.473.324
Lateinamerika und Karibik	2010	10,0	58.728
	2050	25,0	187.869
	2100	34,4	236.282
Europa	2010	21,8	161.223
	2050	33,6	241.828
	2100	32,5	219.435

Grafik: Stiftung Weltbevölkerung
Quelle: Vereinte Nationen, World Population Prospects: The 2010 Revision, 2011

Abb. 2: Anteil der über 60-Jährigen an der Bevölkerung

Aus dieser Perspektive betrachtet haben Vertreter der Entwicklungsländer, wenn sie behaupten, das eigentliche Bevölkerungsproblem liege im Norden, durchaus recht. Ebenso verständlich ist ihr Vorwurf, die reichen Länder würden auf Programme zur Geburtenkontrolle drängen, um von den realen weltweiten Verteilungsproblemen abzulenken. Ähnliches gilt für das Argument, der starke Anstieg der Nahrungsmittelpreise in jüngster Zeit sei zu einem guten Teil Folge eines höheren Fleischkonsums in Schwellenländern. Diese Aussage mag aktuell richtig sein, ist aber als eine Schuldzuweisung nicht gerechtfertigt. Korrekterweise müsste man nämlich zuerst einmal feststellen, dass der weit höhere Fleischkonsum pro Kopf in den reichen Ländern eine weit wichtigere Ursache darstellt.

Das Modell der westlichen Zivilisation ist – jedenfalls in seiner gegenwärtigen Form – nicht universalisierbar. Da es aber große Anziehungskraft

ausübt und die Menschen in anderen Ländern mit gutem Recht einen ähnlichen Wohlstand anstreben, geht von ihm eine gefährliche Dynamik aus. Die Entwicklungsländer verweisen zu



Es ist letztlich ein Verteilungsproblem zwischen arm und reich

Recht darauf, dass sie meist eine niedrigere Bevölkerungsdichte aufweisen, bisher weniger für die globale Umweltzerstörung und Verschwendung von Ressourcen verantwortlich sind und daher auch diesbezüglich sozusagen einen Nachholanspruch haben. Letztlich geht es um ein Verteilungsproblem zwischen reich und arm. Einziger ethisch vertretbarer Ausweg ist ein ressourcen- und emissionsarmes Wirtschaftsmodell für alle. Dazu braucht es nicht nur technologische Innovationen (z. B. eine weit höhere Ressourceneffizienz). Ebenso wichtig sind neue

Leitbilder, was Wohlstand und Lebensstil betrifft. Dies ist aber nur erreichbar auf der Grundlage des Prinzips „Gemeinsame, aber differenzierte Verantwortlichkeit“, wie es in der Rio-Deklaration von 1992 heißt (Edenhofer u. a. 2010).

Schlüsselrolle der Frauen

Das Bevölkerungswachstum ist auch unter Gender-Rücksicht eine globale Herausforderung mit ganz unterschiedlichen Aspekten. Dies beginnt damit, dass Frauen in der Familienplanung eine Schlüsselrolle einnehmen, denn sie haben die Belastungen der Schwangerschaft und häufig auch des Aufziehens der Kinder zu tragen. Sie sind daher meist mehr als die Männer an Geburtenkontrolle interessiert, können aber diesen Wunsch nur durchsetzen, wenn sie

- zum einen ihre gesellschaftlich oft untergeordnete Rolle durch mehr Chancen in allen Lebensbereichen verbessern können und
- zum anderen Zugang zu Mitteln der Familienplanung haben.

In Entwicklungsregionen gibt es nach wie vor einen ungedeckten Bedarf an Familienplanung von 11%, in Afrika südlich der Sahara von 25% (UNFPA 2011). All dies betrifft vorrangig arme Frauen. Andererseits sind es aber auch Frauen, die vorrangig Opfer von Methoden der Familienplanung werden, die ethisch unverantwortlich sind (vgl. zu dieser Thematik den Beitrag von Randeria in diesem Heft).



Die gesellschaftliche Stellung der Frauen zu verbessern, ist eine entscheidende Herausforderung

Eine Politik, welche die gesellschaftliche Stellung der Frauen verbessert, ist daher sowohl ein ethisches wie ein entwicklungspolitisches Ge-



bot. Mehr Rechte für Frauen stellen zunächst einmal einen Eigenwert dar. Sie sind aber auch funktional bedeutsam, weil Frauen besonders viel zur Bekämpfung der Armut, aber auch zu einem Rückgang hoher Geburtenzahlen beitragen. So erleichtert z. B. mehr Bildung die Vermittlung von Kenntnissen über die Familienplanung. Bessere Schul- und Berufschancen führen zu veränderten Rollen und Interessen der Frauen und fördern den Wunsch nach kleinen Familien. Eine längere Ausbildung und ein späteres Heiratsalter verzögern den Eintritt in die reproduktive Phase und vermindern tendenziell die Geburtenzahl. Dies beweist auch eine signifikante Korrelation zwischen der sozialen Stellung von Frauen und ihrer durchschnittlichen Kinderzahl (Altman 1999). Ebenso wichtig sind freilich Einstellungsänderungen der Männer als Voraussetzung einer partnerschaftlich-verantwortlichen Elternschaft.

Ein noch schwerer wiegendes Problem sind die so genannten *missing women*. So gibt es in China und Süd-asien etwa 100 Millionen Frauen weniger, als „natürlicherweise“ zu erwarten wäre (Klasen/Wink 2003). In der Regel ist der Anteil der Frauen an der Gesamtbevölkerung etwas höher als der der Männer. In China gab es 2011 jedoch 699,6 Millionen Männer und nur

Bevölkerungsentwicklung und Migration

Ein wichtiges Thema der Bevölkerungssoziologie ist die Migration. Die Zunahme bzw. Abnahme einer Bevölkerungsgröße ist nämlich nicht nur vom Saldo aus Geburten- und Sterberate abhängig, sondern auch von der Differenz zwischen Immigration und Emigration. Selbstverständlich sind Wanderungsbewegungen komplexe Vorgänge, die vielfältige Ursachen haben, denen hier nicht nachgegangen werden kann. Aber ebenso unbestreitbar ist ein hohes Bevölkerungswachstum ein wichtiger Grund für Migration, zumal in Ländern oder Gebieten mit einer ho-

Problematische sozio-kulturelle Traditionen dürfen nicht ausgeblendet werden

647,9 Millionen Frauen. In Indien waren es 641,0 Millionen Männer gegenüber 600,5 Millionen Frauen. Dies ist eine Folge geschlechtsspezifischer Abtreibungen und Kindstötungen, aber auch einer generellen Benachteiligung von Mädchen vom Säuglingsalter an bei der Ernährung, der Bildung und in vielen anderen Bereichen. Darin zeigt sich primär ein sozialetisches Problem, das in sozio-kulturellen Traditionen gründet.

Diese Entwicklung kann in den betreffenden Regionen allerdings auch erhebliche soziale und politische Probleme aufwerfen, die spezifische zusätzliche Maßnahmen zugunsten von Frauen erfordern. Zumindest in Teilen Chinas hat dies teilweise bereits zu einem enormen Männerüberschuss geführt, was ein erhebliches Konfliktpotenzial für die Zukunft darstellt (Wiseman 2004). Derartige Fragen dürfen politisch nicht ausgeblendet bleiben und zeigen, dass sozio-kulturelle Traditionen ambivalent sind und manchmal im Widerspruch zu grundlegenden Menschenrechten stehen.

hen Bevölkerungsdichte. Sehr unterschiedliche Bevölkerungsentwicklungen sowohl regional wie innerhalb von Flächenstaaten sind ein weiterer Faktor, der Migrationen auslöst. Das Bei-

Urbanisierung führt häufig zum Niedergang der ländlichen Regionen

spiel der Transmigration in Indonesien hat aber schon gezeigt, dass Binnenmigrationen mit erheblichen Problemen verbunden sein können.

Die wichtigste Binnenmigration ist die Land-Stadt-Wanderung, also die Urbanisierung.


- Im Jahr 2010 lebten 50% der Menschen weltweit in Städten,
- in den weniger entwickelten Regionen waren es 45%,
- in den Industrieländern dagegen 75%.
- Am niedrigsten war diese Rate in den allerärmsten Ländern mit 29%,
- in Afrika südlich der Sahara 37%.

Da es meist junge, relativ gut ausgebildete und leistungsfähige Menschen sind, welche die Dörfer verlassen, führt die Urbanisierung häufig zu einem Niedergang der ländlichen Regionen (vgl. zu dieser Thematik den Beitrag von Frühbauer in diesem Heft).

Am meisten im Blickfeld steht jedoch die internationale Migration, weil sie direkte Auswirkungen auf die reichen Länder hat (WKIM 2005). Sie umfasst alle Formen der Zuwanderung, also legale Arbeitsmigrationen ebenso wie illegale Zuwanderungen und Fluchtbewegungen („Zwangsmigrationen“) aus politischen oder anderen Gründen. Vor allem in der Praxis ist es freilich oft sehr schwierig, eine scharfe Trennlinie zu ziehen. Dies gilt besonders für kriegs- und armutsbedingte Wanderungsströme. Internationale Migrationen sind wohl am häufigsten eine Folge davon, dass sich das Wohlstandgefälle und die Einkommenskluft zwischen armen und reichen Ländern, aber auch innerhalb von Schwellenländern und sogar in armen Ländern in den letzten Jahrzehnten deutlich vertieft hat (WA-DBK 2005).

Heute, im „globalen Dorf“ der „Einen Welt“, ist dies aber weit folgenreicher als früher, denn dem globalen Gefälle zwischen Reich und Arm steht ein gegenläufiger Prozess der Ausbreitung westlicher Werte und Modelle gegenüber. Dies schafft eine Spannung zwischen der Erwartung einer „nachholenden Entwicklung“ einerseits und einer oft erdrückenden Realität andererseits, was nicht ohne Rückwirkun-


gen auf die Industrieländer bleibt. Diese Spannung schafft fast unvermeidlich ein hohes globales Wanderungspotenzial und wachsende Armutsmigrationen. Denn es ist nur folgerichtig, dass die Armen in die reichen Länder kommen, wenn der Reichtum nicht zu ihnen kommt. Aus dieser Perspektive ist die gegenwärtige Migration ein globaler Anpassungsprozess. Es entspricht der Logik der Globalisierung, wenn nicht nur Waren und Kapital, sondern auch die Menschen auf der Suche nach Arbeit und Wohlstand sich weltweit frei bewegen wollen.

 Die bloße Abschottung gegen Migranten ist unmenschlich und löst keine Probleme

Ein Großteil dieser Migration erfolgt zwischen Entwicklungsländern. Die größte Aufmerksamkeit erfährt jedoch die Zuwanderung aus Ländern der Dritten Welt in Industrieländer, besonders aus Lateinamerika in die Vereinigten Staaten und aus Afrika und dem Nahen Osten nach Europa. Dem begegnen die reichen Länder vor allem mit einer Abschottungspolitik. Das löst keine Probleme und ist angesichts der Ursachen dieses Phänomens zum Scheitern verurteilt – ganz zu schweigen davon, dass diese Politik den eigenen ethischen Grundsätzen widerspricht.

Vor allem aber ist diese Reaktion kurzsichtig. Zuwanderer bringen für die Aufnahmeländer kurzfristig große Belastungen mit sich, besonders im Bereich der Unterbringung, Beschäftigung und Sozialleistungen. All diese realen Probleme sollten aber nicht den

Blick für die erheblichen wirtschaftlichen Vorteile verstellen, die Zuwanderer den Aufnahmeländern in der Regel ebenfalls bringen. Dies gilt ganz besonders für die europäischen Länder mit ihren demografischen Problemen (Überalterung der Bevölkerung), wovon bereits die Rede war. Ohne die Zuwanderung von Arbeitskräften können sie nämlich weder ihr Beschäftigungsniveau halten noch längerfristig ihr So-

 Deutschland braucht jährlich 300 000 Zuwanderer, um das erreichte Wohlstandsniveau zu sichern

zial- und Rentensystem finanziell sichern. In manchen Bereichen (z.B. Krankenpflege, Gaststättengewerbe, Müllbeseitigung) wäre die Wirtschaft ohne ausländische Arbeitnehmer schon heute am Ende. Ein eigenes und ethisch nicht hinnehmbares Kapitel ist die illegale Ausländerbeschäftigung, durch die sich billige Gewinne erzielen lassen.

Fast alle ernsthaften Studien kommen zum Ergebnis, dass allein Deutschland in den nächsten Jahrzehnten mindestens rund 300.000 Zuwanderer pro Jahr braucht, um seine Bevölkerungs- und Arbeitskräftezahl und damit seinen Wohlstand stabilisieren zu können. Die Überalterung der Bevölkerung lässt sich dagegen allein durch einen Geburtenanstieg vermeiden (Birg 1999). Schon diese wenigen Fakten zeigen, wie kurzsichtig und falsch es auch im Eigeninteresse Europas wäre, Zuwanderung massiv und unterschiedslos zu beschränken.


Bevölkerungsentwicklung als sozialetische Herausforderung

Viele Menschen und auch die Religionen stehen der Frage der Geburtenkontrolle recht hilflos und oft sprachlos gegenüber. Dies gründet auch im kol-

lektiven Gedächtnis der Menschheit, in armen noch weit mehr als in reichen Ländern, die bis ins 19. Jahrhundert mit dem Problem zu kämpfen hatte,

den stets bedrohten Fortbestand von Bevölkerungen zu sichern. Für einige Länder, besonders im südlichen Afrika, in denen sich die Lebenserwartung infolge von AIDS teils um weit über 20 Jahre verringert hat, gilt dies auch heute wieder. Eine gegenläufige Entwicklung schnell wachsender Bevölkerung gibt es erst seit dem 20. Jahrhundert.

Damit sind bisher nicht gekannte Herausforderungen entstanden, die andere Antworten und Lösungen verlangen als in der Vergangenheit. Dies betrifft besonders das Feld der Bevölkerungspolitik und das Ziel der Empfängnisverhütung. Diese Fragen verlangen auch ein neues Nachdenken über manche überkommene Lehren und Moralprinzipien. Umgekehrt beeinflussen die Religionen das generative Verhalten ihrer Anhänger und können staatliche Bevölkerungspolitik erheblich behindern. Dies gilt keineswegs nur für die Sexualethik, sondern oft noch mehr für Vorstellungen über Familie, Ehe, Rolle der Frauen oder persönliche Selbstbestimmung. Sozialetisch besonders bedeutsam ist, ob diese Traditionen und moralischen Normen, besonders bezüglich Familienplanung, mit dem weithin geteilten Ziel der Armutsbekämpfung vereinbar sind (Nuscheler/Fürlinger 1994).


 Alle Religionen erkennen die Notwendigkeit an, mit Geburtenplanung und Elternschaft verantwortlich umzugehen

Alle großen Religionen erkennen heute die Notwendigkeit einer verantwortlichen Elternschaft und damit von Geburtenplanung an, allerdings mit abweichenden Meinungen von teilweise erheblichem Gewicht. Übereinstimmung besteht weithin in der Ablehnung von Schwangerschaftsabbruch (in gewissem Umfang auch von Sterilisation) als Mittel der Familienplanung. Weit heterogener sind die Ansichten über sonstige Methoden, vor



allem aber auch über Geschlechterbeziehungen und ähnlichen Fragen, die das reproduktive Verhalten sehr beeinflussen (Rappel 2000).

Der direkte Einfluss der Religionen wird freilich meist weit überschätzt. Empirische Untersuchungen zeigen, dass zwischen den Variablen Religion und Geburtenhäufigkeit keine klare Korrelation besteht. Dies ist damit zu erklären, dass viele Gläubige die Vorschriften ihrer Religion nicht kennen, sie sehr flexibel interpretieren oder sich nicht an sie gebunden fühlen, so dass sie in ihrem generativen Verhalten faktisch vor allem von sozialen und öko-


 **Ethisch-moralische Urteile müssen sachlich begründet und miteinander vereinbar sein**

nomischen Umständen bestimmt werden. Dies mag im Fall sehr restriktiver Lehren Probleme lösen helfen, kann aber auch zum völligen Verzicht auf ethische Erwägungen führen.

Ethisch-moralische Urteile zur Bevölkerungspolitik und Familienplanung sind nur dann verantwortungsbewusst und hilfreich, wenn sie sachlich begründet sind, d.h. die oft komplexen empirischen wie theoretischen Ergebnisse der Demographie und Bevölkerungssoziologie ernst nehmen (Warwick 1995). Dabei ist eine Einführung auf die Sexualethik zu vermeiden, denn das Bevölkerungsproblem ist primär ein sozialetisches Problem (Fraling 1995; Kesselring 1996). Besonders ist darauf zu achten, dass bevölkerungsethische Aussagen nicht anderen sozialetischen Prinzipien widersprechen, etwa

- dem Schutz menschlichen Lebens im umfassenden Sinn,
- einer menschenwürdigen Entwicklung für alle (vor allem für die Armen),
- der sozialen Gerechtigkeit oder
- der ökologischen Nachhaltigkeit bzw. der Bewahrung der Schöpfung.

Wenn nun ein ungebremstes Bevölkerungswachstum diese Ziele nachweisbar gefährdet und nur eine wirksame Geburtenkontrolle einen Ausweg bietet, dann ist ihre Ablehnung bzw. der dazu nötigen Mittel kaum einsichtig begründbar. Dies gilt vor allem für Länder mit hoher Bevölkerungsdichte oder mit einem sehr hohen Bevölkerungswachstum, in denen die Religionen ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel setzen, wenn sie von Politik und Wirtschaft die Bekämpfung der Armut verlangen, gleichzeitig jedoch alle gangbaren Wege zum Rückgang des Bevölkerungszuwachses ablehnen oder verurteilen. Dies kann natürlich zu Meinungsunterschieden und Konflikten führen, die sich nicht kurzfristig lösen lassen. In diesem Fall, zumal wenn schnelles Handeln erforderlich ist und keine echte Alternative aufzeigbar ist, sollte man zumindest das Prinzip des kleineren Übels gelten lassen. Längerfristig sollte das Ziel ein interdisziplinärer Dialog aller sein, deren zentrales Anliegen der Schutz menschlichen Lebens ist, was den Einsatz für menschenwürdige Lebensbedingungen überall auf der Welt wie für künftige Generationen einschließt (Schockenhoff 1997).

 **Eine sozialetische Stellungnahme der katholischen Kirche zur Problematik der wachsenden Weltbevölkerung steht immer noch aus**

Die katholische Kirche hat dies prinzipiell anerkannt (Müller 1994). Schon vor 20 Jahren hat Kardinal Joseph Ratzinger zu Recht festgestellt: „Auch zum Weltbevölkerungsproblem ist vom kirchlichen Lehramt bisher, soweit ich sehe, noch nicht viel Hilfreiches gesagt worden“ (Die Zeit 29.11.1991). Ein Blick in die Soziallehre der Kirche einschließlich ihrer jüngsten Enzykliken zeigt, dass sich daran jedoch seitdem kaum etwas geändert hat. Auch zum Errei-

KURZBIOGRAPHIE

Johannes Müller (*1943), Dr. phil., Mitglied des Jesuitenordens. Langjährige Aufenthalte in Indonesien und auf den Philippinen. Professor em. für Sozialwissenschaften und Entwicklungspolitik an der Hochschule für Philosophie der Jesuiten in München. Leiter des dort angegliederten Instituts für Gesellschaftspolitik. Mitglied verschiedener weltkirchlicher Gremien der katholischen Kirche in Deutschland, u.a. Vorsitzender des Misereor-Beirats.

chen der Grenze von 7 Milliarden Menschen hat sich die Weltkirche – soweit dem Autor bekannt – nicht geäußert. Insofern bleibt eine „hilfreiche“ sozialetische Stellungnahme zu dieser Frage weiterhin ein Desiderat.

Einen Ausweg aus diesem Schweigen hat Bischof Kamphaus (1994) schon vor fast 20 Jahren gewiesen. Er spricht von „der sozialetischen Einführung und dem bevölkerungspolitischen Abseits“ der kirchlichen Lehrverkündigung in dieser Frage. Der Argumentationslinie von Bischof Kamphaus folgte auch eine differenzierte und sehr ausgewogene Erklärung der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischöfe „Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung“ (Bonn 1993; vgl. auch EKD 1994). Den vollständigen Text der Erklärung finden Sie als PDF-Datei auf www.kommende-dortmund.de (Veröffentlichungen → Amosinternational). Für eine knappe Zusammenfassung und einige Textpassagen siehe unter „Dokumentation“ in diesem Heft.

LITERATUR

- Altman, Morris (1999): A Theory of Population Growth When Women Really Count, in: *Kyklos* 52 (1), 27–44.
- Birg, Herwig u. a. (1998): Bevölkerungswachstum, Binnenmigration und Waldvernichtung in Indonesien, Bielefeld.
- Birg, Herwig (1999): Bevölkerungsentwicklung – Industrieländer und Einwanderungen, in: W. Korff u. a. (Hg.): *Handbuch der Wirtschaftsethik*, Band 4, Gütersloh, 107–128.
- Böckle, Franz/Hemmer, Hans-Rimbert/Kötter, Herbert (1990): Armut und Bevölkerungsentwicklung in der Dritten Welt, Bonn.
- (DSW) Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (Hg.) 2012: DSW-Datenreport 2012, Hannover.
<http://www.weltbevoelkerung.de/fileadmin/user_upload/PDF/Datenreport/Datenreport_2012.pdf>
- Die Deutschen Bischöfe – Kommission Weltkirche (1993): Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung. Ein kirchlicher Beitrag zu Diskussion, Bonn.
- Edenhofer, Ottmar u. a. (2010): Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen, München.
- EKD (Hg.) (1994): Wie viele Menschen trägt die Erde? Eine Studie der Kammer der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) für Kirchlichen Entwicklungsdienst (KED), Hannover.
- Erbrich, Paul (1991): Weltweite Umweltproblematik, in: W. Kerber/J. Müller (Hg.): *Soziales Denken in einer zerrissenen Welt*, Freiburg 37–50.
- Fraling, Bernhard (1995): Verantwortete Elternschaft im Schnittpunkt individual- und sozialetischer Betrachtung, in: M. Heimbach-Steins u. a. (Hg.): *Brennpunkt Sozialethik*, Freiburg, 447–463.
- Freundl, Günther/Frank-Hermann, Petra (eds.) (1997): *Reproductive Behaviour in Circumstances of Extreme Poverty*, Bonn.
- Hauser, Jürg A./Müller, Johannes (1998): Bevölkerungsentwicklung/Bevölkerungspolitik, in: W. Korff u. a. (Hg.): *Lexikon der Bioethik*, Band 1, Gütersloh 1998, 347–360.
- Hempel, Gotthilf/Schulz-Baldes, Meinhard (Hg.) (2003): *Nachhaltigkeit und globaler Wandel. Guter Rat ist teuer*, Frankfurt/M.
- Hull, Terence H. (ed.) (2005): *People, Population, and Policy in Indonesia*, Singapore.
- Husa, Karl/Parnreiter, Christoph/Wohlschlägl, Helmut (Hg.) (2011): *Weltbevölkerung. Zu viele, zu wenige schlecht verteilt?*, Wien, bes. 12–38.
- Kamphaus, Franz (1994): Weniger Menschen durch weniger Armut. Überlegungen zum Weltbevölkerungswachstum, in: F. Nuscheler/E. Furlinger (Hg.): *Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum – globale Krise und ethische Herausforderung*, Salzburg, 125–136.
- Kesselring, Thomas (1996): Das Bevölkerungswachstum als Problem der politischen Ethik, in: K. Bayertz (Hg.): *Politik und Ethik*, Stuttgart, 387–422.
- Klasen, Stephan/Wink, Claudia (2003): „Missing Women“: Revisiting the Debate, in: B. Agarwal et al. (eds.): *Feminist Economics* 9 (2–3) 263–299.
- Leisinger, Klaus M. (1999): *Die sechste Milliarde. Weltbevölkerung und nachhaltige Entwicklung*, München.
- Müller, Johannes (1994): Die katholische Kirche vor der Herausforderung des Bevölkerungsproblems. Sozialethische Überlegungen zur Bevölkerungspolitik, in: F. Nuscheler/E. Furlinger (Hg.): *Weniger Menschen durch weniger Armut?*, Salzburg, 87–124.
- Nuscheler, Franz/Furlinger, Ernst (Hg.) (1994): *Weniger Menschen durch weniger Armut? Bevölkerungswachstum – globale Krise und ethische Herausforderung*, Salzburg.
- Rappel, Simone (2000): *Die Religion vor der Herausforderung des Bevölkerungswachstums. Anregung zum ethischen Diskurs*, Paderborn.
- Robinson, Warren C. (ed.) (2007): *The Global Family Planning Revolution. Three Decades of Population Policies and Programs*, Washington, D. C.
- Schockenhoff, Eberhard (1997): Bevölkerungspolitik und Familienplanung in der Dritten Welt. Eine ethische Perspektive, in: K. Decker (Hg.): *Wachstum als Problem, Modelle und Regulation*, Freiburg, 189–269.
- Suryadinata, Leo et al. (2003): *Indonesia's Population. Ethnicity and Religion in a Changing Political Landscape*, Singapore.
- UNEP (UN Environment Programme) (2007): *Global Environment Outlook 2007 (GEO 4)*, New York.
- UNFPA (United Nations Fund for Population Activities) (2011): *Weltbevölkerungsbericht 2011: Sieben Milliarden Menschen und Möglichkeiten*, Hannover (Dt. Stiftung Weltbevölkerung), bes. 116–121, worauf alle Daten in diesem Beitrag basieren, so keine andere Quelle genannt ist. (Dieser Bericht erscheint jährlich und hat jeweils ein Schwerpunktthema).
- United Nations Population Division (2002): *World Population Ageing 1950–2050*, New York.
- Warwick, Donald u. a. (1995): *Population Ethics*, in: W. T. Reich (Hg.): *Encyclopedia of Bioethics*, vol. 4, New York, 1954–2004.
- WKIM (Weltkommission für Internationale Migration) (2005): *Migration in einer interdependenten Welt: Neue Handlungsprinzipien*, Berlin.
- Wiseman, Paul (2002): Frustrierte Heiratskandidaten können gefährlich werden. Chinas Männerüberschuss wird zur Gefahr für die soziale Ordnung, in: *Der Überblick* 38 (4), 100–103.
- WA-DBK (Wissenschaftliche Arbeitsgruppe für weltkirchliche Aufgaben der DBK) (Hg.) (2005): *Ökonomisch motivierte Migration zwischen nationalen Eigeninteressen und weltweiter Gerechtigkeit. Eine Studie der Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“*, Bonn.

Bevölkerungswachstum und Ressourcenknappheit



Herausforderungen und Handlungsoptionen

Die Weltbevölkerung wächst weiter. Doch im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat die jährliche Wachstumsrate stetig abgenommen. Verschiedene Bevölkerungsszenarien sind wichtig für die Entwicklung von robusten Handlungsstrategien in sehr unterschiedlichen Zukunftsszenarien. Die Auswirkungen einer steigenden Weltbevölkerung auf Ressourcenknappheit lassen sich anhand von vier wesentlichen Komponenten untersuchen: Bevölkerungszahl; Durchschnittseinkommen pro Person; Konsummuster; und Ressourcenintensität der Produktion. Technologieentwicklung, Substitution in Produktion und Konsum sowie Produktionsverlagerung durch internationalen Handel sind wichtige Mechanismen zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs. Die staatliche Regulierung muss durch gezielte Besteuerung oder Einführung von Nutzungsrechten die richtigen Preissignale zur Umsetzung dieser Maßnahmen geben. Eine Verbesserung der Informationsgrundlagen, der Infrastruktur sowie der Ausbildung bereits vom frühkindlichen Alter an kann zur Entwicklung neuer Lösungen und zur regional angepassten Bewältigung von Ressourcenknappheit beitragen. Gleichzeitig werden hiermit aber auch die notwendigen Grundlagen geschaffen für eine bessere Gesundheitsversorgung und eine stabile Wirtschaftsentwicklung. Es gibt deutliche Synergien zwischen der Steigerung der Ressourceneffizienz und dem Abbremsen der Bevölkerungsentwicklung.



Hermann Lotze-Campen

Es gibt mehr als nur ein Bevölkerungsszenario

Die Weltbevölkerung wächst weiter. Aber im Verlauf der letzten Jahrzehnte hat die jährliche Wachstumsrate stetig abgenommen. Der Höhepunkt der Wachstumsraten lag in den 1960er Jahren bei ca. 2% pro Jahr. Heute liegt dieser Wert bei ca. 1%, und er fällt weiter. Die Weltbevölkerung wächst also immer langsamer und viele Analysen gehen davon aus, dass sie sich ab dem Jahr 2050 bei etwa 9 Mrd. Menschen stabilisieren wird. Es ist aber wichtig zu betonen, dass es sich hierbei um Szenarien handelt, die immer auch mit Unsicherheit behaftet sind. Wichtige demographische Bestimmungsfaktoren für das Bevölkerungswachstum sind die durchschnittlichen Geburten- sowie Sterberaten der Menschen, aber auch sozio-ökonomische Entwicklung und Wirtschaftswachstum. Durch eine Veränderung der medizinischen Versorgung wie auch durch

Präferenzänderungen bezüglich der gewünschten Kinderzahl in einer Familie können sich diese Raten ändern. Bei einer nur leichten Variation der Geburten- und Sterberaten in einer Szenarioanalyse kann die Weltbevölkerung im Jahr 2050 ebenso gut bei 8,5 Mrd. Menschen wie auch bei 10,5 Mrd. Menschen liegen. Für den weiteren Verlauf des 21. Jahrhunderts liegen die plausiblen Projektionen noch weiter auseinander.



Unterschiedliche Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung ermöglichen die Entwicklung alternativer Handlungsstrategien

Aufgrund vielfältiger Unsicherheiten wird daher bei langfristigen Abschätzungen zu Bevölkerungswachs-

tum, Einkommensentwicklung und Ressourcenverbrauch auf eine Reihe von verschiedenen Szenarien zurückgegriffen, um „mögliche Zukünfte“ erfassen zu können. Im Rahmen der Klimafolgenforschung wird seit dem Jahr 2000 auf vier zentrale Szenarien des „Special Report on Emission Scenarios (SRES)“ zurückgegriffen:

- Szenario A1 mit starker gesellschaftlicher Priorität auf Wirtschaftsentwicklung, Globalisierung und technischem Fortschritt sowie mittlerem globalem Bevölkerungswachstum;
- Szenario A2 mit starker gesellschaftlicher Priorität auf Wirtschaftsentwicklung, aber mehr Regionalisierung und weniger technischem Fortschritt sowie hohem Bevölkerungswachstum, vor allem in ärmeren Ländern;

- Szenario B1 mit starker gesellschaftlicher Priorität auf Umwelt- und Ressourcenschutz, globaler Kooperation und technischem Fortschritt sowie geringem Bevölkerungswachstum;
- Szenario B2 mit starker gesellschaftlicher Priorität auf Umwelt- und Ressourcenschutz, aber mehr Regionalisierung und weniger technischem Fortschritt sowie mittlerem Bevölkerungswachstum.

Auf Basis dieser vier Szenarien mit weiteren Differenzierungen ist es

Ressourcenverfügbarkeit, Wohlstand und Lebensstile sind regional sehr unterschiedlich

Die konkreten Auswirkungen einer steigenden Weltbevölkerung auf Ressourcenbedarf und Ressourcenknappheit lassen sich anhand vier wesentlicher Komponenten untersuchen:

- Bevölkerungszahl
- Durchschnittseinkommen pro Person
- Konsummuster
- Ressourcenintensität der Produktion

Die Kombination dieser vier Komponenten und ihrer Veränderungsrate ist regional über den Globus sehr unterschiedlich verteilt. Während die Bevölkerung in vielen Industrieländern stagniert (oder sogar zurückgeht), ist hier das Einkommen hoch, oft verbunden mit ressourcenintensiven Konsummustern. Viele Entwicklungsländer verzeichnen starkes Bevölkerungswachstum bei geringem Einkommen und bislang wenig ressourcenintensivem Konsum. Welche Dynamik diese Komponenten in ihrer Wechselwirkung entfalten können, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten in den sich dynamisch entwickelnden Schwellenländern, wie z.B. China, Indien oder Brasilien, gezeigt. Wenn die Bevölkerung noch relativ schnell wächst, gleichzeitig aber starkes Wirtschafts-

wachstum erreicht und ein Nachfrage- und ein Nachfragetrend hin zu ressourcenintensiven Produkten vollzogen wird, kann der Druck auf die Ressourcennutzung sehr schnell ansteigen. Der Bedarf Chinas und Indiens z.B. an Kohle, Öl, Stahl oder Nahrungsmitteln hat bereits zu einer Verknappung auf den internationalen Rohstoffmärkten und einem Anstieg der Weltmarktpreise beigetragen. Selbst zwischen Ländern mit ähnlichem Wohlstandsniveau können sich die Konsummuster aber deutlich unterscheiden.

Die Steigerung der Ressourcennachfrage kann durch die Ressourcenintensität der Produktion von Gütern und Dienstleistungen noch verstärkt, aber auch abgemildert werden. Mit Ressourcenintensität ist hier der spezifische Verbrauch von Energie, Wasser, Land und anderen Primärgütern bei der Erzeugung eines Endprodukts (z. B. Maschinen und Geräte, Nahrungsmittel etc.) gemeint.

Die Ressourcenintensität der Produktion ist global sehr unterschiedlich verteilt, selbst in Ländern mit einem vergleichbaren Niveau der Wirtschaftsentwicklung. Dies liegt zum einen an der spezifischen regionalen Ressourcenverfügbarkeit, aber auch an der politischen Regulierung der Pro-



Der Ressourcenverbrauch kann auch bei gleichem Wirtschaftsniveau in den Ländern und Regionen sehr unterschiedlich sein

duktion. Im Laufe der Wirtschaftsentwicklung haben sich viele Länder auf Güter und Produktionstechniken spezialisiert, für die sie mit den geeigneten Produktionsmitteln und Ressourcen gut ausgestattet waren bzw. sind. Länder nutzen im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung ihre „komparativen Kostenvorteile“ aus. Der amerikanische Wirtschaftswissenschaftler Vernon Ruttan hat z. B. festgestellt, dass die Landwirtschaft in den USA sich über die Zeit auf eine bodenintensive Produktion mit wenig Arbeitskräften und hohem Kapitaleinsatz spezialisiert hat, weil Arbeitskräfte knapp und Land reichlich verfügbar waren. Im dichtbesiedelten Japan dagegen war es genau umgekehrt, weil es hier wenig Land für eine relativ große Bevölkerung gab. Diese Entwicklung wird auch als „induzierter technischer Fortschritt“ bezeichnet, der z. T. bis heute nachwirkt.

Beim spezifischen Energieverbrauch sieht es ähnlich aus. Länder, die reichlich Vorkommen an fossilen Energieträgern haben, haben kaum einen Anreiz, den Einsatz dieser Energieträger einzuschränken. Dies lässt sich heute gut an den Treibhausgas-Emissionen pro Kopf ablesen. Die Pro-Kopf-Emissionen an Kohlendioxid (CO₂) liegen in den arabischen Öl-Exportländern wie auch in den USA, Australien und Russland erheblich über den Werten z. B. in Europa.



Der unterschiedliche Energieverbrauch ist abhängig von politischer Steuerung und den Vorkommen vor Ort

Hierfür ist aber zu einem erheblichen Teil auch die politische Regulierung und Steuerung verantwortlich. Nach den Ölpreisschocks und den



dramatischen Preisanstiegen für Erdöl in den 1970er Jahren setzte zumindest in Europa eine Welle der Technologieentwicklung im Transportwesen ein, die dazu führte, dass der spezifische Kraftstoffverbrauch europäischer Kraftfahrzeuge heute deutlich niedriger ist als in den USA. Dies wurde in Europa auch durch eine dauerhaft höhere Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs begleitet.

Ressourcenverknappung aufgrund natürlicher Vorkommen wie auch durch politische Regulierung und Besteuerung können also dazu führen, dass sich nicht nur Konsummuster verändern, sondern auch die Richtung und Dynamik technologischer Entwicklungen. Dies ist für die Diskussion von Handlungsoptionen zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs bei steigender Bevölkerung von entscheidender Bedeutung.

in Zukunft bei steigender Bevölkerung und Nachfrage knapp werden könnten, weiß man inzwischen, dass zumindest die Vorräte an Kohle weltweit voraussichtlich noch für mehrere Jahrhunderte den Bedarf decken könnten. Es ist also nicht zu erwarten, dass es hier zu ernsthaften Knappheiten kommen wird. Vor allem gibt es Kohle in fast allen Weltregionen, so dass viele Länder längerfristig auch nicht auf Importe angewiesen wären. Das Problem ist hier aber, dass das bei der Verbrennung entstehende CO₂ in der Atmosphäre wie in einer Deponie abgelagert wird und hier dauerhaft zur globalen Erwärmung mit allen zu erwartenden negativen Folgen beiträgt. Wenn nun aber die globale Erwärmung auf z.B. zwei Grad Celsius über dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden soll, wie inzwischen international im Prinzip vereinbart, dann wird dieser „Deponieraum in der Atmosphäre“ sehr schnell knapp in den nächsten Jahrzehnten. Dies ist dann eine neue Dimension von Ressourcenknappheit, der nur mit einer konsequenten Regulierung und Emissionsverminderung gegengesteuert werden kann.

Was wir zum Leben brauchen: Land, Wasser, Energie

Die Grundbedürfnisse des Menschen an natürlichen Ressourcen lassen sich im Wesentlichen mit Luft, Wasser, Nahrung, Kleidung, Wohnraum sowie Energie zum Kochen, Heizen und zur Fortbewegung umreißen. Hierauf lässt sich auch ein Großteil des Ressourcenverbrauchs durch den Konsum höherwertiger Güter und Dienstleistungen im Laufe der wirtschaftlichen Entwicklung zurückführen.

Vor allem die Nahrungsmittelproduktion für die aktuelle Weltbevölkerung von sieben Milliarden Menschen ist für einen Großteil des Verbrauchs an Land und Süßwasser rund um den Globus verantwortlich.

- Etwa ein Drittel der globalen Landoberfläche wird für die landwirtschaftliche Produktion genutzt, zum größeren Teil als Weideland für die Viehhaltung, zum kleineren Teil als Ackerland für Feldfrüchte, die auch Faserpflanzen für Kleidung umfassen.
- Ein weiteres Drittel der Landoberfläche dient der Forstwirtschaft, die zur Versorgung mit Bauholz, Fasern und Energie beiträgt.


Fast 70 Prozent der Landoberfläche ist also direkt durch die menschliche Nutzung geprägt. In Regionen wie Indien oder im mittleren Osten gibt es kaum noch Möglichkeiten, die Landnutzung weiter auszudehnen. In anderen Regionen, z.B. im südlichen Afrika oder in Lateinamerika, gibt es aber noch

Flächen, die nutzbar gemacht werden könnten.

Ähnlich ist es beim Süßwasser:

- Ca. 70 Prozent der verfügbaren Menge wird für die Landwirtschaft genutzt, zumeist für die künstliche Bewässerung in trockenen Regionen.
- Etwa 20 Prozent des Wasserverbrauchs entfallen auf die Industrie.
- Nur etwa 10 Prozent dient dem Verbrauch von privaten Haushalten.

Süßwasservorräte werden in vielen Regionen, z. B. in Indien, USA und China, übernutzt. Aber es gibt auch Beispiele in Israel und Australien, wo relativ gut funktionierende Regulierungsmechanismen eingeführt wurden. Süßwasser kann auch durch Mehrwasserentsalzung gewonnen werden, was aber zurzeit noch sehr energieaufwändig und teuer ist.

 Bei der Verbrennung fossiler Energieträger ist die Belastung der Atmosphäre das Hauptproblem, nicht der begrenzte Vorrat

Bei der Nutzung fossiler Energieträger ist weniger die begrenzte Verfügbarkeit der Ressourcen das Problem, sondern die entstehenden Treibhausgas-Emissionen bei der Verbrennung. Im Gegensatz zur weit verbreiteten Meinung, dass fossile Energieträger

Es gibt weitere potentielle Knappheiten von Rohstoffen und Mineralien, deren langfristige Auswirkungen schwerer abzuschätzen sind. Stickstoff und Phosphor sind z.B. essentielle Pflanzennährstoffe für die Landwirtschaft. Phosphor wird zurzeit aus mineralischen Lagerstätten gewonnen, die mit großer Sicherheit endlich sind. Wenn es hier zu Knappheiten käme, müsste Phosphor zunehmend aus menschlichen und tierischen Exkrementen zurückgewonnen werden, was technisch möglich, aber aufwändig wäre. Stickstoff kann dagegen im Prinzip unbegrenzt aus der Luft gewonnen werden, entweder durch stickstoffbindende Pflanzen (Leguminosen wie z. B. Bohnen oder Erbsen) oder das chemische Haber-Bosch-Verfahren. Dieses Verfahren ist allerdings sehr energieaufwändig, so dass die zukünftige Versorgung mit Stickstoffdüngern von



der Energieversorgung und den Energiepreisen abhängt.

Neben Land, Wasser und fossilen Energieträgern wird eine Vielzahl von speziellen Erzen und Mineralien in der Industrie verwendet, die in Zukunft potentiell knapp werden könnten. Ein Beispiel sind die sogenannten „Seltenen Erden“, spezielle Metalle, die zur Herstellung von elektronischen Bauteilen und z.B. auch Solarzellen verwendet werden. Der vermehrte Einsatz

von Solarenergie im großen Maßstab könnte also zur Verringerung des Einsatzes von Kohle, Öl und Gas beitragen, aber zu neuen Knappheiten bei diesen speziellen Metallen führen. Hier stellt sich die Frage, wie schnell bei sich abzeichnenden Knappheiten neue Verfahren und alternative Rohstoffe gefunden werden können. Benötigt werden also Substitutionsmöglichkeiten zu aktuell verbreiteten Produktionstechniken.

und anderer Produkteigenschaften. Die Petrochemie hat eine große Zahl von neuen Werkstoffen entwickelt, durch die traditionelle Baustoffe, Dämmstoffe und Fasern ersetzt werden konnten. Aber auch hier könnten traditionelle, nachwachsende Rohstoffe wieder an Bedeutung gewinnen, wenn sich Kohle, Öl und Gas verteuern würden, entweder durch Knappheit oder politische Regulierung.


Die Suche nach Substitutionsmöglichkeiten

Die Möglichkeit zur gegenseitigen Substitution (d.h. Austausch) verschiedener Produktionsmittel spielt vor allem bei der ökonomischen Analyse von Ressourcenknappheiten und gesellschaftlichen Zielkonflikten („Trade-offs“) eine sehr wichtige Rolle. Ressourcenknappheit ist nur dann ein ernsthaftes Problem, wenn es mittelfristig keine Anpassungsmöglichkeiten, vor allem beim Einsatz wichtiger Produktionsmittel gibt. Viele Produktionsverfahren wurden über die Zeit stark verändert, entsprechend der relativen Knappheiten oder relativen Preise für wichtige Produktionsmittel. Oben wurde bereits der Vergleich zwischen USA und Japan bei der Entwicklung der Arbeits- und Bodenintensität in der Landwirtschaft angeführt. In der Landwirtschaft haben sich in vielen Industrieländern über die Zeit weitere substantielle Substitutionsprozesse abgespielt. Durch die relativ günstige Verfügbarkeit fossiler Energieträger und damit fossiler Stickstoffdünger seit Anfang des 20. Jahrhunderts war der Einsatz von stickstoffbindenden Leguminosen für die Pflanzenernährung und Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit nicht mehr zwingend notwendig. Dies ermöglichte eine starke Technisierung und Spezialisierung in der Landwirtschaft, verbunden mit einer beachtlichen Steigerung der Flächenerträge, aber z.T. auch mit negativen Umweltauswirkungen. Zusammen mit Fortschritten in der Pflanzen-

züchtung und Bewässerung konnten in den letzten Jahrzehnten die landwirtschaftlichen Erträge in den meisten Weltregionen vervielfacht werden, so dass die bewirtschaftete Landfläche nur wenig ausgedehnt werden musste. Wenn sich, z. B. durch die Verteuerung fossiler Energieträger im Rahmen einer ambitionierten Klimapolitik, die Preise für synthetische Düngemittel in Zukunft möglicherweise stark erhöhen, könnte eine Umstellung auf Fruchtfolgen mit wieder höheren Leguminosenanteilen durchaus eine Anpassungsoption für die Landwirte sein, um dieser neuen Art von Ressourcenknappheit zu begegnen.

Ohne erhebliche landwirtschaftliche Produktivitätssteigerungen wäre es nicht möglich gewesen, eine stark wachsende Weltbevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Diese Tatsache soll nicht beschönigen, dass weltweit immer noch ca. eine Milliarde Menschen von Unterernährung betroffen sind. Allerdings hat der relative Anteil der Unterernährten an der Gesamtbevölkerung deutlich abgenommen. Außerdem ist Unterernährung ein sehr vielschichtiges Problem, das nicht allein durch Produktionssteigerungen gelöst werden kann.

Viele weitere Beispiele zu Substitutionsprozessen können in der Industrie beobachtet werden. Im Fahrzeugbau wurde z. T. Stahl durch Aluminium ersetzt, wegen der Gewichtsunterschiede

 Substitutionsprozesse gibt es in der Landwirtschaft und bei den Produktionsverfahren, bei den verwendeten Materialien und bei den Energieträgern

Die Energiewende in Deutschland ist ein weiteres Beispiel, bei dem es aufgrund von Regulierung zur Substitution von fossilen und nuklearen Energieträgern (und darauf aufbauenden Versorgungsnetzen und Produktionsverfahren) durch erneuerbare Energieträger wie Sonne, Wind und Biomasse kommt. Dabei haben die Unternehmen und Verbraucher allerdings nur einen Anreiz zur Umstellung, wenn dies gesetzlich vorgeschrieben oder durch Preisanreize eingeleitet wird. Für die Auswirkungen auf die Produktionskosten ist vor allem auch die Länge des Umsetzungszeitraums wichtig.

Neben der Möglichkeit der Substitution vor Ort kann bei Ressourcenknappheit auch die Verlagerung der Produktion an einen anderen Ort eine wichtige Reaktionsmöglichkeit sein. Hier kommt die Bedeutung des internationalen Handels ins Spiel. Bei zunehmender weltweiter Ressourcenknappheit könnte der internationale Handel mit Rohprodukten wie auch mit Konsum- und Vorleistungsgütern in Zukunft noch wichtiger werden als heute. So könnten ressourcenintensive Produkte und Produktionsverfahren zunehmend dorthin verlagert werden, wo die relevanten Rohstoffe relativ leichter zugänglich sind. Ein offenes


Handelssystem ermöglicht auch eine Reaktion auf sich jetzt noch nicht abzeichnende regionale Knappheiten. Dies setzt allerdings voraus, dass auch

 Die Möglichkeit zur Verlagerung von Produktionsstätten macht eine weltweite Annäherung von Umwelt- und Sozialstandards erforderlich

die Emissionen beim internationalen Transport von Gütern einheitlich reguliert werden. Außerdem müsste nach und nach auch die Regulierung von Umwelt- und Sozialstandards weltweit angenähert werden, damit es nicht zu Wettbewerbsverzerrungen auf Kosten von Ökosystemen und benachteiligten gesellschaftlichen Gruppen kommt.

Neben der Betonung von Substitutionsmöglichkeiten in der Produktion sollen auch Anpassungen im Konsum nicht unerwähnt bleiben. Auch in den Verbrauchsmustern gibt es weltweit erhebliche Unterschiede, selbst zwischen Ländern mit ähnlichem Einkommensniveau. Z.B. variiert der Konsum von tierischen Lebensmitteln wie Fleisch und Milchprodukten sehr stark, was

zum großen Teil auf sich langsam entwickelnde kulturelle und religiöse Faktoren zurückzuführen ist. In Japan ist der Anteil von Fisch am gesamten Kalorien- und Proteinverbrauch erheblich höher als in vergleichbaren Industrieländern. In Indien ist der Anteil tierischer Produkte am Gesamtverbrauch vergleichsweise gering, in der Mongolei dagegen sehr hoch. Dies soll nur verdeutlichen, dass die Menschen auch hinsichtlich ihrer Verbrauchsgewohnheiten sehr anpassungsfähig sind, was die Anpassung an zukünftige Ressourcenknappheit erleichtern kann. Die Produktion tierischer Nahrungsmittel trägt jedenfalls überproportional zu globalen Landnutzungsänderungen

 Zur Anpassung an zunehmende Ressourcenknappheit gehört eine fleischarme oder vegetarische Ernährungsweise

wie auch zu den landwirtschaftlichen Treibhausgas-Emissionen bei. Eine fleischarme oder sogar vegetarische Ernährungsweise kann hier eindeutig zur Abmilderung von Ressourcenknappheit beitragen.

ist ein sehr gutes Beispiel. Sowohl die Nutzung von Wasser als auch die Vorkommen sind selbst kleinräumig sehr unterschiedlich verteilt. Hier muss die Regulierung lokal angepasst erfolgen. Dies schließt allerdings nicht aus, dass es zu sinnvoller Zusammenarbeit und Abstimmung zwischen Regionen oder auch Nationalstaaten kommen kann und sollte. In Australien sind vier Bundesstaaten an einem Handelssystem für Wassernutzungsrechte beteiligt, um die Wassernutzung im gesamten Flusseinzugsgebiet des Murray-Darling effizient zu regulieren.

Wahlfreiheit belassen

Zum zweiten sollte nach Möglichkeit die Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher hinsichtlich verschiedener Produkte mit unterschiedlicher Ressourcenintensität erhalten bleiben. In vielen Fällen lässt sich nicht eindeutig klären, welche Ressource bzw. welches Politikziel von der Gesellschaft insgesamt für besonders wichtig gehalten wird. Eine starke Regulierung landwirtschaftlicher Treibhausgas-Emissionen könnte zur Erhöhung der Nahrungsmittelpreise und damit möglicherweise zur Verschärfung von Unterernährung führen. Es sind daher markt-basierte Regulierungsmechanismen zu bevorzugen, die möglichst viel Flexibilität bei der Suche nach den günstigsten Substitutionsmöglichkeiten in der Produktion erlauben.

Theoretisch könnte die Bevölkerung auf Ressourcenknappheit relativ einfach mit Verhaltensänderungen im Verbrauch reagieren. Der Zusammenhang zwischen Fleischkonsum und Flächenverbrauch wurde oben bereits aufgezeigt, die Wahl des Transportmittels wäre ein weiteres Beispiel. Allerdings stellen sich zwei Probleme. Zum einen fehlt den Verbrauchern ausreichend Information über die Ressourcenintensität der meisten Güter und Dienstleistungen. Zum anderen ist kaum zu erwarten, dass der überwiegende Teil der

Maßnahmen zur Verringerung des Ressourcenverbrauchs

Basierend auf den gezeigten Möglichkeiten zur

- Technologieentwicklung,
- Substitution in Produktion und Konsum sowie
- Verlagerung der Produktion

stellt sich abschließend die Frage, wie bei steigenden Bevölkerungszahlen diese Maßnahmen umgesetzt werden können bzw. welcher staatlichen Regulierung diese Umsetzung bedarf. In jedem Fall sollten zwei Grundprinzipien beachtet werden.

Teils regionales, teils globales Handeln

Zum einen muss die Lösung von Ressourcenknappheit dem Prinzip der Subsidiarität folgen. Einige Knappheiten, z.B. die Regulierung der Atmosphäre als „Deponieraum“ für Treibhausgas-Emissionen, können nur sinnvoll

auf globaler Ebene gelöst werden, da es sich hierbei inhärent um Probleme mit globaler Ausbreitung handelt. Viele andere Ressourcenkonflikte lassen sich aber nur auf regionaler bzw. lokaler Ebene regulieren. Wasserknappheit



Bevölkerung ohne Preisanreize zu substantiellen Verhaltensänderungen bereit ist.



Ohne marktkonforme staatliche Steuerung wird es kaum zu erwünschten Verhaltensänderungen kommen

Hier muss die staatliche Regulierung ansetzen, um durch gezielte Besteuerung und/oder Einführung von klar definierten Nutzungsrechten an knappen Ressourcen die richtigen Preissignale zu geben. Erst wenn die Knappheit einer Ressource sich wirksam in Preisen für Produktionsmittel und Konsumgüter widerspiegelt, sind ernsthafte Verhaltensänderungen und Substitutionsprozesse zu erwarten. Um drei Beispiele zu nennen:

- Verbraucher hätten einen direkten Anreiz, weniger Fleisch zu essen;
- Landwirte würden Bewässerungswasser so sparsam wie möglich einsetzen; und
- Energieunternehmen würden die fossile Energieerzeugung durch die kostengünstigste Variante bei den erneuerbaren Energieträgern ersetzen.

Diese marktkonformen Lösungen werden in verschiedenen Ländern bereits politisch umgesetzt.

- In Neuseeland wird die Landwirtschaft nach und nach in das natio-

nale Emissionshandelssystem eingebunden;

- in Australien gibt es seit Jahren ein funktionierendes System für den Handel mit Wassernutzungsrechten;
- in der EU wurde ein zwischenstaatliches Handelssystem für Emissionszertifikate aufgebaut.
- In den USA wurde die spezifische Luftbelastung mit Schwefeldioxid durch ein ähnliches Emissionshandelssystem reduziert, und zwar kostengünstiger als vorher erwartet.

Direkte Kompensationszahlungen können eingesetzt werden, um wertvolle tropische Waldgebiete vor der Abholzung zu schützen. Diese sogenannten „REDD-Zahlungen“ werden im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen seit längerem diskutiert.

Entscheidend für eine Zukunft mit



Die internationale Öffnung der Märkte ermöglicht eine schnellere Verbreitung ressourcenschonender Produktionsverfahren und Produkte

weiter steigender Weltbevölkerung und steigender Ressourcennachfrage ist es aber, nicht nur den direkten Ressourcenverbrauch zu regulieren, sondern auch die Investitionsdynamik der Unternehmen und damit die Technologieentwicklung in die richtige Richtung

zu lenken. Marktkonforme Preisanreize führen zu einem induzierten technischen Fortschritt, der sich an ändernde Ressourcenknappheiten über die Zeit anpassen kann. Dabei ist noch zu betonen, dass dies bei einer marktkonformen Regulierung auch zu möglichst geringen Kosten stattfindet, da keine staatliche Regulierungsbehörde vorhersehen kann, welche Technologien oder Verfahren am besten geeignet sind, Knappheiten zu vermeiden.

In Ergänzung zur direkten Regulierung der Ressourcennutzung sollte auch für eine weitere Öffnung der internationalen Märkte für Güter und Dienstleistungen gesorgt werden. Dies erhöht zum einen die Flexibilität, um regional auf zukünftige Ressourcenknappheit zu reagieren. Handel erhöht aber andererseits auch den internationalen Technologietransfer, so dass sich ressourcenschonende Produktionsverfahren und Produkte schneller verbreiten können.

Alle genannten Maßnahmen werden allerdings nur dann ihre Wirkung entfalten, wenn ausreichend öffentliche Mittel in Erziehung und Ausbildung, Informationsbereitstellung und Beratung, Infrastruktur sowie Forschung investiert werden. Dies beginnt bereits im Vorschulalter, wenn wichtige Verhaltensmuster etabliert werden, und setzt sich über die schulische und akademische Ausbildung fort, wo die Grundlagen für die Lösung zukünftiger Probleme gelegt werden. In den meis-

LITERATUR

- Alston, J.M.; Beddow, J.M.; Pardey, P.G. (2009): Agricultural Research, Productivity, and Food Prices in the Long Run. *Science*, 325 (5945), pp. 1209–1210.
- Bodirsky, B.L. et al. (2012): N₂O emissions from the global agricultural nitrogen cycle – current state and future scenarios. *Biogeosciences*, 9 (10), pp. 4169–4197.
- Edenhofer, O. et al. (2010): *Global, aber gerecht: Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen* 1st ed., München.
- Nakicenovic, N. et al. (2000): *IPCC Special Report on Emission Scenarios*, Cambridge, UK.
- Popp, A.; Lotze-Campen, H.; Bodirsky, B. (2010) Food consumption, diet shifts and associated non-CO₂ greenhouse gases from agricultural production. *Global Environmental Change-Human and Policy Dimensions*, 20 (3), pp. 451–462.
- Ruttan, V.W. (2002): Productivity growth in world agriculture: Sources and constraints. *J. Econ. Perspect.*, 16 (4), pp. 161–184.
- WBGU (2011): *Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Berlin.
- Yadav, S.S. et al. eds. (2011): *Crop Adaptation to Climate Change* 1st ed., Wiley.

ten Entwicklungsländern ist es vor allem die Ausbildung von Mädchen und Frauen, die sich am wirkungsvollsten

hinsichtlich der ländlichen Entwicklung und Armutsbekämpfung erwiesen hat.

Synergien zwischen Ressourceneffizienz und Bevölkerungsentwicklung

Eine Verbesserung der Informationsgrundlagen, Infrastruktur sowie der Ausbildung bereits vom frühkindlichen Alter an, vor allem in den Entwicklungsländern, kann zur Entwicklung neuer Lösungen zur regional angepassten Bewältigung von Ressourcenknappheit beitragen. Gleichzeitig werden hiermit aber auch die notwendigen Grundlagen geschaffen für eine bessere Gesundheitsversorgung und eine stabile Wirtschaftsentwicklung, vor allem in armen ländlichen Regionen.

Eine bessere Gesundheit, alternative Einkommensmöglichkeiten zur Subsistenzlandwirtschaft sowie der Aufbau sozialer Sicherungssysteme können weiter dazu führen, dass sich die durchschnittlichen Geburtenzahlen in vielen Entwicklungsländern verringern werden und das globale Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahrzehnten stagnieren wird. Es gibt also deutliche Synergien zwischen der Steigerung der Ressourceneffizienz und dem Abbremsen der Bevölkerungsentwicklung.

Fazit

1. Verschiedene Bevölkerungsszenarien sind wichtig für die Entwicklung von robusten Handlungsstrategien in sehr unterschiedlichen Zukunftsszenarien.
2. Die Auswirkungen einer steigenden Weltbevölkerung auf Ressourcenknappheit lassen sich anhand von vier wesentlichen Komponenten untersuchen: Bevölkerungszahl; Durchschnittseinkommen pro Person; Konsummuster; und Ressourcenintensität der Produktion.
3. Die Möglichkeit zur Substitution zwischen verschiedenen Produk-

- tionsmitteln spielt bei der Analyse von Ressourcenknappheit und gesellschaftlichen Zielkonflikten eine wichtige Rolle.
4. Technologieentwicklung, Substitution in Produktion und Konsum sowie Produktionsverlagerung durch internationalen Handel sind wichtige Mechanismen zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs.
5. Die staatliche Regulierung muss durch gezielte Besteuerung oder Einführung von Nutzungsrechten die richtigen Preissignale zur Umsetzung dieser Maßnahmen geben.

KURZBIOGRAPHIE

Hermann Lotze-Campen (*1966), Dr. rer. agr., Forschungsbereichsleiter für Klimawirkung und Vulnerabilität am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung: Postfach 601203, 14412 Potsdam;

www.pik-potsdam.de/members/hlotze; lotze-campen@pik-potsdam.de.

Forschungsschwerpunkte: Klimawandel und Landwirtschaft; Klimawirkungen und Anpassungsoptionen; Globale Landnutzungsszenarien. Wichtige Veröffentlichungen:

Edenhofer, O., Lotze-Campen, H., Wallacher, J., Reder, M. (Hrsg.) (2010): Global, aber gerecht: Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen. Beck Verlag.

Sachverständigengruppe Weltwirtschaft und Sozialethik (Wallacher, J., Emunds, B., Görgens, E., Hagemann, H., Hemmer, H.-R., Kruij, G., Stoll, G., Müller, J., Wiemeyer, J., Hahlbrock, K., von Braun, J., Lotze-Campen, H., Wiggert-hale, M.) (2012): Den Hunger bekämpfen – Unsere gemeinsame Verantwortung für das Menschenrecht auf Nahrung. Deutsche Bischofskonferenz. ISBN 978-3-940137-46-3.

Schmitz, C., Biewald, A., Lotze-Campen, H., Popp, A., Dietrich, J. P., Bodirsky, B., Krause, M., Weindl, I. (2012): Trading more Food – Implications for Land Use, Greenhouse Gas Emissions, and the Food System. *Global Environmental Change* 22(1): 189–209, doi:10.1016/j.gloenvcha.2011.09.013.



Bevölkerungspolitik aus feministischer Sicht



Beispiele aus Indien und Afrika¹

Shalini Randeria



Bereits Thomas Malthus (1766–1834) und Marquis de Condorcet (1743–1794) erkannten die langfristigen Auswirkungen demographischer Prozesse und ihrer sozialen Folgen und versuchten diese theoretisch wie politisch zu bearbeiten. Die Fortdauer der frühen Gegensätze der beiden zeigt sich in aktuellen Versuchen, bevölkerungspolitisch in das Leben von Familien in Entwicklungsländern einzugreifen. Denn häufig wird dabei zu einseitig technokratisch gedacht ohne die Bedeutung komplexer sozio-kultureller Faktoren mit in Betracht zu ziehen. Es genügt eben nicht, Mengen an Kontrazeptiva zu verteilen, wichtiger ist vielmehr, Frauenbildung zu fördern und einen gesamtgesellschaftlichen Bewusstseinswandel herbeizuführen.

Bei meiner Beschäftigung mit dem Thema Bevölkerungspolitik habe ich oft das Gefühl, in einer schizophrenen Welt zu leben. Während in Europa die Sorge über den Geburtenrückgang das öffentliche Denken bestimmt, wird in Indien gerade die hohe Geburtenrate als eines der wichtigsten Probleme des Landes definiert. Das gleichzeitige Festhalten an gegensätzlichen bevölkerungspolitischen Vorstellungen und Zielen im globalen Dorf beschreibt Hans Magnus Enzensberger treffend mit dem Begriff der „demographischen Bulimie“².

Zahlte der indische Staat einst Prämien für Sterilisierungen, erlaubte in öffentlichen Krankenhäusern³ die Erprobung eines neuen Impfstoffes gegen Schwangerschaften und dürfen Paare mit mehr als zwei Kindern in einigen indischen Bundesländern nicht für ein politisches Amt auf lokaler Ebene kandidieren, so wurde in Deutschland die Gebärfreude durch die Androhung höherer Steuern für Kinderlose oder ein so genanntes „Begrüßungsgeld“ für Neugeborene zu stimulieren versucht. Während in Indien in einigen Bundesländern der Erhalt von staatlichen Subventionen von der Einwilli-

gung zur Sterilisierung abhängig gemacht wurde oder sterilisierte Paare, in Rajasthan etwa, an einer Lotterie für den Kleinwagen Nano teilnehmen dürfen, finanzieren deutsche Krankenkassen drei Versuche zur künstlichen Befruchtung. Solche Beispiele machen die gegensätzlichen bevölkerungspolitischen Strategien für unterschiedliche Teile und Gruppen in der „Einen Welt“ sichtbar, in der vier von fünf Menschen im Süden geboren, aber vier Fünftel aller Ressourcen im Norden verbraucht werden.

Malthus übernahm die These eines zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Bevölkerungswachstum und dem Angebot an Nahrungsmitteln von Condorcet, der 1795 als erster darauf hingewiesen hatte, dass „das Wachstum der Anzahl der Menschen über ihre Subsistenzmittel hinaus“ zu einer „ste-

tigen Verringerung des Glücks“ führen würde.⁴ Für Condorcet war dies aber keine alarmierende Feststellung, denn durch die wissenschaftliche Förderung des landwirtschaftlichen Produktivitätszuwachses ließe sich nach seiner Meinung das Problem lösen. Malthus richtete sein 1798 in der ersten Auflage anonym veröffentlichtes „Essay on the Principle of Population“ explizit gegen das von der französischen Revolution inspirierte optimistische Traktat Condorcets, das im selben Jahr auch in englischer Übersetzung erschien. Condorcet erwähnte darin auch explizit die Möglichkeit, Sexualität von der Fortpflanzung zu trennen, um die Gefahr der Überbevölkerung zu vermeiden. Ganz in Sinne der Aufklärung hoffte er auf einen Fortschritt der Vernunft und eine bewusste und freiwillige Änderung des

¹ Gekürzte Fassung des Vortrags (2006) „Malthus contra Condorcet. Bevölkerungspolitik, Gender und Kultur aus ethnologischer Perspektive“, die Schlussgedanken stammen aus „Die sozio-ökonomische Einbettung reproduktiver Rechte: Frauen und Bevölkerungspolitik in Indien“, in: Feministische Studien, Nr. 1, 1995, S. 119–132. Zusammengefasst wurde der Text von Barbara Schellhammer.

² Hans-Magnus Enzensberger, Die Grosse Wanderung. Essays, Frankfurt a. M., 1993.

³ Judith Richter, Anti-Schwangerschafts-„Impfstoffe“, „Schwangerschaftsepidemien“ und Missbrauch, in: Christa Wichterich (Hg.), Menschen nach Maß – Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen 1994, 163–180.

reproduktiven Verhaltens, insbesondere dank der Bildung der Frauen, die

Sinn und Unsinn staatlicher Interventionen zur Bevölkerungsregulierung

Condorcets Einsichten in die Bedeutung von Vernunft und Frauenrechten als Schlüssel zur Geburtenenkung sowie zur Sozialpolitik als Mittel der Armutsbekämpfung sind alsbald in Vergessenheit geraten. Aktuell ist aber nach wie vor der Pessimismus von Malthus. Beide waren unter den ersten, die die langfristigen Auswirkungen demographischer Prozesse und ihrer sozialen Folgen erkannten und theoretisch wie politisch zu bearbeiten versuchten. Infolge ihrer Diskurse werden Fertilität und Bevölkerungswachstum nicht mehr als naturgegeben, sondern als soziales Problem aufgefasst. Erst durch ihre Kontroverse entstand die Voraussetzung dafür, spezialisiertes Wissen und technische Mittel für zielgerichtete staatliche Interventionen und Regulationen der Bevölkerung einzusetzen, wie der indische Ökonom und Nobelpreisträger Amartya Sen dargelegt hat.⁵ Seitdem sind die Beziehungen zwischen Ehepartnern zu einem Gegenstand staatlicher Aufmerksamkeit, Kontrolle und Planung geworden, indem ihre Sexualität und Kinderwünsche mit dem nationalen Gemeinwohl in Beziehung gebracht werden.

Die Rezeption der neomalthusianischen Studie von Robey, Rutstein und Morris zum weltweiten Geburtenrückgang veranschaulicht die aktuellen Auseinandersetzungen und damit auch die Fortdauer der frühen Gegensätze zwischen Malthus und Condorcet.⁶ Die Autoren führen die Unterschiede in der Fertilitätsrate verschiedener Länder zu 90% auf nationale Variationen in der Nutzung moderner Kontrazeptiva zurück. Wenn ihr Gebrauch um 15% steige, verhindere dies durchschnittlich ein Kind pro Frau. Würde der weltweite Bedarf an Verhütungsmitteln befriedigt, so könnte in

den Wandel zu kleineren Familien einleiten würden.

den Entwicklungsländern das Bevölkerungswachstum von 2,3% auf 1,6% zurückgehen. Mit einer Investition von nur 2 Milliarden Euro in Kontrazeptiva könne dieses Ziel erreicht werden. Als Beispiel wird Bangladesch genannt, wo ein massiver Anstieg der Nutzung von Verhütungsmitteln von 3% auf 40% zwischen 1970 und 1990 eine Absenkung der Gesamtfertilitätsrate von 7 auf 5,5 Kinder pro Frau bewirkte. Diese Entwicklung vollzog sich, obwohl Armut und Kindersterblichkeit unverändert hoch und der soziale Status von Frauen unverändert niedrig blieb. Weder wirtschaftliche Entwicklung noch Sozialstaat seien daher notwendige Bedingungen für eine Eindämmung des Bevölkerungswachstums im Süden, folgerten die Autoren. Folgt man der Logik dieser Studie, dann wäre eine Verstärkung des staatlichen Angebots an Verhütungsmitteln als billigere und schnellere Alternative zur internationalen Entwicklungshilfe oder staatlichen Sozialpolitik zu bevorzugen.

Die internationale Frauengesundheitsbewegung hat das reduktionistische Menschenbild solcher eindimensionalen und technokratischen Ansätze in der internationalen Bevölkerungspolitik scharf kritisiert. Sie hat zudem darauf hingewiesen, dass wissenschaftliche Studien dieser Art der Pharmaindustrie nützen, da sie die ge-

sundheitsschädigenden Neben- und Folgewirkungen vieler Langzeitkontrazeptiva unerwähnt lassen.⁷ Entschiedener Widerspruch kam jedoch auch überraschenderweise von neoliberaler Seite. So wies der Weltbank-Ökonom Lant Pritchett⁸ in seiner Kritik an der Studie von Robey, Rutstein und Morris nach, dass in der Regel Familien weltweit so viele Kinder bekommen, wie sie sich wünschen. Die hohe Fruchtbarkeitsrate in den Entwicklungslän-



Hohe Fruchtbarkeitsraten in den Entwicklungsländern sind auf den Wunsch nach Kinderreichtum zurückzuführen, nicht auf den Mangel an Verhütungsmitteln

dern sei auf den Wunsch nach Kinderreichtum zurückzuführen und nicht auf das Fehlen von Verhütungsmitteln oder mangelndes Wissen über Fertilitätsregulierung. Eine einfache Korrelation zwischen der Kinderzahl und dem Gebrauch von Kontrazeptiva gibt es nicht. In Costa Rica würden sogar mehr Verhütungsmittel als in Japan benutzt, aber dennoch durchschnittlich 1,5 Kinder pro Frau mehr geboren. Anders ausgedrückt: Das Problem, wenn es eins gibt, liege in der großen Nachfrage nach Kindern und nicht an dem mangelnden Angebot an Kontrazeptiva.

Staatlich verteilte und zum Teil kostenlose Kontrazeptiva bewirken wenig, wie feministische Kritiker von Bevölkerungskontrollprogrammen vor allem

⁴ Marquis de Condorcet, *Esquisse d'un tableau historique des Progrès de l'Esprit Humain* (1795), *Oeuvres de Condorcet*, vi, Stuttgart 1968, 256–7 zit.n. Thomas Robert Malthus, *An Essay on the Principle of Population*, London 1798, 123 f.

⁵ Amartya Sen, *Population Policy: Authoritarianism vs. Cooperation*, in: *Journal of Development Economics*, 10 (1997) 1, 3–22.

⁶ Bryant Robey/Shea O. Rutstein/L. Morris, *The Fertility Decline in Developing Countries*, in: *Scientific American* 269 (1993) 6, 60–67.

⁷ Siehe z.B. die Beiträge in Wichterich, *Menschen nach Maß*, a. a. O.; Sonia Correa, *Population and Reproductive Rights: Perspectives from the South*, New Delhi 1994.

⁸ Lant Pritchett, *Desired Fertility and the Impact of Population Policies*, in: *Population and Development Review* 20 (1994) 1, 1–56.

aus dem globalen Süden seit langem argumentieren.⁹ Inzwischen wird dies selbst von der amerikanischen Entwicklungsbehörde USAID, einer der führenden Vertreterin einer interventionistischen Bevölkerungspolitik in den so genannten Entwicklungsländern eingeräumt. Während meiner Archivarbeiten in Washington DC stieß ich auf einen interessanten Evaluierungsbericht für die *Population Services International*, der den sogenannten „Condom Gap“ untersucht: „the puzzling gap between condom sales/distribution and condom use“ in Bangladesch.¹⁰ Zwölf Hypothesen wurden in der Studie aufgestellt, um zu erklären, warum trotz des Absatzes immer größerer Mengen von Kondomen durch staatliche Stellen und in internationalen Programmen, die Geburtenrate unbeeinflusst blieb. Es wurde u. a. der Frage nachgegangen, ob die amerikanischen Kondome über die Grenze nach Indien oder Burma geschuggelt würden, oder ob sie in Bangladesch eher als Kinderspielzeug verwendet würden. Die Studie fand heraus, dass amerikanische Kondome eher die Mobilität im ländlichen Bangladesch förderten, als zur Senkung der Fertilität beizutragen, da sie wegen ihrer hervorragenden Qualität bevorzugt zur Reparatur von Fahrradreifen verwendet wurden.

Wäre es angesichts der negativen Erfahrungen mit der Bevölkerungspolitik nicht besser, der Staat zöge sich aus dem Feld der Reproduktion zurück, wie neoliberale Kritiker der staatlichen Bevölkerungspolitik fordern? Sie verweisen z. B. auf den Erfolg Brasiliens, wo die Fruchtbarkeit zwischen 1960 und 1984 ebenso rasch wie in Indien abnahm, ohne dass es in Brasilien irgendein staatliches Programm zur Bevölkerungskontrolle gegeben hätte. Wie aber Georgia Kaufmann und Elza Berquo in ihren Studien gezeigt haben¹¹, wurde der Rückgang der Geburtenrate in Brasilien ebenso wie in vielen anderen Entwicklungsländern ohne eine Verbesserung der Gesundheit von Frauen erreicht.¹² Hinter der Erfolgsstatistik einer niedri-



Bei der individuellen Familienplanung sollte die freie Wahl der Methoden durch gesundheitspolitische Maßnahmen flankiert, nicht ersetzt werden

gen Geburtenrate verbirgt sich eine hohe Rate gesetzlich verbotener unsicherer Abtreibungen sowie eine weibliche Sterilisierungsrate von 45% insbesondere von armen Frauen. Unkontrollierte Marktmechanismen ebenso wie staatliche Programme zur Umsetzung demographischer Ziele verhindern die Ver-

Sozialpolitik als Kontrazeptivum

Condorcets Einsicht über die Auswirkungen des sozialen Fortschritts, insbesondere der Frauenbildung, auf die Fertilitätsrate ist einer der Schlüssel zur Erklärung der markanten demographischen Unterschiede innerhalb Indiens. Indien führte als erstes Land der Welt 1951 eine staatliche Bevölkerungspolitik ein. Abgesehen von einer kurzen Phase der Zwangssterilisierungen von schätzungsweise über fünf Millionen Männern während der Notstandszeit unter Indira Gandhi Mitte der 1970er Jahre, wodurch eher die Regierung als die Geburtenrate fiel, setzt das staatliche Programm auf weibliche Sterili-

wirkung reproduktiver Rechte, indem sie die freie Wahl von Methoden zur Fertilitätsregulierung und die gesundheitspolitische Flankierung der individuellen Familienplanung erschweren. Daher schlagen Befürworter eines *Human-Capital*-Ansatzes wie Armatya Sen eine Verbindung von staatlichen bevölkerungspolitischen Programmen mit sozialpolitischen Maßnahmen im Bildungsbereich vor¹³ und setzen damit wie Condorcet auf die Einsicht, dass wir „eine Verpflichtung gegenüber den Ungeborenen haben, und dass diese nicht darin besteht, ihnen das Leben, sondern das Glück zu schenken.“¹⁴

sationen sowie auf den sogenannten „Cafeteria Approach“, bei dem Paare Verhütungsmittel ihrer Wahl aus dem staatlichen Angebot frei auswählen dürfen. Aber dieses Angebot von kostenlosen Pillen, Kondomen, der Spirale und Sterilisierungen wurde in den einzelnen Regionen des Landes sehr unterschiedlich genutzt.

Laut Statistiken¹⁵ gibt es keine einfache Korrelation zwischen dem Gebrauch von Verhütungsmitteln und der Höhe der Geburten. Kerala hat zwar die geringste Geburtenrate (1,8) in ganz Indien, aber einen Verbrauch von Verhütungsmitteln von nur 40,5%. Punjab

⁹ Mahmood Mamdani, *The Myth of Population Control: Family, Caste and Class in an Indian Village*, New York 1985.

¹⁰ Nancy Williamson, *Evaluation Needs of the Bangladesh Family Planning Social Marketing Project*, [Final Draft], New York 1982, 4.

¹¹ Elza Berquo, *The Reproductive Health of Brazilian Women During the ‚Lost Decade‘*, in: George Martine u. a., *Reproductive Change in India and Brazil: Implications for Understanding Fertility Decline*, Delhi 1998, 380–404; Georgia Kaufmann, *Gender and Reproductive Decision Making: The Contraceptive Choice of Women in a Brazilian Favela*, in: Martine u. a. (Hg.), *Reproductive Change*, a. a. O., 243–273.

¹² Für eine Ethnographie, die die Akzeptanz von Sterilisierung im Kontext von Geschlechterasymmetrie und der Autonomie von Frauen unter erheblicher struktureller Benachteiligung einbettet siehe Anne Line Dalsgaard, *Matters of Life and Longing: Female Sterilization in Northeast Brazil*, Copenhagen 2003.

¹³ Armatya Sen, *Development as Freedom*, New York 1999.

¹⁴ Marquis de Condorcet, *Sketch for a Historical Picture of the Progress of the Human Mind*, übersetzt von J. Barraclough, [original 1795] London 1955, 188–9.

¹⁵ Department of Family Welfare, Registrar General of India, *Schätzung SRS – Sample Registration Survey*, registrar General of India.



hingegen hat eine wesentlich höhere Geburtenrate (2,7%), obwohl laut Statistik viel mehr Paare (66,0%) die Familienplanung für sich akzeptiert haben. Entsprechend stellt sich die Frage, wie sich diese Diskrepanz erklären lässt. Sterilisationen, die 90% aller in Indien angewandten Methoden der Geburtenkontrolle ausmachen, haben nur wenig Einfluss auf die Senkung der Geburtenrate. Denn die meisten Frauen lassen sich erst ab 35 Jahren sterilisieren, wenn sie die gewünschte Anzahl Kinder bzw. Söhne bekommen haben. Deshalb setzt der indische Staat in den letzten Jahren eher auf Pillen und Kondome als auf Sterilisationen, um das Bevölkerungswachstum zu verlangsamen.

Die Statistik vereinfacht eine komplexe soziale Realität zum Zweck der staatlichen Intervention, aber sie legitimiert auch bestimmte bevölkerungspolitische Strategien und dient gleichzeitig zur Evaluierung ihres Erfolgs. Die Sollzahlen für die Geburtenrate jedes indischen Bundeslandes werden von der Zentralregierung in Neudelhi festgelegt. Die Landesregierung bestimmt auf dieser Grundlage, wie viele und welche Verhütungsmethoden pro Jahr in jedem Verwaltungsbezirk benutzt werden müssen, um das Bevölkerungswachstum auf dem vom Staat unter Druck von internationalen Organisationen festgelegten Niveau zu erreichen. Das vor Ort tätige Gesundheitspersonal steht daher unter massivem Druck, diese Vorgaben zu erfüllen. In jedem Jahr von Januar bis März ist Hochsaison für Sterilisationen, da Anfang April die Berechnungen mit den Planvorgaben zumindest auf dem Papier übereinstimmen müssen.

Die sterilisierten Frauen erhielten früher Geld oder Naturalien, während die zuständigen MitarbeiterInnen der staatlichen Gesundheitszentren mit Geldprämien für die Erfüllung des Plansolls bzw. die Einbehaltung ihres Gehalts beim Verfehlen der Zielvorgabe rechnen mussten. 1996 wurden die staatlichen Quoten für verschiedene

Kontrazeptiva sowie Zielvorgaben für die jährlich zu erreichende Geburtenrate in allen Verwaltungsbezirken offiziell abgeschafft, um die staatliche Bevölkerungspolitik mit dem internationalen *Plan of Action* auf der UNO-Konferenz zu Bevölkerung und Entwicklung im Jahr 1994 in Kairo in Übereinstimmung zu bringen. Indische Frauenrechtlerinnen hatten Jahrzehnte lang darauf aufmerksam gemacht, dass die alte bürokratische Praxis zur Ausübung von Zwang, Menschenrechtsverletzungen und Korruption führe.¹⁶ Diese aber führte ebenso zur Verfälschung von Statistiken insbesondere über die Anwendung reversibler Verhütungsmethoden einschließlich der Auflistung fiktiver Personen.¹⁷



Kostenlos verteilte Pillen werden von den Frauen in den Dörfern zwar angenommen, aber nicht eingenommen

Die offiziellen Statistiken in Indien bilden lediglich die Zahl der kostenlos verteilten Kontrazeptiva ab, sagen aber wenig über ihre tatsächliche Anwendung aus. In den Dörfern Gujats hatte ich oft beobachtet, wie kostenlose Pillen von vielen Frauen zwar angenommen, aber nicht eingenommen wurden. Um die lästigen Beamten von ihren monatlichen Hausbesuchen abzuhalten, bedankte man sich höflich für die Geschenke, verwendete die Kondome bei Kindergeburtsstagen und verfütterte die Pillen an die

Hühner oder gab sie den Ehemännern gegen Kopfweh.

Die Theorie des demographischen Übergangs, die auf modernisierungstheoretischen Annahmen sowie der Extrapolierung der westeuropäischen historischen Erfahrungen beruht, verknüpft den Rückgang der Geburtenrate mit dem Grad der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung eines Landes. Sie postuliert, dass Wirtschaftswachstum sowie gesellschaftliche Modernisierung westlicher Prägung zu einem Fertilitätswandel führen.¹⁸ Doch die Unterschiede in der Fertilitätsrate innerhalb Indiens stellen ein demographisches Paradoxon dar, das sich nicht anhand dieser Theorie erklären lässt. Denn die industrialisierten westlichen Bundesländer Gujarat und Maharashtra ebenso wie die reichen landwirtschaftlich starken nördlichen Bundesländer wie Punjab und Haryana weisen höhere Fertilitätsraten auf, als die wesentlich ärmeren Südstaaten Kerala und Tamil Nadu. Einige Studien argumentieren sogar, dass Armut die treibende Kraft hinter der niedrigen Fertilität in Südindien darstellt¹⁹, also den Grundannahmen der Modernisierungstheorie diametral entgegengesetzt ist.

Aber es gibt auch Studien wie die von Dyson/Moore²⁰ oder Caldwell/Caldwell²¹, die kulturelle Dimensionen wie Heiratsnormen, Heiratsalter, Erbschaftsregeln und Familienstrukturen in Betracht ziehen, um den Unterschied zwischen den zwei unterschiedlichen „demographischen Regimen“ in Nord- und Südindien auf dem Subkontinent

¹⁶Sumati Nair, Population Policies and the Ideology of Population Control in India, in: Issues in Reproductive and Genetic Engineering in India, (1992) 5, 237–253.

¹⁷Pravin Visaria u. a. (Hg.), Contraceptive Use and Fertility in India, New Delhi 1995.

¹⁸Vgl. hierzu Susanne Heim/Ulrike Schaz, Beschwörung und Berechnung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte, Berlin 1996.

¹⁹Alaka Basu, Birth Control by Assetless Workers in Kerala: the Possibility of a Population Induced Population Transition, in: Development and Change, 17 (1986) 2, 265–282; Sunita Kishor, Fertilty Decline in Tamil Nadu India, in: Bertil Egero/Mikael. Hammarskjöld (Hg.), Understanding Reproductive Change: Kenya, Tamil Nadu, Punjab, Costa Rica, Lund 1994.

²⁰Tim Dyson/Mick Moore, On Kinship Structure, Female Autonomy and Demographic Behaviour in India, Population and Development Review 9 (1983) 1, 35–60.

²¹John C. Caldwell/P.H. Reddy/Pat Caldwell, The Causes of Demographic Change in South India: A Micro Approach, Population and Development Review 8 (4), 689–724.



zu erklären. Die Normen zur Dorfexogamie und Hypergamie in Nordindien gehen mit einer mangelnden Autonomie der Frauen und der Einschränkung ihrer Bewegungs- und Entscheidungsfreiheit einher. Der generell niedrige Status der Frauen in Nordindien schlägt sich in schlechteren demographischen Indikatoren wie einer wesentlich höheren Fertilität, Säuglings- und Muttersterblichkeit sowie einem höheren Anteil von Männern als von Frauen in der Gesamtbevölkerung („sex ratio“) nieder. Die Unterschiede sind gravierend und haben sich über die letzten vierzig Jahre noch verstärkt.



Auch bei niedrigem wirtschaftlichem Niveau kann eine fortschrittliche Sozialpolitik den Wunsch nach Kleinfamilien fördern

Die Erfolgsgeschichte von Kerala im Süden des Landes zeigt aber, dass wirtschaftliche Entwicklung keine notwendige Bedingung für niedrige Fertilität darstellt. Wo der politische Wille vorhanden ist, stellt ein relativ niedriges Wirtschaftswachstum kein Hindernis für eine fortschrittliche Sozialpolitik dar. Die hohe Alphabetisierungsrate, die geringe Mütter- und Säuglingssterblichkeit, die späten Heiraten, gute staatliche Gesundheitsdienste und soziale Sicherheit förderten hier den Wunsch nach Kleinfamilien. Die kommunistische Regierung dieses Bundesstaates mit der höchsten Bevölkerungsdichte des Landes führte konsequent Agrarreformen durch und gab fast 60% ihres Budgets in den 1980er Jahren im sozialen Sektor aus. Allerdings gehören eine Vielzahl von kontingenten und historischen Faktoren wie der traditionell hohe Status von Frauen in diesem Landesteil, ein matrilineares Erbrecht, die starke Migration von Männern aus dieser eher ärmlichen Gegend in andere Teile des Landes und in die Golfstaaten und relativ geringe Einkommensunterschiede ebenfalls zu dieser demographischen Erfolgsgeschichte.

Offenbar war Condorcet seiner Zeit weit voraus, indem er einige wichtige Zusammenhänge erkannte, die von Malthus übersehen worden waren, so u. a. die Bedeutung von Bildung und Frauenrechten, die heute u. a. von Vertretern des *Human-Capital*-Ansatzes betont werden. Die vielbeachtete Studie von Murthi, Guio und Dreze in dieser Forschungstradition zeigt z. B., dass die unterschiedliche Fertilitätsrate in 300 Verwaltungsbezirken Indiens stärker mit Unterschieden im formalen Bildungsniveau und der Erwerbstätigkeit von Frauen korrelieren als mit dem Grad der Urbanisierung, dem Einkommensniveau oder der Dichte der Gesundheitsdienste.²² Politikberatend kann man daher auf die List der pädagogischen Vernunft setzen, um einen demographischen Wandel herbeizuführen, obschon wir wenig über die Kontextualität, den kausalen Zusammenhang oder die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Variablen wissen.²³ So ist z. B. die Fertilitätsrate thailändischer Frauen ohne jegliche Schulbildung um zwei Drittel geringer als

diejenige von Frauen mit Sekundarschulbildung in Uganda. Weder verstehen wir genau, warum die Länge des Schulbesuches die Geburtenrate senkt, noch können wir diese Unterschiede zwischen einzelnen Ländern erklären. Oft wird daher in der demographischen Forschung die Kultur zu einer Restgröße, wenn alle anderen Variablen durchgespielt sind.

Die Erforschung der Bedeutung von Kontrazeptiva für die Gestaltung unterschiedlicher Lebensentwürfe in verschiedenen kulturellen Kontexten stellt aber eine Herausforderung dar, welche durch neuere ethnologische Untersuchungen über Gender und Reproduktion an die Sozialdemographie herangetragen worden sind. Condorcet hatte zweifellos Recht, wenn er der Vernunft einen größeren Einfluss auf die demographische Zukunft zubilligte als Malthus, der afrikanische Gesellschaften für barbarisch und daher der „sittlichen Zurückhaltung“ für unfähig hielt. Nur tritt die Vernunft nicht in Gestalt einer universell gleichen menschlichen Rationalität auf.

Die Bedeutung sozio-kultureller Faktoren am Beispiel Afrikas

Die hier diskutierten ethnologischen Studien zum Fertilitätswandel in Afrika verdeutlichen, dass eine Senkung der biologischen Fruchtbarkeit keinesfalls der einzige Weg ist, um die Familiengröße zu beeinflussen.

Angesichts wirtschaftlicher und rechtlicher Unsicherheit, zunehmender Gewalt und schrumpfender nationaler Ökonomien hängen Wohlstand und Sicherheit nicht nur vom Geld und Eigentum einer Familie ab, sondern im Wesentlichen von den durch die jeweils nächste Generation gestifteten

vielfältigen Beziehungen zu verschiedenen einflussreichen sozialen Netzwerken. Linear konstruierte demographische Theorien wie Caldwells Theorie des intergenerationellen Transfers, die den langfristigen wirtschaftlichen Vorteil des Kinderreichtums für ihre Eltern unterstreichen, gehen von einem euroamerikanischen Modell der Kernfamilie aus.²⁴ Im Gegensatz dazu werden in den meisten westafrikanischen Gesellschaften verschiedene Funktionen von Elternschaft voneinander getrennt und auf die biologischen und sozia-

²²Mamta Murthi/Anne-Catherine Guio/Jean Dreze, Mortality, Fertility and Gender Bias in India: A district level analysis, in: Population and Development Review 21 (1995) 4, 745-782.

²³Shireen Jejeebhoy, Women's Education, Autonomy and Reproductive Behaviour: Experience from Developing Countries, Oxford 1995; wesentlich kritischer ist Roger Jeffrey/Alaka M. Basu (Hg.), Girl's Schooling, Women's Autonomy and Fertility Change in South Asia, Delhi 1996.

len Eltern verteilt, in deren Obhut die Mehrzahl von Kindern aufwächst. Das in Westafrika weit verbreitete Phänomen der „fosterage“ oder Pflugschaft leistet, wie die britische Ethnologin Esther Goody beschrieben hat, genau diese Aufgabe.²⁵ Anders als bei der Adoption werden soziale Beziehungen durch die Institution der „fosterage“ eher kultiviert als gekappt. Kinder können je nach ihrer Begabung in unterschiedlich situierten verwandtschaftlich gebundenen Pflegefamilien untergebracht werden und dienen zur Aufrechterhaltung eines dichten Netzes an gegenseitigen Verpflichtungen. Pflugschaft ist eine schrittweise Strategie des sozialen Aufstiegs für die ganze Geburtsfamilie eines Kindes, sodass Kinder ohne soziale Eltern als benachteiligt gelten.²⁶

Dennoch stoßen ökonomische Kosten-Nutzen-Rechnungen zur Erklärung von Fertilitätsentscheidungen, wie etwa Gary Beckers Modell der Haushaltsökonomie²⁷, die in soziologische Theorien des demographischen Wandels Eingang gefunden haben, hier an ihre Grenzen. Sie können nämlich die Dy-



In afrikanischen Gesellschaften sind Kosten und Nutzen von Kindern nicht auf die Eltern beschränkt, sondern in verzweigte soziale Netzwerke eingebunden

namik jener Systeme nicht erfassen, in denen weder Kosten noch Nutzen sich allein auf das biologische Elternpaar konzentrieren. Die Ansprüche an Kinder und deren Verpflichtungen gegenüber den Erwachsenen sind in afrikanischen Gesellschaften nicht durch staatliches Recht geregelt, sondern werden lebenslang ausgehandelt. Kinder haben eine ungewisse Zukunft, aber nicht nur – wie die Sozialdemographen meinen – aufgrund der hohen Kindersterblichkeit, sondern weil sich ihr ökonomisches Potential für die Familie erst im Laufe ihrer Biographie nach und nach entfaltet. Kleinfamilien europäi-

schen Zuschnitts gelten in afrikanischen Gesellschaften als wenig attraktiv. Denn die Geburt eines Kindes wird nicht als ein Ereignis angesehen, das endgültige Sicherheit bringt, sondern lediglich als Beginn von fortlaufend neu auszuhandelnden, vor allem aber unvorhersehbaren Beziehungen zu diversen sozialen Netzwerken, die lange Jahre gepflegt werden müssen. Im Unterschied zu westlichen Industrieländern, wo Verhütungsmittel zur Verringerung der Fertilität und zur Begrenzung der Familiengröße auf eine gewünschte Zahl von Kindern eingesetzt werden, haben Kontrazeptiva in Gesellschaften mit weit verbreiteter „fosterage“ daher einen anderen sozialen Sinn.

Viele der von Caroline Bledsoe befragten Eltern in Sierra Leone und Gambia waren der Auffassung, dass sich die Möglichkeiten zur Verbesserung des Status der Familie erst nach der Geburt durch die selektive Zuteilung von Ressourcen an besonders viel versprechende Kinder wirksam ausschöpfen ließen.²⁸ In Gesellschaften, in denen das Entwicklungspotential der Kinder über das Schicksal der Familie entscheidet, werden Verhütungsmethoden bevorzugt, die es ermöglichen, die Option Kinder zu gebären so lange wie möglich offen zu halten. Nach der Auffassung Bledsoes erklärt diese Strategie die Beliebtheit traditioneller Verhütungsmethoden und rasch absetzbarer Kontrazeptiva unter jungen Afrikanerinnen, wogegen ältere Frauen eher moderne Langzeitkontrazeptiva benutzen. Es wundert auch ange-

sichts dieses spezifischen kulturellen Kontexts von reproduktiven Entscheidungen unter Bedingungen der Unsicherheit kaum, dass in Afrika Männern wie Frauen die Sterilisierung ablehnen. Die in ganz Afrika verbreiteten traditionellen Methoden zur Geburtenregelung, wie etwa die lange Abstinenzphase während der Stillzeit, die von sechs Monaten bis zu zwei Jahren dauern kann, trägt zur Verlängerung des Abstands zwischen den Schwangerschaften bei. Langen Stillzeiten wird kulturell ein genauso großer Wert wie der Fruchtbarkeit beigemessen. Eine umsichtige Planung der Reproduktion kann daher viele Ziele verfolgen, die keineswegs mit dem Wunsch nach einer Kleinfamilie gleichgesetzt werden können.

Resümee

Wie ich in meinen Ausführungen zu Indien dargelegt habe, berücksichtigen Studien zum demographischen Wandel in Entwicklungsländern zunehmend nicht nur kulturelle Variablen, sondern nutzen im Rahmen der so genannten Mikrodemographie auch verstärkt qualitative Methoden.²⁹ Die sozialanthropologischen Ansätze, die man in Anlehnung an Clifford Geertz als „dichte Demographie“ bezeichnen könnte, verwenden eher hermeneutische Methoden, um eurozentrische Begriffe und universalistische Modelle zu hinterfragen und lokale Diskurse und Deutungsmuster sowie kulturspezifische Handlungslogiken zu erfassen,

²⁴ John Caldwell, *Toward a Restatement of Demographic Transition Theory*, in: *Population and Development Review* 2 (1976) 3/4, 321–366.

²⁵ Esther Goody, *Parenthood and Social Reproduction: Fostering and Occupational Roles in West Africa*, Cambridge 1982.

²⁶ Erdmute Alber, *Denying Biological Parenthood: Fosterage in Northern Benin*, in: *Ethnos* 68 (2003) 4, 487–506.

²⁷ Caroline Bledsoe, *The Politics of Children: Fosterage and the Social Management of Fertility Among the Mende of Sierra Leone*, in: W. Penn Handwerker (Hg.), *Births and Power: the Politics of Reproduction*, Colorado 1990, 81–100.

²⁸ Caroline Bledsoe, „Children are like young bamboo trees“: *Potentiality and Reproduction in Sub-Saharan Africa*, in: Kerstin Lindahl-Kiessling/Hans Landberg (Hg.), *Population, Economic Development, and the Environment*, Oxford 1994, 105–140.

die dann in makrostrukturelle Zusammenhänge einbezogen werden. Auch wenn dabei quantitative Methoden angewandt werden, legen die ethnologischen Forschungen zur Bevölkerungspolitik nahe, sich von der Formulierung kontextunabhängiger Generalisierungen zu verabschieden. Postkoloniale, postmoderne und post-strukturalistische Perspektiven, die neuerdings in die Demographie Eingang gefunden haben²⁹, bieten eine Alternative zur positivistischen Epistemologie und zu universalistischen Theorien, die Malthus' und Condorcets Sicht auf die Bevölkerungsproblematik, trotz aller Gegensätzlichkeiten, gemeinsam sind.

Die Erkenntnisse aus diesen neuen feministisch geprägten Ansätzen zeigen, dass Demographie nicht linearen Gesetzmäßigkeiten folgt und auch nicht einfach staatlich reguliert werden kann.

- Familienplanung umfasst mehr als nur die Vermeidung von Schwangerschaften. Sie beinhaltet das Recht auf die eigene Entscheidung über Fortpflanzung und Familiengröße.
- Deshalb kann sie nur eingebettet werden in umfassende, basisorientierte Programme, die es Frauen ermöglichen, die Kontrolle über ihre Gesundheit, Sexualität und Fruchtbarkeit zu erlangen, und ihnen einen Zugang zu traditionellem wie auch modernen Wissen in diesen Bereichen eröffnen.
- Das Recht auf Selbstbestimmung erschöpft sich nicht in der bloßen

KURZBIOGRAPHIE

Shalini Randeria (*1955) war bis August 2012 Professorin für Ethnologie an der Universität Zürich. Anschließend hat sie eine Professur an der Graduate Institute of International and Development Studies in Genf angenommen, um dort das neue Department of Social Anthropology and Sociology aufzubauen und zu leiten. Forschungsschwerpunkte: Globalisierung und Governance; Entwicklung, Bevölkerungspolitik und Gender; Privatisierung von kollektiven Ressourcen; Rechtsanthropologie, Multiple Modernen und Postkolonialismus; Zivilgesellschaft und soziale Bewegungen.

Ausgewählte Veröffentlichungen:
Randeria, Shalini/Eckert, Andreas (eds.) (2009): Vom Imperialismus zum Empire: Nicht-westliche Perspektiven auf Globalisierung, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag.
Randeria, Shalini/Fuchs, Martin/Linkenbach, Antje (eds.) (2004): Konfigurationen der Moderne: Diskurse zu Indien, Soziale Welt, Sonderband, 15, Baden-Baden: Nomos Verlag.
Conrad, Sebastian/Randeria, Shalini (eds.): Jenseits des Eurozentrismus: Postkoloniale Perspektiven in den Geschichts- und Kulturwissenschaften, Frankfurt/Main: Campus Verlag (2002, 2. erw. Aufl. 2012).

Barbara Schellhammer (*1977) ist Professorin für internationale und interkulturelle Soziale Arbeit an der CVJM-Hochschule in Kassel und wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Gesellschaftspolitik der Hochschule für Philosophie, München.

Auswahl und Anwendung eines Verhütungsmittels. Solange Frauen nicht selbstverantwortlich über ihre Sexualität und Familiengröße bestimmen können, erfüllen sie mit den angebotenen Kontrazeptiva letztendlich fremdbestimmte Ziele bezüglich ihrer Kinderzahl. Für eine selbstverantwortliche Fortpflanzung ist der freie Zugang zu sicheren Verhütungsmethoden nur eine unter vielen notwendigen Bedingungen.

- Soziale und ökonomische Sicherheit, Auflösung patriarchaler Strukturen, demokratische politische Teilhabe und soziale Gerechtigkeit sind weitere wichtige Rahmenbedingungen.
- Das Recht auf Bildung und Arbeit für Frauen stellt einen Eigenwert dar und darf nicht für bevölkerungspolitische Zwecke als geburtensenkende Maßnahme funktionalisiert werden.

²⁹Siehe z.B. David I. Kertzer/Tom Frick (Hg.), *Anthropological Demography: Toward a New Synthesis*, Chicago 1997.

³⁰Für eine Kritik des Positivismus in der Demographie und eine Diskussion neuer hermeneutischer Ansätze siehe Nancy Riley/James McCarthy, *Demography in the Age of the Postmodern*, Cambridge 2003.



Das Städtische als Paradigma des Globalen



Sozioökonomische Herausforderungen der Urbanisierungsprozesse im 21. Jahrhundert

Die weltweiten Urbanisierungsprozesse sind mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Sie reichen von Armut und Desintegration bis zur Gefährdung durch den Klimawandel und Naturkatastrophen. Die politische Steuerung der der fortschreitenden Verstädterung stößt allenthalben an ihre Grenzen. Andererseits gibt es in den Megacities eine starke Nachhaltigkeitsperspektive und viele Ansätze zur praktischen und informellen Vernetzung. Die prekäre Lage in den kaum überschaubaren Ballungsgebieten kann aber nur bewältigt werden, wenn die kaum gesteuerte Selbstorganisation durch langfristige Handlungsstrategien ergänzt wird. Dazu wird es gehören, aus Fehlern der Vergangenheit ebenso zu lernen wie aus bereits bewährten Praktiken anderer Mega-Städte. Es bedarf dazu eines weltweiten Transfers entsprechenden Wissens und einer vorausschauenden, statt nur reagierenden politischen Steuerung.



Johannes J. Frühbauer

Stadt bedeutet Leben – jedenfalls in einer soziokulturellen Perspektive. In einer Stadt zu leben ist, weltweit betrachtet, inzwischen zum Lebensalltag für die Mehrheit der Menschen geworden. Das Jahr 2007 wird gemeinhin als *tipping point* notiert: Hier hat der Anteil der städtischen Bevölkerung im Weltdurchschnitt die 50% Marke überschritten – das heißt: Mehr als die Hälfte aller Menschen lebt seitdem in Städten. Tendenz: weiter steigend. Denn bis zum Jahr 2050 wird damit gerechnet, dass sich dieser Anteil im Weltdurchschnitt auf 65% erhöhen wird. Gewiss gibt es regional bzw. kontinental unterschiedlich ausgeprägte Verstädterungsgrade: In Westeuropa, Nord- und Südamerika liegen diese deutlich höher als in asiatischen und afrikanischen Ländern.

Dass die Stadt, das Städtische und städtisches Leben mehr als nur Statistik bedeutet, zeigt das zunehmende Interesse ganz unterschiedlicher Disziplinen am Thema Stadt. In klassischer Weise sind Stadt bzw. Urbanität und

Urbanisierung ein Gegenstand vor allem soziologischer, humangeographischer oder raumplanerischer Analyse, Forschung und Erkundung. Doch lässt sich erkennen, dass auch ein reflektierendes Interesse von (Sozial-)Philosophie oder Theologie am Thema ‚Stadt‘ erwacht sind.¹ Mit der Verstädterung und den gegenwärtigen Urbanisierungsprozessen hat sich eine Vielzahl an Herausforderungen und Problemlagen eingestellt, die sowohl konkretes Agieren als auch langfristige Strategien erforderlich machen. Mitunter bedürfen diese einer normativen Orientierung oder Kritik. Dabei kommen auch sozialetische Analysen und Reflexionen ins Spiel. Im Folgenden soll es daher exemplarisch um eine mögliche Annäherung an die Problematik von Urbanität und Megastädte gehen. Wie bei dieser Sichtung und Erkundung rasch und immer wieder zu sehen sein wird, stößt man hier schnell auf etablierte und auch neuere sozial-ethische Themen wie Nachhaltigkeit, Klimawandel, Armut, Inklusion/Exklusion,

Migration, Sicherheit und nicht zuletzt Partizipation und Gerechtigkeit.

Fünf Aspekte sollen in den einzelnen Abschnitten dieses Beitrags beleuchtet werden.

- Zunächst geht es um grundlegend um die Frage nach Urbanität und Urbanisierung.
- Der zweite Abschnitt nimmt hierzu vertiefend das Phänomen der Megastädte in den Blick.
- Der dritte Abschnitt widmet sich knappen begrifflichen Klärungen.
- Viertens wird das Spektrum akuter Herausforderungen auswahlweise beleuchtet.
- Im fünften Abschnitt stellt sich schließlich die Frage nach der Steuerung von Urbanisierungsprozessen und zukünftigen Perspektiven.

¹ Für die Theologie sei exemplarisch auf das angekündigte Themenheft „Faszination Stadt“ der *Theologisch-Praktischen Quartalschrift* 2/2013 hingewiesen.

Arts & ethics

Sie treten die Kleinen in den Staub
und das Recht der Schwachen beugen sie.

Amos 2, 7

„Eine männliche Figur sitzt, sich mit einer Tüte über dem Kopf vor etwas schützend, vor einem aus Abfällen zusammengesetzten Schutzdach, neben sich eine Kiste als Tisch, zwei Fotos, eine Lampe, ein Totenschädel und Knochen, als befände er sich in einer Einsiedelei. Umstellt ist die ganze Szenerie von halb lebendigem, halb totem Gestrüpp, in das wie Spielzeug oder Ausschnitte aus Bilderbüchern Vögel und eine Katze hineingeheftet sind. Vorne rechts im Bild erblickt man eine kleine, nackte Gestalt, die in leicht gebückter, devoter (?) Haltung vor einem leuchtend roten Busch steht und dem Sitzenden das Foto einer nackten Frau in lasziver Stellung hinreicht. Daneben steht ein Einkaufsbeutel mit der Aufschrift ‚Lieber zu Konsum‘. Den Sitzenden interessieren jedoch diese sinnlichen Angebote, diese Versuchungen nicht. Plötzlich ist nicht mehr klar, ob wir den Künstler hier als Obdachlosen oder als Eremiten sehen.“

aus: Herman Arnhold, Einführung, in: Christoph Worringer, herausgegeben von H. Arnhold und E. Franz, Hatje Cantz Verlag: Ostfildern 2010, S. 14.



Selbstporträt

*Christoph Worringer,
geb. 1976 in Krefeld,
Studium an der Fachhochschule für Design in Münster sowie als Meisterschüler an der
Kunstakademie Münster;
Ausstellungen u. a. im Landesmuseum für Kunst und Kulturgeschichte Münster,
im Von-der-Heydt-Museum Wuppertal, in der Lucas Schoormanns Gallery New York
und in der Hachmeister Galerie Münster*



Christoph Worringer
Schneeball
Öl auf Leinwand
200 x 280 cm
Sammlung Hachmeister
(VG Bild Kunst Bonn und courtesy
Hachmeister Galerie, Münster)

Urbanität und Urbanisierung in Vergangenheit und Gegenwart

Stadt, Urbanität und Urbanisierung sind zu einem Thema der Gegenwart geworden. Das geht deutlich hinaus über die Grenzen der Disziplinen, die sich traditionell mit dem Thema befassen, etwa die Stadtsoziologie oder die Geographie und Raumplanung. Dies ist nicht zuletzt auf die bereits angezeigte Entwicklung des Städtewachstums zurückzuführen. Insofern der Mensch sich, global betrachtet, zum Stadtbewohner entwickelt hat – zwar keineswegs überall in gleicher Weise, aber doch tendenziell –, bringt dies eine ganze Reihe an Diskurs- und Klärungsimpulsen mit sich. Der Zivilisations-

Die wissenschaftliche Erkundung der Urbanisierungsprozesse sieht die Sozialwissenschaftlerin Ellen Bareis durch drei theoretische Stränge geprägt:

- „Quantitative Grundlegungen fokussieren die Dynamik der globalen Urbanisierungsprozesse seit den 1970er Jahren aus einer demographischen Perspektive und stellen damit einhergehende Probleme der Armut, der Infrastruktur und der Steuerbarkeit ins Zentrum;
- gesellschaftstheoretische Ansätze gehen von einem maßgeblichen

Form- und Funktionswandel und von einer beträchtlichen globalen Ausdifferenzierung und Hierarchisierung von urbanen Agglomerationen aus;

- demokratietheoretisch ausgerichtete Untersuchungen fragen nach den Dynamiken der sozialen und politischen Auseinandersetzungen, nach der Verteilung des globalen gesellschaftlichen Reichtums und nach der Entscheidungsmacht über Lebensweisen und gesellschaftliche Organisation auf lokaler, regionaler, nationaler, transnationaler wie globaler Ebene.“ (Bareis 2011, 324).



Die Urbanisierung ist ein besonders charakteristisches Merkmal der Moderne und der wachsenden Weltbevölkerung

forscher Wolfgang Schwentker konstatiert, und diese Kennzeichnung lässt sich stellvertretend für viele Wissenschaftler nennen, dass die Urbanisierung „unbestritten zu den charakteristischen Entwicklungsmerkmalen der modernen Welt“ zählt (Schwentker 2006b, 7). Allerdings sind Differenzierungen angesagt. Denn je nach Weltregion lässt sich, wie bereits eingangs angedeutet, ein jeweils anderes Bild ermitteln. In den industriell entwickelten Staaten in Westeuropa und Nordamerika liegt die Urbanitätsquote bereits bei 75 %, ähnlich wie dies auch bei den Ländern Lateinamerikas gilt. Und gerade dort wird diese Quote in bestimmten Ländern sogar noch deutlich überboten: Uruguay liegt dabei mit 91 % knapp vor Argentinien. Obgleich sich auch der Anstieg in den Gesellschaften Afrikas und Asien ungebrochen fortsetzt, so werden dort in der Gesamtbilanz noch keine derartig hohen Urbanitätsquoten erreicht (Schwentker 2006b, 7).

Megastädte als Spezifikum globaler Urbanisierung

Galt das 20. Jahrhundert als das Jahrhundert der Metropolen, so wird das 21. Jahrhundert als das Jahrhundert der Megastädte gekennzeichnet. Megastädte werden charakterisiert als Magneten urbanorientierter Wanderungsbewegungen. Doch was gilt überhaupt als Megastadt? Megastädte sind zumeist „in den industriell weiter entwickelten Weltregionen aus den Metropolen der europäischen Kolonialreiche und den Einwanderungszentren der Neuen Welt hervorgegangen“ (Schwentker 2006b, 8). Ihre Bevölkerung ist in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nahezu dreimal so rasch angewachsen wie die urbane Bevölkerung insgesamt (Bronger 2004, 19). Megastädte werden in erster Linie nach quantitativen Merkmalen definiert: Zu ihnen zählen zunächst Metropolen mit mindestens fünf, acht oder zehn Millionen Einwohnern. Einwohnerdichte (z. B. 2000 Einwohner/km²) oder die monozentrische Struktur sind weitere wesentliche Kriterien für die Klassifizierung als Megastadt. Insofern sie als funktional integrierte megaurbane Räume auszumachen sind, werden auch polyzentrische Agglomerationen den Megastädten zugeordnet. So werden beispielsweise


- das *Rhein-Ruhr-Gebiet* als Europas größte megaurbane Region mit deutlich mehr als zehn Millionen Einwohnern oder
 - das gerne als *world factory* betitelte *Pearl River Delta* in Südchina mit bis zu 120 Millionen Einwohnern in der Gesamtregion
- mitunter ebenfalls zur Klasse der Megastädte hinzugezählt. Wenn man die Untergrenze bei fünf Millionen Einwohnern ansetzt und überdies aufkommende Megastädte, die so genannten *emerging megacities* einbezieht, so werden im Jahr 2015 weltweit voraussichtlich deutlich mehr als 600 Millionen Menschen, gut zwei Drittel hiervon in Entwicklungsländern, in den dann vermutlich 60 Megastädten leben.

Die globale Bedeutung von Megastädten wird kontrovers diskutiert:

- Auf der einen Seite wird die These formuliert, dass Megastädte mehr Gemeinsamkeiten miteinander aufzuweisen hätten als mit dem jeweiligen beheimatenden Land.
- Auf der anderen Seite wird der damit einhergehenden Auffassung dezidiert widersprochen, und betont, dass eine Globalisierung des Phänomens Megastadt bislang keineswegs erreicht sei.



Gegen die angebliche Gleichartigkeit der Megastädte wird angeführt: „Wer die Einkommensverhältnisse, die Lebensbedingungen und die Arbeitsprozesse, insbesondere die Bedeutung des informellen Sektors, bei den Bewohnern von sozialen Brennpunkten in Los Angeles oder London mit denen von Millionen von Menschen in den Siedlungen von Bombay oder Calcutta auch nur in gedankliche Verbindung bringe, (...), der verschließt die Augen vor den Realitäten“ (Bronger 1997, 9). Und

 Die Mega-Städte in den verschiedenen Weltregionen haben teils gleiche Probleme, und doch sind sie kaum miteinander vergleichbar

Wolfgang Schwentker untermauert Brongers Kritik aus seinem historisch geprägten Blick auf die differenten urbanen Entwicklungen: „Die politischen und sozio-ökonomischen Ausgangslagen der einzelnen Städte waren so grundsätzlich verschieden, dass nicht zuletzt deshalb vollkommen unterschiedliche Strukturen und Lebensweisen entstanden sind, ungeachtet einiger Gemeinsamkeiten, wie etwa dem überall gleichermaßen spannungsgeladenen Verhältnis von Megastadt und Stadt auf der einen Seite und von Administration und bürgerlicher Partizipation auf der anderen“ (Schwentker 2006, 8).

Dynamik und Vielschichtigkeit der in Megastädten stattfindenden Prozesse und die Auswirkungen dieser Pro-

zesse auf die Organisation der räumlichen, soziokulturellen, ökonomischen und politisch-institutionellen Beziehungen zählen zu den größten Herausforderungen unserer Zeit (vgl. Kraas/Nitschke 2006, 19f). Angesichts dessen fällt die Diagnose der Megastädte ambivalent aus:

- Sie werden zum einen „als globale Risikogebiete wahrgenommen, in denen Umweltverschmutzung, hoher Ressourcenverbrauch, Bedrohung durch Naturkatastrophen (z. B. Erdbeben, Wirbelstürme, Überschwemmungen) oder vom Menschen (mit-)verursachte Risiken (z. B. Wasserknappheit, Wirtschaftskrisen, ethnisch-religiöse Auseinandersetzungen, Industrieunfälle) für ihre Einwohner massive Einschränkungen an Lebensqualität bedeuten. Dabei unterliegen besonders die benachteiligten Bevölkerungsgruppen der Megastädte einer wachsenden Armut und Vulnerabilität, sozialräumlicher Fragmentierung und Segregation, Disparitäten und Desintegration“.
- Zum anderen sind Megastädte „jedoch ebenso als globale Knotenpunkte zu verstehen, die angesichts einer breiten Palette verfügbaren Humankapitals und weit vernetzter Akteure Chancen globaler Veränderung bieten – mit erheblichen Potenzialen für eine nachhaltige Steuerung der ökologischen, Siedlungs-, Wirtschafts- wie politischen Entwicklung“ (Kraas/Nitschke 2006, 20).

nig später werden New York, Paris, Berlin, Wien und andere Städte hinzutreten. Im Jahre 1900 waren 20 Städte mit einer Million oder mehr Einwohnern bekannt. Die Dynamik des 20. Jahrhunderts wird insbesondere dann erkennbar, wenn man dieser Zahl zum Vergleich die 300 Millionenstädte gegenüberstellt, die im Jahre 2000 erfasst worden sind.

Den Terminus *Megacity* sieht Bareis vor allem mit den großen Städten des Südens verbunden, mit Städten, „die weder Sitze global einflussreicher Regierungen oder Organisationen, noch globale Handels- und Finanzplätze beherbergen oder eine global kulturbestimmende Funktion beanspruchen können“ (Bareis 2011, 327). Gerade diese urbanen Zentren des Südens entziehen sich jedoch der westlich geprägten Vorstellung von einer Metropole: „Sie sind nur mehr unvorstellbar große Städte. Somit steht der Terminus *Megacity* in der Literatur jenseits der formalen Bestimmung über die demographische Größe zumeist für jene Form, die eine global als funktionslos betrachtete Agglomeration annimmt und die mit dem urbanen Alptraum, mit planlosem Wachstum und Chaos, mit fehlender technischer und sozialer Infrastruktur, elenden Lebensbedingungen und einem extremen Gefälle zwischen Armut und Reichtum gleichgesetzt wird.“ (Bareis 2011, 327).

 Der Begriff Global City lässt den Zusammenhang zwischen Urbanisierungsprozessen und ökonomischer Globalisierung anklingen

Die analytisch geprägten Begriffe *Global City* und *World City* stellen weniger die Größe als vielmehr die Funktion einer urbanen Agglomeration in einem transnationalen Kontext heraus. Insofern bezieht *World City* sich auf einen Stadttypus, der bereits seit Jahrhunderten von Bedeutung ist und der zu früherer Zeit als *superville* (Ferdi-

Sprachcontainer des Urbanen: Metropole – Megacity – World City – Global City

Im Diskurs zu den Urbanisierungsprozessen begegnet insbesondere in globaler Perspektive eine ganze Reihe an Wortbildungen, deren Kennzeichnungen und begriffliche Kritiken an dieser Stelle kurz eingespielt werden sol-

len. Am Ende des 19. Jahrhunderts begegnet imperiale *Metropolen* mit einer bis dahin nicht gekannten Einwohnerzahl von über sechs Millionen Menschen. London kommt hierbei gewissermaßen die Pionierfunktion zu, we-

und Braudel) bezeichnet wurde. *World Cities* lassen sich unter anderem über ihre historische Zentralität innerhalb einer bestimmten Epoche kennzeichnen; sie können zudem als Stadtsysteme und Stadthierarchien analysiert werden (vgl. Bareis 2011, 327). Im direkten Vergleich dieser beiden Termini wird etwa von Saskia Sassen die Verwendung von *Global City* favorisiert: Diese Bezeichnung bringe im Unterschied zum umfassenderen und historisch wie kulturell reichen Begriff der *World City* besser die Funktion der urbanen Agglomerationen innerhalb der neoliberalen Globalisierung zum Ausdruck. Für vertiefende Analysen sind zum grundsätzlichen Verständnis heutiger urbaner Prozesse – unabhängig von der getroffenen Wortwahl – allgemein „Globalisierung, Staat und soziale Bewegungen als machtvolle Akteure“ zu berücksichtigen (Bareis 2011, 327).

Drängende Herausforderungen

Die Herausforderung gegenwärtiger Urbanisierungsprozesse wurde mit Blick auf Megacities bereits angesprochen. Nehmen wir an dieser Stelle nochmals exemplarisch einzelne Herausforderungen gesondert in den Blick.

Raumnutzung

Ein spezifisches und fundamentales Problem im Kontext der Verstädterung ist die Raumnutzung: Die Wohnraumproblematik findet sich vor allem in der wachsenden Spannbreite zwischen

- der informellen, oftmals in illegalen Siedlungen lebenden Armutsbevölkerung, die nicht selten bis zu 80 Prozent der Stadtbevölkerung ausmacht, einerseits und
- den in abgeschotteten *gated communities* wohnenden Mittel- und Oberschichtangehörigen andererseits.

Überdies wirken sich ökonomische Zentren wie etwa große Shopping Center fragmentierend auf die räum-

liche urbane Struktur aus. Sie übernehmen immer mehr die Funktionen, die vormals den öffentlichen Räumen in den Stadtzentren zukam, und werden nunmehr „zu künstlichen, abgeschotteten Räumen exterritorialen Charakters“, gewissermaßen zur ‚Stadt in der Stadt‘ (Kraas/Nitschke 2006, 21).

Informalität

Von immer größerer Bedeutung wird jene Herausforderung, die mit dem Begriff der Informalität wiedergegeben wird. Zunächst ist festzuhalten, dass Informalität eine begriffliche Erweiterung erfahren hat. Der Begriff bezog sich in den 1970er Jahren auf städtische Armuts- und Überlebensökonomien, „die sich jenseits staatlicher Registrierung und Kontrolle, bei geringer Kapitalausstattung und niedriger Produktivität durch ein geringes Bildungsniveau, geringe Größe des ‚Unternehmens‘ und fehlenden Arbeitsschutz auszeichneten“. Heute zählen zur Informalität „alle von einer übergeordneten Gruppe als verbindlich anerkannten, konsensgetragenen Regeln, Normen, Werte und Vorstellungen, die regulierend auf Entscheidungen und Handlungen einwirken“. Hier schlägt in erster Linie zu Buche, dass viele Transaktionen und Prozesse vor allem in den Städten der Entwicklungs- und Schwellenländer aufgrund fehlender oder nur schwacher Steuerung ohne staatliche Vorgaben und Regeln stattfinden. Informelle Netzwerke und Aushandlungsprozesse erhalten somit mehr Gewicht und Bedeutung als öffentliche Institutionen: „Zum Beispiel werden vielfach der Zugang zu Land und Wohnraum, aber auch die Versorgung mit wesentlichen Rohstoffen und Dienstleistungen (vor allem Nahrung, Wasser, Energie, Gesundheit- und Bildungseinrichtungen) informell und in Selbstorganisation geregelt“ (Kraas 2010, 192).

Klimawandel

Schließlich soll hier noch ein rascher Blick auf die Problematik des Klima-

wandels geworfen werden, der gerade auch in den urbanen Zentren seine Auswirkungen zeigt. Die intensive Stadtentwicklung bringt es mit sich, dass durch die Agglomerationen „urbane Hitzeinseln“ entstehen, die extreme Wetterereignisse wie Stürme und damit einhergehende Überflutungen verursachen bzw. zumindest verstärken können. Für die immer größer werdenden Ausmaße solcher Naturkatastrophen sind die Städte jedoch nicht gerüstet. Prospektiv führt dies dazu, dass Nachhaltigkeit immer mehr zum leitenden Prinzip wird. In Lateinamerika beispielsweise „planen 95 Prozent der wichtigsten Städte für den Klimawandel; diese Städte, (...) setzen vor allem auf die tiefe Verbindung zwischen Anpassung an den Wandel, wirtschaftlicher Entwicklung, Wohnungsbau, Migration und öffentlicher Gesundheitsvorsorge. (...) Solche Städte denken über das jeweilige Klimaproblem hinaus und planen entsprechend: Sie beziehen sämtliche sozialen, politischen, wirtschaftlichen und strukturellen Bereiche ein, die ihre Gemeinschaft betreffen.“ (Steinberger 2012) Übrigens erinnert eine solche Sicht der Dinge sehr stark an das von Wilhelm Korff gerade im Kontext der Nachhaltigkeit formulierte Prinzip der Retinität (vgl. Veith 2004, 303; 307 f.). Bemerkenswerterweise ist zudem zu beobachten, dass das Nachhaltigkeitprinzip durch die „Theorie der Anpassungsfähigkeit“ ersetzt oder zumindest ergänzt wird. Gerade wenn das Prinzip der Nachhaltigkeit zu spät zum Tragen kommt oder nicht mehr zu greifen vermag, wenn es um die Bewältigung abrupter Veränderungen, um Flexibilität und raschen Wandel gehe, biete sich das *resilience*-Prinzip bevorzugt an (Steinberger 2012).



Steuern – Gestalten – Entwickeln: Handlungsperspektiven

Die Frage nach Steuern und Gestalten gehört zur politischen Dimension von Urbanisierungsprozessen. Eine der grundsätzlichen auf Städte bezogenen entwicklungspolitischen Diagnosen der Gegenwart problematisiert den zunehmenden Verlust von Regierbarkeit: Planung, Steuerung, Organisation sind aufgrund drängender Herausforderungen und schwindender bzw. überhaupt fehlender Ressourcen immer weniger in den Griff zu bekommen. Diese Steuerungsdefizite führen dazu, dass Städte verwundbar werden hinsichtlich ihrer strukturellen und materiellen Versorgungsleistungen sowie angesichts sozialer Probleme und Risiken, die sowohl von Menschen als auch durch die Natur verursacht sein können. Aus diesem Negativbefund lässt sich für das Verhältnis zwischen Steuerung und Nachhaltigkeit umgekehrt die zukunftsweisende These ableiten, dass eine verbesserte Steuerungskompetenz und -wirkung zu einer verbesserten Nachhaltigkeitsperspektive führen kann (Kraas 2010, 195).



Die Situation der Megacities kann nur durch ein komplexes Bündel von Maßnahmen und Steuerungsinitiativen verbessert werden

Wie kann es nun in der Praxis gelingen, eine konkrete Verbesserung der Stadtgestaltung und der Steuerung zu erreichen? Eine Verbesserung der Situation kann weder durch reglementierendes Eingreifen von Verwaltungen oder ein Regieren „von oben nach unten“ gelingen, noch allein auf dem Weg der Befähigung (*enablement*) und des *Empowerment*. Zwar müssen die schon bestehenden Formen der Selbstorganisation und Selbststeuerung gestärkt werden. Um aber entscheidend voran zu kommen, „sind komplexe, ganzheitliche Ansätze zu entwickeln, die inhaltlich auf

- die Abwendung sozialer Verwundbarkeit,
- die Entwicklung und Stärkung sozial angepasster Steuerungsformen,

- die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher Organisationen sowie
- eine Unterstützung proaktiver statt reaktiver Handlungsoptionen zielen“ (Kraas 2010, 197).

Als mögliche Zukunftsszenarien zur strategischen Realisierung proaktiver Handlungsoptionen bringt Frauke Kraas zum einen die *korrigierende Stadt*, zum anderen die *(re-)integrierende Stadt* ins Spiel. Als Kennzeichen einer korrigierenden Stadt lassen sich unter anderem auflisten:

- verlangsamtes Stadtwachstum,
- Persistenz sozioökonomischer und ökologischer Konflikte,
- Suche nach lokal angepassten Lösungen,
- Schaffung von Identifikation und Problembewusstsein,
- Integrationsversuche der Informalität.

Hingegen ist das Szenario der *(re-)integrierenden Stadt* gekennzeichnet durch:

- Kontrolle von Stadtwachstum und Flächennutzung,

LITERATUR

- Bareis, E., Urbanisierung und Landflucht, in: Andreas Niederberger/Philipp Schink (Hg.), *Globalisierung. Ein interdisziplinäres Handbuch*, Stuttgart: 2011, 324–332.
- Bronger, D., *Megastädte – Eine Welt?* In: *Geographie und Schule* 110 (1997), 2–10.
- Bronger, D., *Metropolen, Megastädte, Global Cities. Die Metropolisierung der Erde*, Darmstadt 2004.
- Bundeszentrale für politische Bildung, *Dossier Megastädte*: <http://www.bpb.de/gesellschaft/staedte/megastaedte/>
- Häussermann, H./Siebel, W., *Stadtsoziologie. Eine Einführung*, Frankfurt – New York 2004.
- Kraas, F., *Urbanisierung als weltweite Herausforderung*, in: *Globale Trends 2010: Frieden – Entwicklung – Umwelt*, hg. v. T. Debiel u. a., Frankfurt 2010, 181–199.
- Kraas, F., *Megaurbanisierung in Asien. Entwicklungsprozesse und Konsequenzen stadträumlicher Reorganisation*, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, 2008, H8, 447–456.
- Kraas, F./Nitschke, U., *Megastädte als Motoren globalen Wandels. Die Welt wird Stadt: neue Herausforderungen der Globalisierung*, in: *Internationale Politik*, 2006, H11, 18–28.
- Sassen, S., *Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities*, Frankfurt 1996.
- Schäfers, B., *Stadtsoziologie. Stadtentwicklungen und Theorien – Grundlagen und Praxisfelder*, Wiesbaden 2010.
- Schwentker, W. (Hg.), *Megastädte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006a.
- Schwentker, W., *Die Megastadt als Problem der Geschichte*, in: ders. (Hg.), *Megastädte im 20. Jahrhundert*, Göttingen 2006b, 7–26.
- Steinberger, P., *Am Abgrund. Megacities ziehen die Menschen an – aber auch immer heftigere Naturkatastrophen*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 16.11.2012.
- Taube, G./Nitschke, U./Peters, G., *Megastädte – Megaherausforderungen*, *Politische Ökologie*, Nr. 101/2006, S. 68–69.
- Veith, W., *Nachhaltigkeit*, in: M. Heimbach-Stein (Hg.), *Christliche Sozialethik. Ein Lehrbuch*, Regensburg: 2004, 302–314.

- Abbau der Barrieren zwischen formeller und informeller Stadt,
- partizipative Strategien des *Enablement* und des *Empowerment*,
- soziale Integration und Disparitätenausgleich,
- Reduktion sozioökonomischer und ökologischer Konfliktpotenziale,
- Dekonzentration und Dezentralisierung (Kraas 2010, 197).

Zur Überwindung struktureller und funktionaler Defizite und infolgedessen zur Verbesserung der prekären Steuerungs- und Gestaltungssituation könnten somit auch beitragen:

- die erweiterte Partizipation durch zivilgesellschaftliche Akteure,
- ein verändertes öffentliches Bewusstsein,
- lokale Identität und soziale Kohärenz.

Ihren sichtbaren Ausdruck könnten all diese Verbesserungen in einem erhöhten Verantwortungsbewusstsein und einer kommunal fundierten Legitimationsbasis des städtepolitischen Agierens finden. Überdies ließen sich zur Verbesserung der Lage auch Impulse aus einem wechselseitigen Austausch und durch ein reziprokes Lernen gewinnen.

Fazit

Es kann keinen universellen Masterplan geben zur Lösung der Probleme

KURZBIOGRAPHIE

Johannes J. Frühbauer (*1967), Dr. theol., vertritt seit Februar 2010 die Professur für Theologische Ethik/Sozialethik an der Theologischen Fakultät der Universität Luzern. Von 1996 bis 2001 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Stiftung Weltethos, seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Christliche Sozialethik an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Augsburg. Schwerpunkte: politische Ethik, Friedensethik, Religion und Politik, religiöser Terrorismus, Ethik der Religionen, Entwicklungsethik, Freiheit und Verantwortung, Moralanthropologie; aktuelle Veröffentlichungen: Weltarmut als Skandal – Zum menschenrechtsbasierten entwicklungssethischen Ansatz von Thomas W. Pogge, in: Demele, Markus/Hartlieb, Michael/Noweck, Anna (Hg.): Ethik der Entwicklung. Sozialethische Perspektiven in Theorie und Praxis [Forum Sozialethik, Band 9] Münster: Aschendorff 2011, 27–36; Schuld. Verantwortung. Versöhnung? Theologisch-ethische Überlegungen zum Erleiden von Gewalt und von sexuellen Übergriffen in kirchlichen Einrichtungen des Kanton Luzerns, in: Markus Ries/Valentin Beck (Hg.): Hinter Mauern. Fürsorge und Gewalt in kirchlich geführten Heimen im Kanton Luzern, Zürich: TVZ 2013 (im Erscheinen); in Vorbereitung: Globale Gerechtigkeit – globale Verantwortung. Eine themenorientierte sozialethische Analyse sowie: Recht auf Rettung – Pflicht zur Rettung: Krieg, Moral und Menschenrechte in der politischen Philosophie von Michael Walzer.

und zur Entwicklung zukunftsweisender Perspektiven, gleichsam als Passepartout für sämtliche Urbanisierungsprozesse. Doch ist es mehr als nahe liegend, sich deutlich intensiver, als dies bisher offenbar geschehen ist, auszutauschen

- über vergleichbare Problemlagen und möglicherweise auch bewährte Praktiken,
- über ein Lernen aus Fehlern der Vergangenheit.

Das sollte durchaus möglich sein im Sinne eines Wissenstransfers über die Grenzen von Nationen, Kulturkreisen und Kontinenten hinweg..

Mit Blick auf das allgemeine entwicklungspolitische Tableau ist unverkennbar, dass zum Erreichen konkreter Ergebnisse, wie sie beispielsweise auch in den Millenniumszielen proklamiert worden sind, den Städten „als dynamischen Zentren der globalen Entwicklung“ eine ganz entscheidende Bedeutung zukommt. Sie müssen in alle entwicklungspolitischen Konzeptionen und Strategien einbezogen werden. Auch und gerade in einer normativ-reflektierenden Perspektive, die gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungen zu orientieren und zu kritisieren vermag, verdienen sie eine wache und wachsende Aufmerksamkeit.





Die Deutschen Bischöfe – Kommission Weltkirche (1993)

Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung

Ein kirchlicher Beitrag zu Diskussion

Das nach wie vor lesenswerte Dokument „Bevölkerungswachstum und Entwicklungsförderung“ versteht sich selbst als kirchlichen Diskussionsbeitrag. Es ist gleichwohl bis heute richtungweisend für sozioethisch reflektierte Überlegungen zur Bevölkerungspolitik und die Einordnung einer verantwortlichen Familienplanung in den Kontext verschiedener Handlungsoptionen angesichts der Weltbevölkerungsentwicklung.

Wir dokumentieren im Folgenden markante Passagen aus dem letzten Teil der Stellungnahme, in dem es neben anderen Handlungsperspektiven um die „Dienste der Familienplanung“ geht. Die gesamte 65-seitige Broschüre kann beim Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz bestellt werden. Den vollen Wortlaut des Textes finden sie aber auch als PDF-Datei unter www.kommendortmund.de (Veröffentlichungen → Amosinternational).

Überblick über den Inhalt der Stellungnahme

Hier zunächst eine Übersicht über Aufbau und Inhalte der Stellungnahme. Thema des ersten Teils ist die Situationsanalyse:

- Weltbevölkerungsentwicklung: Fakten, Tendenzen, Probleme
- Die demographische Herausforderung
- Zusammenhänge zwischen Wachstum der Bevölkerung und Entwicklung der Lebensgrundlagen
- Regionale Differenzen und Theorie des demographischen Übergangs
- Ursachen für die immer noch hohen Geburtenraten in den Entwicklungsländern

Im zweiten Teil werden die wichtigsten Herausforderungen für die Religion, die Kirche und ihre ethischen Grundsätze thematisiert:

- Entwicklung und Bevölkerung: Die Herausforderung als Ganze annehmen
- Entwicklung und Bevölkerung: Herausforderung für die Religionen und die Kirche
- Entwicklung und Bevölkerung: Ethische Grundsätze der Bevölkerungssteuerung
- Das Menschenrecht auf Fortpflanzung und Familienplanung
- Gemeinwohl
- Soziale Gerechtigkeit

Die im dritten Teil reflektierten Handlungsperspektiven dürfen selbstverständlich nicht auf das Thema Familieplanung reduziert werden. Es geht auch um:

- Armenorientierte Entwicklungsmöglichkeiten
- Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen
- Politische Rahmenbedingungen von Entwicklung in den Ländern der „Dritten Welt“
- Friedens- und sicherheitspolitische Bedingungen von Entwicklung
- Umweltschutz
- Besondere soziale Aspekte der Bevölkerungsentwicklung: Altersversorgung – Frauenförderung – Gesundheit – Bildung

Am Schluss erst steht die sehr differenzierte Stellungnahme zur Familienplanung mit den folgenden Unterthemen:

- Verantwortete Elternschaft
- Bedeutung der Familienplanung
- Natürliche Familienplanung
- Öffentliche und kirchliche Programme der Familienplanung – eine notwendige Differenzierung
- Öffentliche Programme der Familienplanung
- Kirchliche Projekte der Familienplanung



Im Wortlaut – Auszüge aus dem dritten Teil der Stellungnahme

Familienplanung

[...]

Verantwortete Elternschaft

Im Mittelpunkt aller Überlegungen und Maßnahmen auf dem Feld der Familienplanung muss das von der internationalen Staatengemeinschaft anerkannte Recht stehen, frei, informiert und verantwortlich über die Zahl der Kinder und den Abstand zwischen den Geburten zu entscheiden. Wir haben bereits darauf hingewiesen, dass auch die Kirche die Bedeutung dieses „Menschenrechts auf Familienplanung“ mehrfach unterstrichen und bekräftigt hat (vgl. II 3.1).

Dem Recht auf Familienplanung entspricht die Verantwortlichkeit der Paare. Ihnen ist aufgegeben, sorgfältig abzuwägen und gewissenhaft zu entscheiden, wie groß ihre Familie sein soll und welches der richtige Abstand zwischen den einzelnen Geburten ist. Die Kirche bringt diesen Gedanken mit dem Begriff der verantworteten Elternschaft zum Ausdruck, auf die man – nach einem Wort von Papst Paul VI. – „heute mit gutem Recht ganz besonderen Wert“ legt. Die Entscheidung der Eltern soll „im Hinblick auf die physischen, wirtschaftlichen, psychologischen und sozialen Verhältnisse“ verantwortlich getroffen werden. Diese allgemeinen Kriterien sprechen jedoch auch in den Entwicklungsländern nicht fast automatisch für die Bildung nur sehr kleiner Familien und im konkreten Fall praktisch immer gegen die Entscheidung für ein weiteres Kind. Der Wunsch nach einem Kind ist Ausdruck der Fruchtbarkeit der ehelichen Liebe, in Kindern drückt sich die Hoffnung auf Zukunft aus, und sie sind eine wesentliche Bereicherung des Ehe- und Familienlebens. Diese Gründe für ein Kind dürfen nicht gering geschätzt oder gar denunziert werden. Sie müssen jedoch

mit anderen Gesichtspunkten abgewogen werden.
[...]

Bedeutung der Familienplanung

[...] Es geht um eine Ausweitung der menschlichen Gestaltungsfreiheit im Bereich der Fortpflanzung, um eine größere Selbstbestimmung der Paare, die freilich auch mit einer erweiterten Verantwortung verbunden ist. Es geht auch darum, dem Elend der – Schätzungen der Vereinten Nationen zufolge – jährlich 50 bis 60 Millionen Abtreibungen entgegenzuwirken, die einen flagranten Verstoß gegen das Lebensrecht ungeborener Kinder bedeuten und bei denen, der gleichen Quelle nach, Jahr für Jahr 200.000 Frauen zu Tode kommen. Es geht des weiteren darum, Frauen vor Schwangerschaften zu bewahren, die ein zu großes gesundheitliches Risiko oder auch eine zu starke seelische Belastung darstellen. Diese Gefahr ist (vor allem in den Entwicklungsländern) besonders hoch, wenn die schwangeren Frauen noch sehr jung oder bereits in fortgeschrittenem Alter sind, außerdem auch dann, wenn zwischen den einzelnen Geburten ein weniger als zweijähriger Zeitraum liegt. Ebenso ist verantwortungsbewusste Familienplanung im Interesse der Kinder. Sie ist ein Dienst am Leben, der der ganzen Familie zugute kommt.

Natürliche Familienplanung

Diese Überlegungen zu einer verantwortlichen Elternschaft können über den Bereich der Kirche hinaus vermutlich auf eine nicht unbeträchtliche Zustimmung rechnen. Anders verhält es sich bei der Frage der angemessenen Methoden der Familienplanung. Hier stößt die Haltung des kirchlichen Lehramtes oft auf Unverständnis und Kritik. Um einem immer noch weit verbreiteten Missverständnis entgegenzuwirken, muss jedoch bedacht werden, dass auch nach katholischer Auffassung Sinn und Wert der ehelichen sexuellen Vereinigung nicht von der Möglichkeit und der Absicht der Part-

ner abhängen, einem Kind das Leben zu schenken. Zuerst und zuletzt ist die sexuelle Gemeinschaft Ausdruck einer umfassenden und vorbehaltlosen Liebe [...]

Öffentliche und kirchliche Programme der Familienplanung – eine notwendige Differenzierung

Nicht selten sieht sich die Kirche dem Verdacht ausgesetzt, sie stehe wegen ihrer Auffassungen über die angemessenen Formen der Empfängnisregelung den öffentlichen – von internationalen Organisationen, einzelnen Staaten oder gesellschaftlichen Kräften getragenen – Bemühungen um eine Förderung der Familienplanung prinzipiell skeptisch oder sogar ablehnend gegenüber, sofern in den entsprechenden Programmen nicht ausschließlich die „Natürliche Familienplanung“ zur Grundlage genommen wird. Mit dieser Vermutung ist jedoch die Position der Kirche nicht zutreffend wahrgenommen. Die Kirche ist sich nämlich bewusst, dass es im Bereich der sozialen Arbeit – zu dem auch die Programme der Familienplanung zählen – einerseits bestimmte Grundsätze gibt, die für alle Bemühungen (unabhängig davon, in wessen Trägerschaft sie stehen) gelten müssen, dass aber andererseits zwischen öffentlichen und kirchlichen Programmen präzise zu unterscheiden ist und bei der Beurteilung nicht einfachhin die gleichen Kriterien zur Anwendung kommen können:

- einerseits muss daran fest gehalten werden, dass sämtliche Anstrengungen, die auf eine Förderung der Familienplanung abzielen, der Menschenwürde entsprechen und die einzelnen Menschenrechte achten. Sie müssen darüber hinaus darauf ausgerichtet sein, das Wohl der einzelnen, der Familien wie auch der Gesellschaft zu fördern, und vom Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit getragen sein;
- andererseits entsteht eine spezifische Prägung öffentlicher Programme dadurch, dass diese der

Pluralität religiöser Überzeugungen, sittlicher Werthaltungen und sozialer Vorstellungen prinzipiell Rechnung zu tragen haben. In den Programmen der Kirche (wie auch anderer religiös oder weltanschaulich bestimmter Vereinigungen) kommt hingegen ein von der eigenen Lehre und den Erfahrungen der eigenen Gemeinschaft her stärker konturiertes und profiliertes Ethos zur Auswirkung. Ein solches Ethos, das auch Momente der Abgrenzung von bestimmten alternativen Optionen einschließt, sperrt sich nicht gegen den Gedanken des gesellschaftlichen Pluralismus, dessen innere Grenze durch den Respekt vor den Menschenrechten markiert ist. Vielmehr artikuliert dieses Ethos seinen eigenen Wahrheits- und öffentlichen Geltungsanspruch gerade unter den von ihm nicht nur faktisch hingegenommenen, sondern innerlich bejahten Bedingungen menschlicher Freiheit und gesellschaftlicher Pluralität.

Auf der Grundlage dieser Differenzierungen, die Gleichgerichtetheit und notwendige Unterscheidungen von öffentlichen und kirchlichen Aktivitäten erkennen lassen, sollen nun zunächst die öffentlichen und anschließend die kirchlichen Programme im Bereich der Familienplanung in den Blick genommen werden.

Öffentliche Programme der Familienplanung

In den Industrieländern besteht ein, wenn auch nicht überall in gleichem Maße ausgebautes, so doch im allgemeinen gut funktionierendes Gesundheitswesen und Sexual- und Familienberatungssystem. Auf diese Weise ist eine Infrastruktur gegeben, die es praktisch jedem ermöglicht, sich über alle Formen der Schwangerschaftsverhütung zu informieren. Von jedem ist hier eine hohe Verantwortung gefor-

dert, nach seinem Gewissen über die Anwendung der ethisch unterschiedlich zu beurteilenden Methoden zu entscheiden.

Die Situation in vielen Entwicklungsländern ist anders. Für Hunderte von Millionen ist nicht einmal die gesundheitliche Primärversorgung gesichert, geschweige denn, dass ihnen im Bereich der Familienplanung ausreichende Information, Beratung und die medizinische Infrastruktur zur Verfügung stünde. Für viele Frauen stellen mangelnde Bildung und ihr geringer Stellenwert in Familie und Gesellschaft, manchmal auch ihre eingeschränkte öffentliche Bewegungsfreiheit, Zugangsbarrieren gegenüber den Möglichkeiten der Familienplanung dar.

Deshalb ist es auch weiterhin notwendig, Familienplanungsdienste in den Ländern der „Dritten Welt“ einzurichten. Die Aufgabe dieser Programme besteht darin, den Paaren die Bedeutung einer verantwortlichen Familienplanung zu vermitteln, sie mit den Methoden der Empfängnisregelung vertraut zu machen und die Mittel dazu zur Verfügung zu stellen. Um vor allem auch die Frauen aus den ärmeren Schichten zu erreichen, werden diese Familienplanungsdienste häufig in Verbindung mit Maßnahmen in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Frauenförderung durchgeführt.

Dieser integrierte Ansatz ist nicht nur seiner bevölkerungspolitischen Effektivität wegen von Bedeutung. In ihm verwirklicht sich – wenigstens partiell – auch die Einsicht, dass Entwicklung in der „Dritten Welt“ nur dann gelingen kann, wenn sie den ganzen Menschen wahrnimmt und die Armut sowohl in ihren materiellen wie in ihren immateriellen Dimensionen durch miteinander koordinierte Schritte zu überwinden sucht.

Solche Programme der Familienplanung, die nie allein im Hinblick auf ihre bevölkerungspolitische Wirkung eingerichtet und ausgestaltet sein dürfen, benötigen auch weiterhin finanzielle Un-

terstützung durch die reichen Länder. Die Durchführung dieser Programme darf jedoch nicht zur Voraussetzung für die Entwicklungszusammenarbeit und die Gewährung von Entwicklungshilfegeldern gemacht werden. Eine solche Verknüpfung würde dem von den Vereinten Nationen aufgestellten Grundsatz widersprechen, dass bevölkerungspolitische Zielsetzungen in die Kompetenz eines jeden einzelnen Landes fallen. Vor allem aber: Sie würde insbesondere die Armen bestrafen, die einer Unterstützung durch die reichen Länder bedürfen und einen Anspruch auf unsere Hilfe haben. Es ist hingegen nicht zu beanstanden, wenn Regierungen von Industrieländern im Dialog mit den Führungen von Staaten, deren Einwohner in besonderer Weise unter den Problemen eines starken Bevölkerungswachstums leiden, den Fragen der Bevölkerungspolitik ein großes Gewicht beimessen.

Bei der Planung und Durchführung öffentlicher Programme der Familienplanung sind eine Reihe von Kriterien zu beachten, damit diese Programme mit der Menschenwürde und den Menschenrechten im Einklang stehen.

a) Zunächst einmal: Es darf kein Zwang zur Geburtenbegrenzung ausgeübt werden. Niemand darf deshalb zur Teilnahme an Programmen der Familienplanung genötigt werden. Nicht nur unmittelbare Zwangsmaßnahmen sind zu verurteilen, sondern ebenso Täuschung, Einschüchterung, manipulative Propaganda und soziale Stigmatisierung. [...]

b) Auch auf materielle Anreize zur Beibehaltung einer kleinen Familiengröße und zur Teilnahme an Programmen der Familienplanung sollten die Regierungen möglichst weitgehend verzichten. [...]

c) Die Programme der Familienplanung müssen stets vom Respekt gegenüber den kulturellen und religiösen Werten des Zusammenlebens und der Sexualität geprägt sein. Auch der konkreten sozialen und psychologischen Situation der einzelnen Paare muss in



der Arbeit von Familienplanungsdiensten Rechnung getragen werden. [...]

d) Programme der Familienplanung dürfen keine Förderung der Abtreibung beinhalten. Auch diese Forderung ergibt sich aus der Achtung vor den Menschenrechten, die die Norm aller bevölkerungspolitischen Maßnahmen darstellt. [...]

e) Gleichwohl darf die Auswahl der in öffentlichen Familienplanungsprogrammen angebotenen Methoden der Empfängnisregelung nicht allein unter pragmatischen Gesichtspunkten erfolgen. Eine verantwortungsethische Abwägung muss berücksichtigen, dass die Methoden unter den jeweils gegebenen Umständen leicht anwendbar und der Lebenssituation der Paare angemessen sein sollen. Wichtige Kriterien sind die Zuverlässigkeit und Anwendungssicherheit, die Gesundheitsverträglichkeit, der Ausschluss von Nebenwirkungen, leichte Erlernbarkeit und kulturelle Akzeptanz, relative Unabhängigkeit von medizinischen Institutionen und pharmazeutischen Produkten sowie geringe Kosten. Dabei kommt den reversiblen Methoden ein grundlegender Vorrang vor den irreversiblen zu, da sie den Menschen die Möglichkeiten neuer Entscheidungen in veränderten Lebensumständen bewahren. [...]

f) Ehepaare sind die primären Adressaten von Familienplanungsdiensten. Darauf deutet schon der Begriff „Familienplanung“, insofern die Familie die Ehe als auf Dauer angelegte und rechtlich gesicherte Form der Partnerschaft von Mann und Frau voraussetzt. [...]

Ebenso berücksichtigt werden muss die epidemische Zahl von Abtreibungen bei ledigen Frauen; das hohe gesundheitliche Risiko, dem gerade minderjährige Schwangere ausgesetzt sind; die vielfach verzweifelte soziale Lage, in die alleinstehende Mütter in vielen Ländern der „Dritten Welt“ hineingeraten; und schließlich auch die enorme Ausbreitung von AIDS vor allem in Afrika. Den potentiell Betroffenen zu helfen, diesem Leid vorzubeugen, ist

auch dann eine sittliche Pflicht, wenn man die dahinter stehenden Verhaltensweisen möglicherweise in vielen Fällen nicht gutheißen kann. Von großer Bedeutung ist aber in jedem Fall eine verbesserte Gesundheits- und Sexualaufklärung, die sich besonders an Heranwachsende wendet. [...]

Kirchliche Projekte der Familienplanung

Die Förderung von Projekten der Familienplanung ist Bestandteil der kirchlichen Entwicklungsarbeit.

[...]

Von großer Bedeutung für die kirchlichen Projekte ist die Verbindung von Familienplanung mit der Gemeinwesen- und Frauenarbeit. Zahlreiche Projekte der Familienplanung haben zur Entwicklung von Gemeinwesenorganisationen und von Selbsthilfegruppen von Frauen geführt. Andererseits hat die Gemeinwesen- und Frauenarbeit oft auch Maßnahmen der Familienplanung ausgelöst und integriert. Gerade für Frauen der ärmsten Bevölkerungsschichten ist es wesentlich, durch das gleichberechtigte Zusammenarbeiten in Gruppen ihr Selbstwertgefühl und ihr Selbstbewusstsein zu vergrößern. Wo Frauen – getragen von solchen Gruppen – damit beginnen, ihre eigene Stellung in Familie und Gesellschaft neu zu bestimmen, wo sie ihren Lebensweg nicht mehr als von außen auferlegtes Schicksal betrachten, sondern die Möglichkeit entdecken, die Lebensverhältnisse zusammen mit anderen zu verändern und zu verbessern, da entsteht häufig und ohne äußeren Druck der Wunsch, auch die Zahl der Kinder bewusster zu planen und sich von traditionellen Mustern der Fortpflanzung zu lösen. Wenn die von den Armen betriebenen Entwicklungsbemühungen dauerhaft wirksam sind, so erweisen sich auch die Änderungen im regenerativen Verhalten als stabil.

Die Kirche verleiht ihren eigenen Familienplanungsprojekten ein spezi-

fisches Profil, das von ihrer Lehre und den gelebten Erfahrungen ihrer Gläubigen her seine besonderen Konturen gewinnt. Dies schließt die Förderung der „Natürlichen Familienplanung“ um der in ihr realisierten humanen Werte willen ein. Auf den anthropologischen Vorrang, den die Kirche dieser Form von Empfängnisregelung beimisst, wurde bereits hingewiesen.

Die Erfahrungen, die bisher mit den natürlichen Methoden in den Entwicklungsländern gemacht wurden, sind insgesamt ermutigend. In bestimmten Kulturen Afrikas, wo die tradierten Verhaltensregeln Phasen der sexuellen Enthaltbarkeit kennen, gibt es Anknüpfungspunkte für die Zeitwahl. Auch in Indien finden die Bemühungen um eine Verbreitung der „Natürlichen Familienplanung“ große Resonanz. Der oft vorgebrachte Einwand, die Methode sei generell zu schwierig für die Menschen in den Entwicklungsländern, erweist sich angesichts dieser Beispiele als unzutreffend.

Wir wissen aber auch, dass die „Natürliche Familienplanung“ von manchen Paaren und unter manchen Umständen nicht als praktikable Möglichkeit erfahren wird. Die Kirche muss auch denjenigen (vor allem Frauen) Hilfe anbieten, die in ihrer aktuellen, oft bedrängenden Lebenssituation die natürlichen Methoden nicht als gangbaren Weg erleben. Die Kirche kann vor allem in ihrer Pastoral-, Erziehungs- und Beratungsarbeit auch diesen Menschen helfen, die Empfängnisregelung in die Gesamtperspektive eines glückenden, humanen Lebens zu integrieren. Dass die Kirche auch in den Fragen der Familienplanung auf niemanden Druck ausübt, ist selbstverständlich. Stets muss ihr daran gelegen sein, die verantwortliche Gewissensentscheidung zu respektieren, welche die humanen Werte ehelicher Partnerschaft und Sexualität unter den wechselnden Bedingungen des Lebens verwirklicht.

Zum Unternehmer berufen

Eine Ermutigung für Führungskräfte in der Wirtschaft



Unter diesem Titel hat der Päpstliche Rat für Gerechtigkeit und Frieden im vergangenen Jahr eine Handreichung für Führungskräfte veröffentlicht. Wir dokumentieren hier die Zusammenfassung sowie aus dem Anhang einen Fragenkatalog zur „Gewissensprüfung für Führungskräfte in der Wirtschaft“.

Zusammenfassung

Marktwirtschaft und Unternehmen tragen erheblich zum materiellen und geistigen Wohlergehen der Gesellschaft bei, wenn sie ordnungsgemäß arbeiten und auf den Dienst am Gemeinwohl hin orientiert sind. Die jüngsten Erfahrungen haben allerdings auch gezeigt, dass bei Versagen von Märkten und Unternehmen Schäden für die Allgemeinheit entstehen können. Die Umwälzungen unserer Zeit – Globalisierung, neue Informationstechnologien und zunehmende Dominanz der Finanzmärkte – zeigen neben ihren positiven Effekten auch negative Wirkungen: Wachsende Ungleichheit, wirtschaftliche Verwerfungen, Informationsübersättigung, finanzielle Instabilität und viele andere Belastungen, die den Dienst am Gemeinwohl behindern. Christliche Führungskräfte in der Wirtschaft können unternehmerischen Erfolg in dieser Situation mit konkreten Beiträgen zum Gemeinwohl verbinden. Dies kann gelingen, indem sie sich an sozialethischen Prinzipien orientieren, tugendhaft zu leben und zu führen versuchen und sich von der Botschaft des Evangeliums inspirieren lassen.

Vielerlei äußere Umstände können eine Unternehmerpersönlichkeit daran hindern, ihr Handeln am Gemeinwohl auszurichten – etwa ein defizitärer Rechtsstaat und ein mangelnder Ordnungsrahmen, Korruption, eine Kultur des Geizes oder eine ineffiziente Nutzung von Ressourcen. Auf der persönlichen Ebene stellt eine gespaltene Le-

bensführung das größte Hindernis dar. Die Trennung von persönlichem Glauben einerseits und alltäglicher Unternehmenspraxis andererseits kann zu Unausgeglichenheit und einem fehlgeleiteten Tanz um das ‚goldene Kalb‘ des wirtschaftlichen Erfolges führen. Die Alternative dazu ist der Weg einer ‚dienenden Führung‘, die – für Christen durch das Evangelium inspiriert – es Führungskräften in der Wirtschaft ermöglicht, einen weiteren geistigen Horizont zu haben und die Notwendigkeiten des Unternehmensalltags mit sozialethischen Prinzipien zu vereinbaren. Dies wird auf den drei Stufen Sehen, Urteilen und Handeln erforscht, wobei auf der Hand liegt, dass diese drei Aspekte eng miteinander verwoben sind.

Sehen

Die Herausforderungen und Chancen des Wirtschaftslebens werden von Faktoren beeinflusst, die positive und negative Auswirkungen haben können. Vier dieser wichtigen ‚Zeichen der Zeit‘ sind: Globalisierung, neue Kommunikationstechnologien, die Dominanz der Finanzmärkte und kulturelle Veränderungen.

1. Auf der einen Seite hat die *Globalisierung* Effizienzvorteile und außerordentlich große unternehmerische Chancen mit sich gebracht. Auf der anderen Seite zeigt sie aber auch ihre Schattenseiten: eine gewachsene soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Standortverlagerung, kulturelle

Gleichmacherei und die Unfähigkeit der nationalen Regierungen, Kapitalströme angemessen zu regulieren.

2. Die modernen *Kommunikationstechnologien* haben weltweite Verbindungen ermöglicht, neue Problemlösungen und Produkte hervorgebracht und Kosten gesenkt. Die damit einhergehende neuartige Beschleunigung aber hat auch eine Informationsüberflutung und überhastete Entscheidungsprozesse ausgelöst.

3. Die weltweite *Dominanz der Finanzmärkte* im Wirtschaftsgeschehen hat die Tendenz verstärkt, menschliche Arbeit zu einer Handelsware zu machen und kurzfristige Gewinnmaximierung auf Kosten des Engagements für das Gemeinwohl zu betonen.

4. Die tiefgreifend *kulturellen Veränderungen* unserer Zeit haben zu gesteigertem Individualismus, verstärktem Auseinanderbrechen von Familien sowie einer Ich-Bezogenheit und übermäßigen Beschäftigung mit sich selbst und der Frage „Was habe ich davon?“ geführt.

Infolgedessen verfügen wir heute vielleicht über mehr private Güter, aber über deutlich weniger Gemeinschaftsgüter. Führungskräfte in der Wirtschaft wollen zunehmend ihren Wohlstand maximieren, Mitarbeiter kultivieren ein Anspruchsdenken und Konsumenten verlangen nach unmittelbarer Bedürfnisbefriedigung zum niedrigstmöglichen Preis. Im Zuge der Relativierung von Werten sind Rechte

wichtiger geworden als Pflichten. Die Bereitschaft, dem Gemeinwohl zu dienen, ist oftmals verloren gegangen.

Urteilen

Gute unternehmerische Entscheidungen basieren auf grundlegenden Prinzipien wie etwa dem Respekt vor der Menschenwürde, dem Dienst am Gemeinwohl sowie dem Verständnis des Unternehmens als einer Gemeinschaft von Personen. In der Praxis bedeutet dies, dass sich Führungskräfte in der Wirtschaft auf folgende Aufgaben konzentrieren:

- Die Herstellung von Waren und Dienstleistungen, die tatsächliche menschliche Bedürfnisse befriedigen, sowie die verantwortungsvolle Organisation von Beschaffung, Produktion und Vertrieb, sodass diese mit möglichst wenig Kosten für Mensch und Umwelt verbunden sind. Ein besonderer Aspekt ist dabei die Frage, wie die Belange der Armen stärker berücksichtigt werden können.
- Die Organisation produktiver und sinnstiftender Arbeit, die die menschliche Würde der Arbeitnehmer achtet. Dies bedeutet, dass sie ihre Persönlichkeit in der Arbeit entfalten können, diese aber auch einbringen müssen. Es umfasst die Organisation der betrieblichen Prozesse nach dem Subsidiaritätsprinzip. Die Mitarbeiter müssen entsprechend geschult und befähigt werden. Hinzukommen muss dann das Vertrauen in ihre Fähigkeiten und ihre Bereitschaft, ihr Bestes zu geben.
- Die sorgfältige Nutzung von Ressourcen, um sowohl Gewinn zu erzielen als auch Lebenszufriedenheit zu stiften, um nachhaltigen Wohlstand zu schaffen und ihn gerecht zu verteilen. Dies schließt gerechte Löhne für Mitarbeiter, faire Preise für Kunden und Zulieferer, gerechte Steuerzahlungen für die Gemeinschaft und angemessene Renditen für die Eigentümer ein.

Handeln

Führungskräfte in der Wirtschaft können ihre Ziele und Vorstellungen umsetzen, indem sie ihrer Berufung folgen und sich dabei von einer Motivation leiten lassen, die über finanziellen Erfolg hinausgeht. Wenn sie das Geschenk eines geistlichen Lebens, Tugenden und sozialetische Prinzipien in ihrem Leben und Arbeiten verbinden, dann können sie eine ‚gespaltene Lebensführung‘ überwinden. Sie können die Gnade erfahren, eine umfassende menschliche Entwicklung aller Beteiligten zu ermöglichen.

Die Kirche ruft alle Führungskräfte in der Wirtschaft dazu auf, zu *empfangen* und anzunehmen, was Gott für sie bzw. ihn getan hat, und zu *geben* und sich in gemeinsames Tun mit anderen einzubringen, um die Welt zu einem besseren Ort zu machen. *Praktische Klugheit* soll ihre Art bestimmen, unternehmerisch zu handeln. Sie bestärkt sie darin, auf die Herausforderungen der Welt nicht mit Angst oder Zynismus zu reagieren, sondern mit den Tugenden des Glaubens, der Hoffnung und der Liebe. Dieses Dokument möchte Führungspersönlichkeiten und alle Beteiligten in den Unternehmen ermutigen und anregen,

- die Herausforderungen und Chancen ihrer Arbeit zu *sehen*,
- diese entsprechend sozialetischer Prinzipien – für Christen inspiriert durch das Evangelium – zu *beurteilen* und
- als Entscheider, die Gott dienen, zu *handeln*.

Anhang

Unternehmerspiegel – Eine Gewissensprüfung für Führungskräfte in der Wirtschaft

- Sehe ich meine Arbeit als ein Geschenk Gottes?
- Ist meine Arbeit wirklich eine echte Teilhabe am Schöpfungshandeln Gottes?

- Fördere ich durch mein Handeln eine Kultur des Lebens?
- Habe ich durch eine gespaltene Lebensführung die Prinzipien des Evangeliums aus meiner Arbeit herausgehalten?
- Empfange ich regelmäßig die Sakramente im Bewusstsein dafür, wie sie mein unternehmerisches Handeln prägen können?
- Lese ich die Bibel und bete ich dafür, die Gefahr einer gespaltenen Lebensführung zu vermeiden?
- Teile ich meine spirituellen Erfahrungen mit anderen christlichen Führungskräften in der Wirtschaft?
- Strebe ich danach, mein Geschäftsleben durch die Kenntnis der Soziallehre der Kirche zu bereichern?
- Glaube ich daran, dass die Achtung der Menschenwürde in meinen Geschäftsentscheidungen die ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung meiner Mitarbeiter fördert und dadurch mein Unternehmen effizienter, handlungsfähiger und profitabler macht?

Den Bedürfnissen der Welt dienen

- Erkenne ich an, dass sich die Verantwortung meines Unternehmens nicht nur auf die Eigentümer, sondern auch auf alle diejenigen erstreckt, die direkt und indirekt zu seinem Erfolg beitragen?
- Erziele ich Wertschöpfung oder schöpfe ich Werte ab, die andere geschaffen haben?
- Trage ich zur Verzerrung des Wettbewerbs bei?
- Strengen wir uns in unserem Unternehmen an, die ungerechtfertigte Verlagerung von Kosten auf andere sowie unerwünschte Nebenwirkungen unseres wirtschaftlichen Handelns zu vermeiden (wie z.B. Umweltschäden, Benachteiligung von Zulieferern, des lokalen Umfelds oder sogar Wettbewerbern)?
- Bin ich mir dessen bewusst, dass wenn Unternehmensentscheidungen nicht auf Achtung der Menschenwürde gründen, sie Gefahr



laufen, instrumentalisiert zu werden und somit die Entfaltung der Menschen innerhalb der Unternehmen auf der Strecke bleibt?

- Bemühe ich mich um ein faires Verhältnis mit den Mitarbeitervertretern, um Mitarbeiterrechte zu gewährleisten?
- Mache ich mir regelmäßig Gedanken darüber, in welchem Maße mein Unternehmen Waren und Dienstleistungen produziert, die echten menschlichen Bedürfnissen dienen und verantwortlichen Konsum unterstützen?

Gute und produktive Arbeit organisieren

- Gestalte ich die Arbeitsbedingungen so, dass meine Mitarbeiter auf allen Ebenen in angemessener Weise selbstständig arbeiten können? Anders gefragt: Ist die Organisationsstruktur meines Unternehmens vom Subsidiaritätsprinzip durchdrungen?
- Bin ich bereit, das Risiko eigenständiger Entscheidungen untergeordneter Organisationseinheiten zu tragen?
- Sind die Arbeitsplätze und Zuständigkeiten in meinem Unternehmen so gestaltet, dass die Begabungen und Fähigkeiten meiner Mitarbeiter voll zum Tragen kommen können?
- Habe ich meine Mitarbeiter so ausgewählt und fortgebildet, dass sie ihren Verantwortlichkeiten nachkommen können?

- Wurden ihre Zuständigkeiten und Verantwortungsbereiche klar definiert?
- Sorge ich in meinem Unternehmen für Arbeitsplatzsicherheit, faire Löhne, Fortbildungsmöglichkeiten und die Möglichkeit zur Selbstorganisation der Mitarbeiterschaft?
- Sind unsere sorgfältig erarbeiteten Wertvorstellungen in die Unternehmenskultur eingewoben und in die Leistungsbewertung der Mitarbeiterschaft integriert? Gehe ich mit Blick auf die Leistung meiner Mitarbeiter ehrlich mit ihnen um?
- Berücksichtige ich in den unterschiedlichen Ländern, in denen mein Unternehmen tätig ist, auch die Würde der indirekt Beschäftigten? Trage ich zur Entwicklung des dortigen gesellschaftlichen Umfeldes bei? (Folge ich überall den gleichen sozialetischen Standards?)
- Gewähre ich der Würde aller meiner Mitarbeiter Vorrang vor meinen Gewinnmargen?

Nachhaltige Wertschöpfung und gerechte Verteilung

- Strebe ich als Führungskraft in der Wirtschaft danach, meinen Kapitalgebern angemessene Renditen, meinen Mitarbeitern faire Löhne, meinen Kunden und Zulieferern faire Preise und dem Gemeinwesen faire Steuern zukommen zu lassen?
- Ist mein Unternehmen Kapitalgebern und dem gesellschaftlichen Umfeld gegenüber transparent und

wahrhaftig in der Finanzberichterstattung?

- Kümmert sich mein Unternehmen angesichts aufziehender ökonomischer Schwierigkeiten darum, dass die Beschäftigungsfähigkeit der Mitarbeiter durch Fortbildungen und Zusatzqualifikationen erhalten bleibt?
- Informiert mein Unternehmen die Mitarbeiter rechtzeitig, wenn wirtschaftliche Schwierigkeiten Entlassungen notwendig machen? Unterstützt das Unternehmen die Mitarbeiterschaft bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen? Zahlt es ausreichende Abfindungen aus?
- Unternimmt mein Unternehmen alle Anstrengungen, um in seinen Aktivitäten Abfall zu vermeiden und die Umwelt als Ganzes zu schützen?

Zusammenfassung der Gewissensprüfung

- Fördere ich als christliche Führungskraft in der Wirtschaft in meinem Einflussbereich die Würde des Menschen und das Gemeinwohl?
- Unterstütze ich eine Kultur des Lebens, der Gerechtigkeit, eines internationalen Ordnungsrahmens, der Transparenz, der Umwelt- und Arbeitsstandards und des Kampfes gegen Korruption?
- Fördere ich die ganzheitliche Persönlichkeitsentwicklung meiner Mitarbeiterschaft?

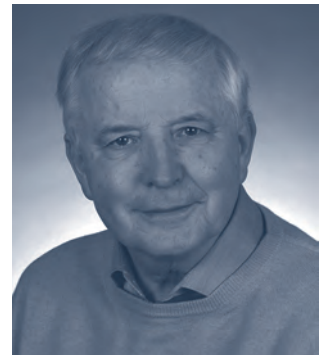




Gleichheit in der Verschiedenheit

Eine gute Botschaft für Frauen und Männer – Jahrestreffen der Semaines Sociales de France 2012

Die neue Rollenverteilung zwischen Männern und Frauen waren Thema der Französischen Sozialwochen vom 22. bis 25. November 2012 in Paris. Gemäß ihrem Selbstverständnis, nicht nur ein Ort der gesellschaftlichen Debatte, sondern auch der Formation aktiver Christen zu sein, wurde den ca. 3000 Teilnehmern ein Programm geboten, das einer Bildungsakademie alle Ehre gemacht hätte. Der erste Tag war dem Überblick gewidmet: Wo stehen wir heute in dem epochalen Prozess der Gleichstellung von Frauen und Männern? Was Soziologen, Historiker, Philosophen, Psychologen hier als Forschungsergebnisse oder persönliche Standpunkte vortrugen, kam – so der Präsident der Sozialwochen, Jérôme Vignon – einer mitunter „heftigen Konfrontation mit der Moderne“ gleich. Auch tagespolitisch war diese Konfrontation in den Beratungen allgegenwärtig. Seit dem 7. November 2012 liegt der Gesetzesentwurf der sozialistischen Regierung zugunsten der „Heirat für alle“ auf dem Tisch, der die Ehe gleichgeschlechtlicher Paare samt Adoptionsrecht vorsieht.



Wilhelm Rauscher

Bestandsaufnahme anhand der Fakten

Zunächst aber standen die Arbeitsmarktprobleme im Vordergrund, wo auch in Frankreich die Diskriminierung der Frauen trotz ihrer im internationalen Vergleich hohen Erwerbsquote nach wie vor erheblich ist. Die harten Fakten lieferte Brigitte Grézy, Generalinspektorin für Sozialpolitik. Sie erinnerte daran, dass zwei Drittel der berufstätigen Frauen im Niedriglohnbereich beschäftigt sind. Der Abstand zwischen qualifizierten und nicht-qualifizierten Frauen vertiefte sich zusehends. Die eigentlichen Hindernisse auf dem Weg zu einer wirklichen Gleichstellung sah Grézy in einer fortbestehenden „systemischen“ Diskriminierung, die Frauen im Erwerbsleben als Risikofaktor betrachte – bis hin zu einer minderen Bewertung ihrer Diplome. Sie plädierte für eine Familienpolitik, die die bessere Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit in den Mittelpunkt stellt, wobei die Vollerwerbstätigkeit von Frauen der Maßstab sei. Jeder und jede müsse alles tun können, sofern er/sie es wolle.

Der Soziologe Claude Martin beschrieb die fundamentale Abhängigkeit der Familie von den Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt. Der große Hebel der Veränderung war die Lohnarbeit, die Frauen mit einem Schlag materiellen Schutz und eigene Rechte brachte. Hinsichtlich der Parameter Erwerbsarbeit – Familie – Fruchtbarkeit stehe Frankreich vergleichsweise gut da, so dass viele auf das französische Modell blickten. Aber die Kehrseite der Medaille sei ein unverhältnismäßig hoher Konsum von Psychopharmaka. Die Rückwirkungen des modernen Arbeitsmarktes auf die Or-

ganisation des Privatlebens gingen auf Kosten der Frauen. Die Vereinbarkeit von Erwerbsarbeit und Familie bleibe eine „immense Baustelle“.

Wie ein politisches Crescendo wirkte in diesem Kontext die Rede der jungen Ministerin für Frauenrechte Najat Vallaud-Belkacem. Als ihre politischen Prioritäten bezeichnete sie den Kampf gegen stereotype Rollenbilder und sexistische Vorstellungen, die Förderung der vollen Gleichstellung von Frauen im Berufsleben, den Kampf gegen jede Form von Gewalt gegen Frauen und die Verteidigung des Rechts der Frauen, über den eigenen Körper zu verfügen.

Eine Errungenschaft der Moderne

Einen Einblick in die Geschichte des Feminismus (der Begriff stammt aus Frankreich!) bot die Historikerin Michelle Perrot, die den Prozess der allmählichen Emanzipation des Weiblichen aus der Vorherrschaft des Männlichen skizzierte. Trotz untergründiger

Ansätze im christlichen Denken – z. B. im Verständnis der Ehe als Sakrament, das die freie Zustimmung von Mann und Frau erfordert – ist die Anerkennung der Gleichheit der Geschlechter eine Errungenschaft der Moderne. Befördert durch Krisen, hat sie sich im



letzten halben Jahrhundert in ungeahnter Weise beschleunigt. Jetzt erst seien die vier großen Grenzüberschreitungen vollzogen worden, die den Frauen den Zugang zum Wissen (seit 1924 erst gibt es in Frankreich ein einheitliches Abitur für Jungen und Mädchen), zur Erwerbsarbeit, zur Wissenschaft und zur Verfügung über den eigenen Körper (dank der Empfängnisverhütung) sicherten. Aber die Geschichte zeige auch, dass in Zeiten der Krise als erstes die Rolle der Frauen wieder in Frage gestellt werde. Sie seien – ob im Fall von

Arbeitslosigkeit oder im restaurativen Gegenschlag politischer Revolutionen, wie aktuell in der arabischen Welt zu besichtigen – die zuerst Benachteiligten. Perrot betonte den Pluralismus der Feminismen, der für die heutige Situation kennzeichnend sei. Während Simone de Beauvoir noch einen Feminismus absoluter Gleichheit postulierte, sei dem heutzutage ein Feminismus italienischer Prägung gefolgt, der die Differenz betont. Differenz ja, aber unter Ausschluss jedweder Dominanz, lautete ihr Fazit.

dem erst 1944 durch General de Gaulle das Wahlrecht erhielten. Jean Jacques Rousseau's Diktum „Die Männer machen die Gesetze, die Frauen die Sitten“ hatte im gesellschaftlichen Bewusstsein Frankreichs lange Bestand. Die „Regierung“ des öffentlichen Lebens blieb den Männern, die der Familie den Frauen vorbehalten. Und zwischen beiden Bereichen herrschte eine prinzipielle Trennung. Die Frauen waren zwar Teil der Republik, aber nicht der Demokratie. Was war die Ursache dieser Dichotomie? Die Angst vor einer Verwischung der als naturgegeben vorausgesetzten Geschlechterrollen? Nach Fraisse eher die Angst vor der Demokratie! Die Befreiung der Frauen sei ein demokratisches Projekt.

Gleichheit von Frauen und Männern in anderen Kulturen

Wie steht es aber um die Gleichheit von Frauen und Männern in anderen Kulturen, Religionen und Ländern? Dass hier der Blick vor allem auf den Islam fiel, verwundert nicht. Verwunderung rief allerdings die Bemerkung der senegalesischen Ärztin und Soziologin Khoudia Sow hervor, wonach nicht wenige Senegalesinnen um einer größeren Unabhängigkeit willen die Polygamie der Monogamie vorzögen. Wenn in diesem traditionell von einem moderaten Islam geprägten Land der Fundamentalismus auf dem Vormarsch sei, dann in erster Linie aus politischen und wirtschaftlichen Gründen. Der Islamkenner Franck Fregosi unterstrich, dass hinsichtlich einer liberalen Weiterentwicklung des Islam die Frauen-Männer-Thematik eine große Rolle spiele. Bei der in Gang gekommenen Diskussion um die Interpretation des Koran sei es die Masse der orthodoxen Männer, die auf einer buchstabengetreuen Auslegung beharre.

Gleiche Rechte für Frauen und Männer ist auch ein Thema der Europäischen Union. Das war der Mehrzahl der Teilnehmer sicherlich bekannt. Weniger bekannt war vermutlich das Faktum, dass dieses Ziel schon in den Römischen Verträgen verankert wurde und dass eine große Zahl der einschlägigen nationalen Gesetze der Umsetzung von EU-Richtlinien zu verdanken ist. Mit dieser Feststellung sorgte Kommissionsvizepräsidentin Viviane Reding für Überraschung bei ihren Zuhörern. Trotz großer Anstrengungen sei die EU dabei, die Talente der Frauen zu verlieren. Als Beleg führte Reding u. a. an, dass 60% der Frauen mit Diplom keine Aufstiegschancen hätten. Außerdem: die Armut in der EU sei weiblich. Die Ansätze für Lösungen sah sie in erster Linie innerhalb der Betriebe.

Befreiung geht zwangsläufig einher mit Destabilisierung. Der Wandel in den Beziehungen von Frauen und Männern löst überkommene Gewissheiten auf. Mit den Wirkungen dieses Wandels auf Paare befasste sich der Psychoanalytiker und Berater der Familienkommission der Französischen Bischofskonferenz Jacques Arènes. Nichts sei noch evident: weder das Zusammenleben als Paar, noch der Kinderwunsch, noch das gemeinsame Altern. Die Angst, vom anderen erdrückt zu werden, sei in den Kern der Beziehungen eingedrungen. Jede Begegnung werde so zu einem „Rätsel“.

Rehabilitierung der natürlichen Differenz der Geschlechter

Nach dieser eher frustrierenden Bestandsaufnahme brachte der zweite Tag mit dem Referat der Philosophin Sylviane Agacinski eine Wende. Die gesamte abendländische Anthropologie einschließlich der christlichen Theologie hatte aus der fraglos angenommenen Differenz der Geschlechter die Dominanz des Männlichen abgeleitet. Nachdem die Moderne den „Androzentrismus“ prinzipiell überwunden hat, stellt sich die Frage: Welchen Sinne hat

Vollendung eines demokratischen Projektes zu Lasten zwischenmenschlicher Beziehungen?

Das Verhältnis von Emanzipation der Frau und Demokratie untersuchte die engagierte Feministin Geneviève Fraisse. Erstaunlich, dass die Frauen im Geburtsland der europäischen Demokra-

tie mit ihrem Pathos der Gleichheit weder durch die „Constituante“ von 1789 noch durch die Pariser Kommune von 1871, auch nicht durch die verschiedenen Linksgierungen, son-



dann noch die Rede von einer Differenz der Geschlechter? Heißt gleiche Würde, dass die Geschlechter auch gleich sind in ihrer Wertigkeit (äquivalent)? Sind sie damit austauschbar? Ist das Geschlecht nur ein kulturelles, soziales Konstrukt? Hat die biologische, sexuelle Verschiedenheit von Mann und Frau noch eine Bedeutung für das soziale Leben? Diese Fragen standen im Mittelpunkt des weit ausgreifenden Referates von Sylviane Agacinski. Kritisch setzt sich die emeritierte Professorin der Elitehochschule für Politische Wissenschaften (EHESS) mit der modernen Queer-Theorie auseinander, die die Differenz der Geschlechter durch die Differenz der sexuellen Orientierungen ersetzen möchte. Ebenso scharf grenzte sie sich ab vom „Konstruktivismus“ einer Judith Butler, demzufolge der Mensch auch in seiner geschlechtlichen Orientierung das Produkt seiner selbst sei, während die natürliche Differenz der Geschlechter in die Sammlung der „wissenschaftlich schlecht belegten Fakten“ (Butler) gehöre. Allen diesen Theorien warf sie eine „Denaturalisierung“ des Menschen vor.

Für Agacinski liegt das entscheidende Kriterium der Differenz der Geschlechter auf der Ebene der Fruchtbarkeit. Die Anteile von Mann und Frau an der Zeugung eines Kindes seien nicht äquivalent. Die modernen Techniken der Reproduktionsmedizin hätten allerdings den Trend zur Abkoppelung der Elternschaft von der Zeugung verstärkt. Sie ermöglichten Fortpflanzung ohne sexuelle Beziehung. Elternschaft könne in neuen, auch gleichgeschlechtlich-äquivalenten Formen konstruiert werden. Eine „Entpersönlichung“ der Fortpflanzung sei die Folge. Im Falle der anonymen Samenspende werde zudem das Urprinzip aller Verantwortung außer Kraft gesetzt, nämlich für das verantwortlich zu sein, dessen Verursacher man ist (nach Hans Jonas).

Agacinski kritisierte insbesondere, dass man sich kaum Gedanken mache über die Auswirkungen der neuen Praktiken auf die künftigen Gene-

rationen der Kinder. Rechtfertigt beispielsweise der legitime individuelle Wunsch, mit einer Person des gleichen Geschlechtes eine dauerhafte Partnerschaft – ja sogar eine Heirat – einzugehen, den Bruch mit dem biologisch grundgelegten Modell der Elternschaft? Erzeugt man dadurch nicht eine fundamentale Ungleichheit unter den künftigen Generationen, vor allem zwischen Kindern mit einer natürlichen,

Ein Blick auf die Anfänge

Dieses klare Bekenntnis einer Sozialistin zu der unaufhebbaren und im Namen der Humanität zu schützenden biologischen Differenz von Mann und Frau wurde von den Teilnehmern mit stehenden Ovationen quittiert. Die biblische Begründung dieser Anthropologie lieferten der Publizist Jean Pierre Rosa und die Dominikanerin und Moralthologin Véronique Margron, die die Schöpfungsberichte und andere frühe biblische Zeugnisse über das Verhältnis von Mann und Frau untersuchten. Bei der Rückbesinnung auf die

... und wie steht es damit in der Kirche?

In der Dramaturgie des Kongresses war nun der Punkt erreicht für eine Frage, die vielen Teilnehmern auf den Nägeln brannte: Und wie steht es um die Gleichheit von Männern und Frauen in der Kirche? Die Veranstalter hatten für diese Thematik zwei Referenten mit in gewissem Sinne konträrem ekklesiologischen Profil ausgesucht: den Kirchenrechtler und Generalvikar der Diözese Lüttich Alphonse Borras als Vertreter des Amtes und die Präsidentin der internationalen Fokolarbewegung Maria Voce, die gleichsam die prophetisch-charismatischen Dimension der Kirche repräsentiert. Beide haben insofern die Nachdenklichkeit befördert (und manche damit enttäuscht), als sie sich der Festlegung auf apodiktische Positionen entzogen. Borras referierte

geschlechtlichen Abstammung und anderen, deren Entstehung biologisch intransparent sei? Die künftigen Kinder seien allerdings in der politischen Debatte nicht repräsentiert. Sie haben keine Lobby. Agacinski forderte – mit Blick auf den Gesetzgeber – eine anthropologisch-ethische Reflexion über ein Statut der Kinder und die Verantwortung der heutigen Erwachsenengeneration ihnen gegenüber.

Ursprünge zeigt sich nach Jean Pierre Rosa eine Anthropologie, die mit unserem heutigen Bewusstsein durchaus kompatibel ist. Die frühen Texte (insbesondere der 1. Schöpfungsbericht) beziehen die Gottebenbildlichkeit auf die „Alterität“ von Mann und Frau. Sie stellen die Beziehung zwischen Gleichrangigen in den Mittelpunkt (vgl. u. a. das Hohe Lied, auch Mt 19,4) entsprechend einem Gott, der selbst Beziehung ist. Das Streben der Moderne nach Gleichheit von Mann und Frau sei für Christen eine gute Nachricht.

(bei wachsendem Unmut im Saal) die Aussagen des Kirchenrechtes. Die lehramtliche Ablehnung des Priestertums der Frau durch Johannes Paul II. stellte er nicht in Frage, fügte ihr aber ein leises „Vorerst“ hinzu. Von der nötigen Komplementarität von Frauen und Männern in der Pastoral versprach er sich u. a. eine „Humanisierung der Institution“, ein stärkeres Eingehen auf den Alltag der Menschen, mehr Kreativität in der seelsorglichen Begleitung. Außerdem müssten Frauen in der Repräsentation der Kirche stärker vertreten sein. Die hierarchische Struktur stand dabei nicht zur Debatte.

Als Präsidentin einer kirchlichen Bewegung, zu der auch Bischöfe gehören und die nach dem Willen der Gründerin, Chiara Lubich, stets von ei-

ner Frau geleitet werden soll, hatte Maria Voce die Neugier der Teilnehmer geweckt. Dass die Anerkennung einer solchen Bewegung der Kirche nicht leicht gefallen ist und mehrfach Versuche unternommen wurden, sie unter klerikale Aufsicht zu stellen, führte Maria Voce freimütig aus. Die weibliche Leitung – in Gemeinschaft mit einem priesterlichen Co-Präsidenten – enthalte eine Botschaft an die Kirche: Was vor aller Struktur zähle, sei die Liebe. Eine Leitung nach dem Vorbild Mariens (die Foklarbewegung bezeichnet sich auch als „Werk Mariens“) wolle zusammenführen, nicht regieren. In Maria sei gleichsam die gesamte Kirche versammelt, die auf die Apostel und die Propheten gründe. Lassen sich daraus Modelle kirchlicher Leitung gewinnen? Auch wenn diese Frage nicht vertieft werden konnte, ließen die Ausführungen von Maria Voce erahnen, dass in der Praxis der Foklarbewegung, deren einzelne Zweige und Aktionsbereiche je von einer Frau und einem Mann geleitet werden, ein Potential mit Veränderungskraft liegt.

Nach dem Dialog zwischen einer Gewerkschaftssekretärin und dem Vertreter eines Unternehmerverbandes zur Thematik Familie und Arbeitswelt, der eine erstaunlich große Übereinstimmung zeigte, führten das Zeugnis eines

KURZBIOGRAPHIE

Wilhelm Rauscher (*1942), Studium der Fächer Französisch und Deutsch in Freiburg i.Br., München und Paris, nach kurzer Lehrtätigkeit am Gymnasium Stockach a. Bodensee Redakteur im Katholischen Sekretariat für europäische Fragen, Straßburg/Brüssel; Referent im Zentralkomitee der deutschen Katholiken (Bereich Kirche und Gesellschaft), Mitarbeit im Europäischen Laienforum; Leiter des Berliner Büros des ZdK (2000–2005); nach Ende der Berufstätigkeit Mitarbeit in der Kommende Dortmund für Kontakte zu europäischen Partnern; Übersetzer der *Résümés* in **Amosinternational**.

verantwortlichen Ehepaares der Alpha-Kurse und die Erfahrung des Leiters einer Bildungsanstalt für „Jugendliche in Schwierigkeiten“ nochmals mitten hinein in die Thematik der Veränderungen in den Beziehungen von Frauen und Männern und in die Fragen der Erziehung zu einer reifen Identität als Frau oder Mann.

Fazit dreier intensiver Tage

In seinen Schlussfolgerungen bezeichnete Präsident Jérôme Vignon die Gleichstellung von Frauen und Männern als die zentrale Herausforderung, die die Postmoderne an das christliche Bewusstsein richte. Der soziale Katholizismus dürfe sich dieser Herausforderung nicht entziehen. Wie könnte er bei der Suche nach Beziehungen gleichberechtigter Partnerschaft zwischen den Geschlechtern nach der Phase männlicher Dominanz beiseite stehen? Oder sollten die Katholiken auch hier – wie im Fall der Demokratie – die Zeichen der Zeit übersehen? Als Schwerpunkte des politischen Engagements nannte Vignon die Felder Arbeitswelt, Erziehung und Familie. Die katholische Kirche als Ganze müsse sich jedoch dem Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern öffnen. Die Neu-Evangelisierung müsse gemeinsam von Frauen und Männern getragen werden. Die französische Kirche könne dabei eine Vorreiterrolle übernehmen; denn im Gegensatz zur Situation in einigen Nachbarländern befinde sie sich in einer relativ friedlichen Phase. Gleichzeitig nutzte der Präsident das Schlusswort zu einer klaren Absage an den Gesetzesentwurf der Regierung zugunsten der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare.

Interdisziplinarität – Eine Herausforderung für die Christliche Sozialethik

Zum 22. Forum Sozialethik vom 10. bis 12. 09. 2012 in Schwerte



In der Reflexion gesellschaftlicher Strukturen steht die Christliche Sozialethik nicht nur mit anderen theologischen Disziplinen, sondern darüber hinaus mit der philosophischen Ethik, den Sozial- und Kulturwissenschaften sowie den Natur- und Technikwissenschaften in einem ständigen Dialog. Die konkreten Erfahrungen, die Herausforderungen und möglichen Hindernisse, aber auch die vielfältigen Chancen, die für die Sozialethik mit diesem inter-

disziplinären Dialog verbunden sind, bildeten den thematischen Schwerpunkt des *Forum Sozialethik 2012*, das in diesem Jahr durch Anna Maria Riedl (Münster), Jochen Ostheimer (München), Werner Veith (München) und Thomas Berenz (Mönchengladbach) vorbereitet wurde. Vom 10. – 12. September 2012 trafen sich dazu 33 junge Sozialethikerinnen und Sozialethiker sowie Vertreter anderer theologischer Disziplinen aus dem deutsch-

sprachigen Raum sowie aus Kroatien in der Katholischen Akademie Schwerte. Im Zentrum der Vorträge und der mitunter kontrovers geführten Diskussionen stand die Frage nach den Bedingungen und den wissenschaftstheoretischen Grundlagen eines interdisziplinären Dialogs. Ausgehend von Selbstverständnis, Status und Arbeitsweisen der Sozialethik wurde der Bogen über die anthropologischen Bezüge als interdisziplinäre Basis der Christli-

chen Sozialethik hin zu Perspektiven des interdisziplinären Dialogs im binnentheologischen Bereich sowie konkreten Dialogerfahrungen geschlagen. Interdisziplinarität, darüber waren sich die Teilnehmer weitgehend einig, darf nicht als punktuelles Ereignis, sondern muss stets als prozesshaftes Geschehen verstanden werden. Das Gelingen oder Scheitern des interdisziplinären Arbeitens hängt dabei maßgeblich von der Analyse und dem Verständnis der im Dialog aufeinander treffenden (Fach-)

Sprachen, von ihren Begriffen und Begriffskonzepten ab. Sicherlich, und darauf wiesen einige Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Forums auch aus eigenen Erfahrungen hin, stellt sich darüber hinaus die grundsätzliche Frage, ob der gegenwärtige interdisziplinäre Dialog auch tatsächlich *dialogisch* ist oder ob das Interesse an einem Dialog nicht doch häufig nur einseitig, nämlich von Seiten der christlichen Sozialethik besteht. Allerdings liegen gerade hier zugleich Chance und Aufgabe für

die christliche Sozialethik als wissenschaftliche Disziplin: Durch ihre Erfahrung vom Nutzen kognitiver Beiträge aus vielen Wissensbereichen, kann und muss sie vom Wert und der Bedeutung eines interdisziplinären Dialoges immer wieder überzeugen und dabei für sich selbst die Bedingungen, Möglichkeiten und Grenzen dieses Dialoges unter sich stets verändernden Bedingungen ausloten.

Thomas Berenz, Trier



Buchbesprechungen

Befähigungsgerechtigkeit

Peter Dabrock: Befähigungsgerechtigkeit. Ein Grundkonzept konkreter Ethik in fundamentaltheologischer Perspektive. Unter Mitarbeit von Ruth Denkhäus, Gütersloh: Gütersloher Verlagshaus 2012, 383 S., ISBN 978-3-579-08110-6.

Das Prinzip der Befähigungsgerechtigkeit ist in den vergangenen zehn Jahren als Chiffre „einer zukunftsfähigen Sozialpolitik“ (S. 189) erstaunlich populär geworden. Es findet sich an prominenter Stelle beispielsweise im zweiten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2005 oder in der Armutsdenkschrift des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland von 2006. Wurde von Verteilungsgerechtigkeit vornehmlich im Blick auf die Umverteilung materieller Ressourcen gesprochen, lenkt die Rede von Befähigungsgerechtigkeit den Blick auf die unterschiedliche Verteilung von Chancen in einer Gesellschaft – und in der Folge dann auch auf die unterschied-



lichen Möglichkeiten, sich aktiv am sozialen Leben zu beteiligen.

In der Debatte um die Zukunft des Sozialstaats wird die Forderung nach Befähigungsgerechtigkeit von verschiedenen

Seiten für durchaus gegensätzliche Positionen in Stellung gebracht: Tritt Befähigungsgerechtigkeit an die Stelle der Verteilungsgerechtigkeit, verbindet sich dies nicht selten mit einer Kritik am Umverteilungsstaat und dem Ruf nach mehr Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers. Wird Befähigungsgerechtigkeit als eine weitere Dimension sozialer Gerechtigkeit begriffen, die zur Verteilungsgerechtigkeit hinzutritt, wird dem Staat weiterhin eine wichtige Rolle beim Ausgleich sozialer Konfliktlagen zugeschrieben.

Peter Dabrock versteht Befähigungsgerechtigkeit als „causa formalis“ der sozialen Gerechtigkeit. Der Beteiligungs-begriff wirke dynamisierend auf das Konzept sozialer Gerechtigkeit: Nicht mehr deren reaktive oder kompensatorische Komponente stehe im Vordergrund, sondern die Förderung des Einzelnen, der in die Lage versetzt werden soll, selbst aktiv zu werden. Mehr oder weniger bewusst schließt der Erlanger Professor für Sys-



tematische Theologie mit seinem Konzept an die outputorientierte Umsteuerung des Bildungssystems an.

Das Konzept der Beteiligungsgerechtigkeit besitzt für Dabrock die Fähigkeit, zahlreiche Brücken innerhalb des inzwischen weitverzweigten Gerechtigkeitsdiskurses zu schlagen: so zum Beispiel zwischen philosophischen und theologischen Debattenbeiträgen oder zwischen theorieorientierten Begründungsdiskursen und anwendungsbezogenen Fragestellungen. Dabrock ist zuzustimmen, wenn er die Verteilungsgerechtigkeit keinesfalls verabschieden will. Diese bleibt für ihn eine notwendige Voraussetzung von Beteiligung, deren „causa materialis“. Auch wenn die normative Beurteilung der Beteiligungschancen in einer Gesellschaft wichtiger wird, bleibt es dennoch notwendig, die aus vielfältigen sozialen Prozessen resultierende Verteilung einzelner Güter noch einmal unter dem Maßstab der Gerechtigkeit einer Überprüfung zu unterziehen, wobei die ungleichen Anlagen, Fähigkeiten, Bedürfnisse und Leistungen der Einzelnen zu berücksichtigen sind.

Nicht immer wird in der Debatte trennscharf zwischen Befähigungs- und Beteiligungsgerechtigkeit unterschieden, anders Dabrock, was positiv zu vermerken ist: Beteiligung markiert für ihn das Ziel, weshalb von Befähigung zu sprechen sei – ein Ziel allerdings, das allein durch die Gewährleistung formaler Teilhabe nicht erreicht werden könne. Hier scheint Dabrock die lebhaft geführte Debatte um Beteiligungsgerechtigkeit nur einseitig rezipiert zu haben. Gerade neuere Arbeiten aus dem bildungsethischen Diskurs gehen deutlich über ein formales Verständnis von Beteiligung hinaus.

Dabrock, der seinen Entwurf bewusst als einen theologischen Zugang versteht, bedient sich zur Grundlegung seiner Aussagen vielfältiger Entwürfe: Jürgen Habermas mit seinen Aussagen zur postäkularen Gesellschaft kommt ebenso zur Sprache wie John Rawls oder die auf Niklas Luhmann zurückgehende, systemtheoretische Unterscheidung zwischen Inklusion und Exklusion. Breiten Raum widmet Dabrock der Auseinandersetzung mit dem „capabilities approach“, namentlich mit der Gerechtigkeitstheorie Martha C. Nussbaums. Wohltuend lesen sich jene Passagen, in denen sich Dabrock – nicht zuletzt in deutlicher Abgrenzung zu Franz Segbers – einer Gleichsetzung von sozialer Gerechtigkeit mit Gleichheit widersetzt und die freiheitsfunktionale Bedeutung von Befähigung stark macht. Sein Konzept der Befähigungsgerechtigkeit verortet Dabrock „zwischen Gleichheitspräsumtion und Egalitarismuskritik“ (S. 184), wobei er sich auf Nussbaum beruft: Deren Schwellenkonzeption begrenze die Forderung nach Umverteilung, mache aber zugleich deutlich, dass die Festlegung gerechtigkeitsrelevanter Schwellen bei der Sicherung bestimmter Fähigkeiten relational bestimmt bleibe.

Die Vielfalt der theoretischen Zugänge, auf die sich Dabrock stützt, markiert zugleich ein Problem des Bandes: Dieser basiert auf zahlreichen Einzelveröffentlichungen und will mehr sein als eine Aufsatzsammlung, wie der Verfasser in der Einleitung betont. Dennoch stellt sich beim Lesen nicht der Eindruck ein, als handele es sich um ein „Grundkonzept konkreter Ethik“ aus einem Guss. Hierfür hätten die einzelnen Teile deutlicher und für den Leser nachvollziehbarer miteinander verzahnt werden müssen.

Der Band selber wagt jenen Brückenschlag, den Dabrock mit seinem Konzept von Befähigungsgerechtigkeit für den Gerechtigkeitsdiskurs anmahnt: Sind die ersten zwei Kapitel dem Begründungsdiskurs gewidmet, werden die dort gemachten Überlegungen im dritten Kapitel gesellschaftstheoretisch weitergeführt und in den beiden Schlusskapiteln an zwei konkreten Anwendungsfeldern erprobt: der Ethik des Gesundheitswesens und der Generationengerechtigkeit (wobei die durch den demographischen Wandel zu bewältigenden Aufgaben zwar nicht dramatisiert, aber vielleicht doch etwas zu sehr heruntergespielt werden). Dass sich Dabrock dieser Herausforderung stellt und als Fundamentaltheologe eine „Verknüpfung von idealtheoretischen Begründungsdiskursen und auf Realwelten zielenden Anwendungsdiskursen“ (S. 197) wagt, verdient anerkennend hervorgehoben zu werden. Allerdings bleibt am Ende der Eindruck, man hätte möglicherweise auch aus anderer Richtung kommend zu ähnlichen Aussagen in der Gesundheitsethik finden können. Die Anforderungen, die hier an den Sozialstaat gestellt werden, sind keineswegs gering und werden in einer kleiner und älter werdenden Gesellschaft nicht unbedingt leicht zu erfüllen sein.

Dabrocks Studie hat deutliche Schwächen. Ihr Verdienst aber liegt darin, den Diskurs um das rechte Verhältnis von Gerechtigkeit, Freiheit und Gleichheit, das in der jüngeren Sozialethik nicht selten in eine egalitaristische Schieflage zu geraten droht, von neuem zu eröffnen. Und das ist auch gut so.

Axel Bernd Kunze, Weinstadt



Ethik der Freiheit

Hübner, Jörg: *Ethik der Freiheit. Grundlegung und Handlungsfelder einer globalen Ethik in christlicher Perspektive*, Stuttgart: Kohlhammer 2012, 509 S., ISBN 978-3-17-021644-0.

Das spezielle Anliegen Hübners, Mitarbeiter am Lehrstuhl für Christliche Gesellschaftslehre der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Bochum, ist es, die zentrale Rolle der in der evangelischen Ethik bisher eher unterbelichteten affektiven Komponente der Freiheit darzustellen, also Freiheit „als ein Bündel aus Affekten oder auch als ein Gefühl“ zu fassen. Die Arbeit gliedert sich in zwei Teile. Im ersten werden Grundlegungsfragen behandelt, während es im zweiten um konkrete Bewährungsfelder geht.

Nach einer differenzierenden Einführung beschäftigt sich der erste Teil zunächst mit den biblischen Grundlagen, wobei Paulus im Mittelpunkt steht. Hübner sucht zu zeigen, dass die paulinische Freiheitsbotschaft philosophisch im Referenzrahmen der Stoa stehe und die christlichen Hellenisten darum als die eigentlichen „Erfinder“ der neutestamentlichen Freiheitsbotschaft und ihrer affektiven Akzentuierung zu gelten hätten. Die reformatorische Rezeption dieser Freiheitsbotschaft wird am Beispiel Luthers und Melancthons erörtert. Bei aller Würdigung der Freiheitschrift Luthers von 1520 wird kritisiert, dass diese sich auf die Innerlichkeit des Christen beschränke und damit sowohl die allgemein menschliche als auch die soziale Dimension der Freiheit ausblende. Die umfassender ausgelegte Grundlegung Melancthons überwinde diese Engführung und gebe zugleich der affektiven Komponente Raum.

Affekte bzw. Emotionen sind nach Hübner energiegeladen, dynamisch und kreativ, sie steuern die Wahrnehmung, sind eudämonistisch zielgerichtet, enthalten Überzeugungen hinsichtlich der Objekte, die sie zugleich praktisch bewerten, fungieren als Träger schon der frühkindlichen Kommunikation und bestimm-



men so maßgeblich die ganze Lebensführung des Menschen. In dieser Aufwertung der Affekte scheint sich Hübner der empiristischen Gefühlsethik David Humes anzunähern. Dabei sind positive (z. B. „Überraschung, Freude und Interesse“) und negative Affekte (z. B. „Trauer, Wut, Ekel oder Scham“) zu unterscheiden. Interessant wäre hier die Frage, worin sich die menschliche Affektivität von jener der Tiere unterscheidet, deren „Praxis“ wir doch zumeist anders interpretieren als die menschliche.

Hübner fasst Freiheit als Bündel positiver, mit Freude verbundener Affekte im Sinne einer „Gefühls-Familie“ von „Zufriedenheit, Liebe und Glück“. Ethik der Freiheit ist demnach „Hermeneutik der Freude“. Bewirkt wird dieses glückhafte Freiheitsgefühl durch den Geist Gottes, der die Affekte positiv transformiert und bündelt. Damit scheint es sowohl in der Tradition der scholastischen theologischen Tugenden (Glaube, Hoffnung und Liebe) zu stehen, die sich als *virtutes infusae* ganz der göttlichen Gnade verdanken, als auch in jener der „Freiheit eines Christenmenschen“ bei Luther.

Natürlich wird zwischen den aufgewerteten Affekten und dem Wirken des Geistes Gottes die Luft außerordentlich

dünn für die eigenständige Bedeutung der Moralität, für praktische Vernunft, individuell zurechenbare Verantwortung und vor allem für die Willensfreiheit (etwa im Sinne von Aristoteles oder Kant). Das ist seit Luthers *De servo arbitrio* (1525) in einer evangelischen Ethik nicht anders zu erwarten. Auch Hübner versucht, die Rolle der Willensfreiheit zu minimieren. Dabei hat er sicher Recht, wenn er auf die jeden Menschen prägenden Grenzen und Bedingtheiten der Freiheitsspielräume und Alternativen verweist, etwa auf Gewissheitsstrukturen, die biographisch, kulturell oder milieubedingt vorgegeben sind und sich affektiv auswirken. Aber so unterschiedlich sich diese auch ausprägen mögen, sie scheinen nichts an der Grunderfahrung zu ändern: einerseits der Differenz zwischen dem, was ich aus Selbstliebe subjektiv möchte und dem, wovon ich weiß, dass ich es sollte, weil ich mir gewiss bin, dass es objektiv gut ist, sowie andererseits der Gewissheit, dass die Entscheidung bei mir liegt und meinen moralischen Wert bestimmt. Hier scheint der Kern der moralischen Subjektivität zu liegen, auch dann wenn Menschen differenter Gewissheitsstrukturen Gut und Böse material unterschiedlich beurteilen. Nach Kant hängt die Würde des Menschen damit zusammen, dass er moralisches Subjekt ist. Und nur wenn er das ist, scheint Sünde zurechenbar und der Mensch erlösungsbedürftig zu sein.

Im Bestreben, die Bedeutung der Willensfreiheit zu minimieren, sieht Hübner „Übereinstimmungen zwischen Theologie und Neurowissenschaften“. Derartige Koalitionen scheinen theologisch nicht ungefährlich, denn der strikte methodische Empirismus der Neurowissenschaften schließt nicht nur alle Kausalität aus transzendentaler Freiheit prinzipiell aus, sondern ebenso jedes Einwirken des Geistes Gottes auf unsere Affekte. Gegenüber diesen Reduktionismen sollte die Theologie eher bestrebt sein, transzendierende Sinndimensionen offen zu halten und zu begründen.

Die Handlungsfelder des zweiten Teils gliedert Hübner durch sieben „den geistgewirkten Freiheitssinn begleitende Affekte“: Achtung des Menschen und seiner Freiheitsrechte, Ehrfurcht vor dem Leben, Kommunikation und Partnerschaft, Kreativität, Mut zur Entwicklung, Phantasie sowie Ermutigung zur Teilhabe. Jeder die-

ser Abschnitt ist dreigeteilt und entfaltet seinen speziellen sozialetischen Themenbereich nach den drei in der Einleitung eingeführten Reflexionsstufen der Freiheit: Subjekthaftigkeit, soziales und politisches System der Freiheiten und Transzendenzbezug.

Das Buch ist sehr gut lesbar und verarbeitet klar, kenntnisreich und differenziert ein weit gespanntes theologisches und sozialetisches Problembewusstsein, auf dessen thematische Vielfalt hier nur sehr partiell eingegangen werden kann. Leider bietet das es keine Register.

Arno Anzenbacher, Mainz

Nachhaltig wirtschaften und konsumieren

Grunwald, Armin: Ende einer Illusion. Warum ökologisch korrekter Konsum die Umwelt nicht retten kann, München: Oekom, 2012, 123 S., 9,95 €.

Paech, Niko: Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie, München: Oekom, 2012, 155 S., 14,95 €.

Reller, Armin/Holdinghausen, Heike: Wir konsumieren uns zu Tode. Warum wir unseren Lebensstil ändern müssen, wenn wir überleben wollen, Frankfurt a.M.: Westend Verlag, 2011, 190 S., 12,99 €.

Drei engagierte Kommentare zu aktuellen Entwicklungen. Drei Analysen, warum die bisherigen Schritte hin zu einer nachhaltigen Welt nicht sonderlich weit getragen haben. Drei Plädoyers, was sich ändern muss. Drei neue Bücher zur gegenwärtigen Konsumgesellschaft, alle drei wissenschaftlich fundiert, für die interessierte Allgemeinheit geschrieben und gut lesbar, aber in unterschiedlicher Weise mit Biss und Verve.

Der für seine Ideen zu einer Postwachstumsökonomie bekannte Wirtschaftswissenschaftler Paech untersucht die Frage, ob die seit einigen Jahren geläufige Zauberformel des qualitativen Wirtschaftswachstums – die Entkoppelung des BIP vom Ressourcenverbrauch – realistisch ist. Auf der „green economy“ ruhten ganz verschiedene Hoffnungen. Sie vermöge die „drei Säulen der Nachhaltigkeit“ in einer allseits zustimmungsfähigen win-win-Formel miteinander zu vereinbaren: wirtschaftlichen Wohlstand, sozialen Ausgleich und Umweltschutz. Paechs Position dazu ist eindeutig. Er

hält ein solches Wirtschaftsmodell für trügerisch. Er will daher dem Leser „den Abschied von einem Wohlstandsmodell erleichtern, das aufgrund seiner chronischen Wachstumsabhängigkeit unrettbar geworden ist“ (Paech 7). Dazu erklärt er ihm in drei Thesen, dass erstens das allgemein wertgeschätzte Wohlstandsniveau wirtschaftliches Wachstum benötige und damit unweigerlich die Umwelt „plündere“ und dass zweitens die Versuche, Wirtschaftswachstum und Umweltverbrauch zu entkoppeln, im besten Fall versagten, normalerweise aber die Ressourcenverschwendung sogar verschlimmerten. Drittens skizziert Paech in einer positiven Vision die Vorzüge einer Postwachstumswirtschaft.

Die modernen Wohlstandsgesellschaften hingegen lebten über ihren Verhältnissen. „Sie entgrenzen ihren Bedarf erstens von den gegenwärtigen Möglichkeiten, zweitens von den eigenen körperlichen Fähigkeiten und drittens von den lokal oder regional vorhandenen Ressourcen.“ (Paech 10). Der massive und vielfältige Einsatz von „Energiesklaven“ führe unabänderlich zu einem gravierenden Verstoß gegen intergenerationelle und globale Gerechtigkeit.

Wie sich dies im Alltag genau vollzieht, stellen Reller, Professor für Ressourcenstrategie, und die taz-Journalistin Holdinghausen eindrücklich dar. Sie erzählen sehr anschaulich Stoffgeschichten und machen auf diese Weise deutlich, welche Wege ganz alltägliche Stoffe wie etwa Baumwolle, Zucker oder Kupfer oder kaum bekannte Elemente wie die „Seltene Erden“ von der Wiege bis zur

Bahre gehen. Stoffströme dieser Art seien schon aus der Antike bekannt. Doch mit der Industrialisierung hätten sie sprunghaft zugenommen und verstärkten sich wechselseitig – was auch der Grund dafür sei, dass eine „grüne Wirtschaft“, die energie- und rohstoffintensive Produktionsweisen durch „leichtere“ Alternativen ersetzen wolle, kaum möglich sei (wie auch Paech in seiner zweiten These darlegt). Denn, um ein Beispiel zu nennen, auch die Anlagen zur Erzeugung von Wind- oder Sonnenstrom beanspruchten in ihrer Erzeugung viele Ressourcen und viel Energie, und ihre Entsorgung sei bislang nicht ökologisch sauber geregelt.

Die gigantischen Stoffströme, die die Weltwirtschaft am Laufen hielten, seien alles andere als harmlos. Dies habe verschiedene Gründe. So würden durch den großflächigen Abbau von Rohstoffen oder durch die Agrarindustrie Landschaften und somit Lebensräume zerstört. Des Weiteren würden Stoffe in großem Ausmaß freigesetzt, deren Wirkung mehr oder weniger vollständig unerforscht sei. Dies gelte für Kunststoffe oder Nano-Partikel in gleicher Weise. Und dann sei da noch der Müll: Giftmüll und scheinbar harmloser Plastikmüll, der etwa im Pazifik eine riesige Insel bilde und in die Nahrungskette gelange.

Doch nicht nur die Umweltbelastungen und -zerstörungen seien ein gewaltiges Problem. Diese Art des verschwenderischen Wirtschaftens sei auch höchst unklug. Zahlreiche wertvolle Rohstoffe gingen infolge einer nachlässigen Entsorgung tonnenweise verloren. Sie würden in winzig kleinen Partikeln in alle Win-



de zerstreut und stünden für eine weitere Nutzung nicht mehr zur Verfügung. Stoffströme würden nicht zu Wiederverwertungsketten geschlossen, weil der Abbau von Rohstoffen für jeden einzelnen Akteur viel preiswerter als das Recyclen sei. Kollektiv betrachtet sei dies jedoch eine aberwitzige Verschwendung.

Was kann dagegen getan werden? Und vor allem: Wer kann etwas tun? Damit setzt sich Grunwald, Experte für Technikfolgenabschätzung, auseinander. Er geht die wichtigsten Akteursgruppen durch und untersucht, ob sie den „Schlüssel zu Nachhaltigkeit“ (Grunwald 17) hätten. Spätestens das Scheitern der großen Weltklimaverhandlungen zeige, dass ein solcher Schlüssel auf keinen Fall in der Politik zu finden sei. Die Wirtschaft sei ebenfalls kein „Motor der Nachhaltigkeit“ (Grunwald 21). Paech würde hier differenzieren. Die strukturellen Wachstumszwänge, die Nachhaltigkeit verhindern, könnten zumindest teilweise durch eine „Ökonomie der Nähe“, d.h. durch „eine Verkürzung der Produktionsketten bis zur Lokal- oder Regionalversorgung“ (Paech 114), aufgebrochen werden. – Zuletzt legt Grunwald dar, dass auch die Zivilgesellschaft, die in aktuellen Diskussionen so gerne als letzter verbliebener „Hoffnungsträger“ (Grun-

wald 23) angerufen werde, die großen Erwartungen nicht zu erfüllen vermöge.

Und so scheint nur noch der verantwortliche Konsument übrig zu bleiben, der Verbraucher, der, wie Paech in seiner dritten These entfaltet, den Wert der Suffizienz für sich entdeckt. Nach Grunwald ist dies recht illusorisch. Er zählt all die Hürden auf, die sich einem ökologisch verantwortungsbewussten Verbraucher stellen, wie etwa die Informations- und Wissensdefizite oder paradoxe Systemeffekte (so könne der ökologisch begründete Boykott einer gefährdeten Fischart dazu führen, dass die Fischer sie wegen des Preisverfalls um so stärker befischen). Außerdem wirkten etliche umweltverträgliche Güter dadurch kontraproduktiv, dass sie beim Hersteller und/oder beim Verbraucher das ökologische Gewissen beruhigten, so dass umweltschädliches Verhalten in anderen Bereichen um so leichter ausgeblendet werde (wofür alle drei Bücher eindruckliche Beispiele liefern). Vor allem aber stelle sich bei der erforderlichen kollektiven Mobilisierung von Konsumenten ein moralisches Problem ein. Die Entscheidung für ein bestimmtes Produkt sei eine private Entscheidung, die in der liberalen Gesellschaft als solche nicht angetastet werden dürfe (was nicht ausschließe, dass der Gesetzgeber schädliche Produkte oder Pro-

duktionsweisen verbiete). Wenn nämlich der private Konsum in den Dienst des Gemeinwohls gestellt werde, griffen die für den öffentlichen Raum konstitutiven Transparenzverpflichtungen auf das Private über; und das sei als totalitär abzulehnen.

Nachhaltigkeit, so Grunwalds Fazit, sei „als öffentliche Aufgabe an[z]u erkennen“ (Grunwald 89). Als eine solche sei sie nicht so sehr eine Angelegenheit des Konsumenten (diese Verantwortung bleibe natürlich nach wie vor bestehen), sondern des Bürgers. Diese Rollenunterscheidung ist für Grunwald zentral. Der Einzelne wird also nicht aus seiner Verantwortung entlassen, aber die Verantwortung wird spezifisch adressiert. Zwar stimmt Grunwald mit Paech methodisch darin überein, dass für eine Nachhaltigkeitsbewertung eine holistische Sichtweise erforderlich sei, dass es also nicht weiterführe, einzelne Techniken als solche als (nicht) nachhaltig zu qualifizieren. Doch die von Paech geforderte „Subjektorientierung“ (Paech 97) lehnt Grunwald zwar nicht ab, sie ist ihm jedoch zu pauschal.

Im Hintergrund steht das von Grunwald mit entwickelte „integrative Konzept von Nachhaltigkeit“, dem zufolge angesichts des globalen und systemischen Charakters nachhaltiger Entwick-



lung das Attribut „nachhaltig“ nur auf den weltgesellschaftlichen Entwicklungspfad im Ganzen angewandt werden könne. Daher komme der Rahmenordnung die zentrale Bedeutung zu; für diese sei die Politik zuständig. Für die Politik wiederum trage in einer Demokratie der Bürger die Letztverantwortung, etwa indem er sich für einen Nachhaltigkeits-TÜV für Gesetze (Grunwald 101) einsetze oder für gesetzliche Bestimmungen zur Kostenwahrheit von Produktpreisen (was alle vier Autoren fordern). Nur so sei zu erreichen, dass die ökologisch problematische „Primärproduktion, also die Gewinnung der Bodenschätze, teurer als die Sekundärproduktion“ (Reller/Holdinghausen 182), d. h. die Wieder-

verwertung, werde. Diese politische Bürgerverantwortung kann Paech wiederum um eine subjektive Komponente erweitern. Der engagierte Einsatz für „kreative Subsistenz als Ersatz für Industrieoutput“ (Paech 120), d. h. für verschiedene Formen von Selbstversorgung und nachbarschaftlicher Kooperation, respektiere nicht nur die liberalen Grenzen für staatliche Eingriffe in individuelle Entscheidungen. Vielmehr werde die im emphatischen Sinn politisch-gemeinsame Gestaltung des gemeinsamen Nah-, Wirtschafts- und Lebensraums verstärkt, etwa durch gemeinschaftliche Nutzung von Werkzeugen oder Gärten.

Jedes der drei Bücher entfaltet stringent, anschaulich und gut verständlich

einen Gedankengang: Reller/Holdinghausen gleichermaßen wissenschaftlich informierend wie auch ein wenig alarmistisch (schon der Bucheinband zeigt eine Müllhalde und spricht auf der Rückseite von der Sintflut), Paech engagiert und zuweilen polemisch, Grunwald eher analytisch und mit einer doppelten Stoßrichtung: gegen moralisierende Drohreden gegen Konsumenten und für die politische Verantwortung der Bürger für Nachhaltigkeit. Jedes der drei Bücher gibt ungemein zu denken, auch weil die Vorschläge z. T. etwas visionär wirken. Wenn sie miteinander ins Gespräch gebracht werden, erweisen sich die Fokussierungen und Zuspitzungen als umso anregender.

Jochen Ostheimer, München

Cicero und der gerechte Krieg

Andrea Keller: Cicero und der gerechte Krieg. Eine ethisch-staatsphilosophische Untersuchung. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer 2012, 249 S., ISBN 978-3-17-022340-0 (Theologie und Frieden Bd. 43).

Der Kandidat der Republikanischen Partei bei der US-amerikanischen Präsidentschaftswahl im Jahre 1964 hieß Barry Goldwater. Goldwater war ein rechtskonservativ-libertärer Südstaatenpolitiker aus Arizona, ein Freund des berühmt-berüchtigten Kommunistenhetzers Joseph McCarthy, ein Gegner des Sozialstaates, der Bürgerrechtsbewegung und der Friedensbewegung. Goldwater meinte zum Beispiel, mit der Atombombe könne man gut den vietnamesischen Dschungel „entlauben“. In seiner Rede beim Parteikonvent der Republikaner in San Francisco, bei dem er mit überwältigender Stimmenmehrheit zum Präsidentschaftskandidaten gewählt wurde, stellte Goldwater fest: „Extremismus in der Verteidigung der Freiheit ist kein Laster, und ... Mäßigung im Streben nach Gerechtigkeit keine Tugend.“

In zahlreichen Kommentaren zu dieser Rede wird behauptet, Goldwater habe die soeben zitierte Aussage über Ext-



remismus und Mäßigung vom römischen Philosophen und Politiker Markus Tullius Cicero (106–43 v. Chr.) übernommen. Andere bestreiten, dass Cicero dies je gesagt habe. Ich selbst hatte bisher keine Zeit nachzuforschen, was wirklich stimmt, und verfüge deshalb nur über Mutmaßungen.

Von zahlreichen Mutmaßungen beherrscht war bisher auch die Frage, wie

Cicero ethisch und politisch über den Krieg dachte, vor allem, was er unter einem gerechten Krieg, einem *bellum iustum*, verstand. Cicero hat zwar kein umfassendes Traktat zum *bellum iustum* ausgearbeitet, seine Äußerungen zu dieser Frage in unterschiedlichen Schriften haben aber die christliche Friedensethik der Antike, des Mittelalters und der frühen Neuzeit erheblich beeinflusst. Gerade auch aus diesem Grund liegt es nahe, Ciceros Auffassung vom gerechten Krieg eingehender zu erkunden.

Dies hat Andrea Keller in der vorliegenden Studie, die 2011 von der Hochschule für Philosophie in München als Dissertation angenommen wurde, in akribischer und präziser Art und Weise getan. Sie untersucht die zahlreichen Stellen in Ciceros Lebenswerk, an denen dieser sich über den *bellum iustum* geäußert hat: sowohl die philosophischen Schriften „*De re publica*“ (Über das Gemeinwesen), „*De legibus*“ (Über die Gesetze) und „*De officiis*“ (Über die Pflichten) als auch seine Reden und Briefe. Um dies zu tun, muss die Autorin zunächst einmal viele Vorfragen zu Kontext, Überlieferung und Vollständigkeit der Texte klären und sich mit Problemen der Authentizität, Terminolo-



gie und Interpretation auseinander setzen. Dies macht Keller mit großer Sorgfalt und Gründlichkeit, was ihr hoch anzurechnen ist. Der subjektive Nachteil für Leser und Leserinnen, die wie der Rezensent selbst allzu viele Jahre uninspirierten Lateinunterrichts genossen haben, ist jedoch, dass die Lektüre großer Teile des Werkes eine recht mühsame ist und naturgemäß Assoziationen zu öden Lateinstunden der Gymnasialzeit weckt. Unabhängig von rein subjektiven Befindlichkeiten ist festzustellen, dass die textanalytisch-altphilologische Komponente des Werkes die ethisch-staatsphilosophische zuweilen in den Hintergrund drängt. Das mag teilweise unumgänglich sein und stimmt auch nicht uneingeschränkt. Auf den abschließenden 5. Abschnitt des Werkes trifft es z. B. sicherlich nicht zu, denn hier wird Cicero in der Tradition des gerechten Krieges verortet und mit den diesbezüglichen Vorstellungen vor ihm – also mit Platon und Aristoteles, die im Gegensatz zu Cicero davon ausgingen, dass ein Krieg gegen Barbaren, also Nicht-Griechen, von Natur aus gerecht sei – und nach ihm – also mit Ambrosius, Augustinus, Thomas von Aquin und Francisco de Vitoria – in Beziehung gesetzt.

Was also nun erfahren wir in diesem Werk über Cicero und seine Auffassung vom gerechten Krieg? Erstens: Cicero hat offenbar ein *einheitliches* Konzept zum *bellum iustum* entwickelt, das allen seinen diesbezüglichen Äußerungen zugrunde liegt. Zweitens: Nach Cicero kann Krieg immer nur ein Mittel sein, um den Zweck, den Frieden, zu erreichen. Auch wenn er „Frieden“ nicht ausdrücklich definiert, so ist davon auszugehen, dass Cicero die *gerechte* Herrschaft Roms über die Bundesgenossen und Provinzen als Friedensordnung verstand. Frieden hat für Cicero offenbar etwas mit Gerechtigkeit zu tun. Drittens: Cicero legt vor allem dar, unter welchen Bedingungen ein Krieg nicht gerecht ist. Er wollte den Krieg demnach eingrenzen: „Nach Cicero sind Kriege also ungerecht, es sei denn, es muss Unrecht der Gegenseite bestraft werden oder es müssen Feinde vom Gebiet des römischen Reiches vertrieben werden. Ein Krieg als Strafe für begangenes Unrecht darf nur begonnen werden, wenn Verhandlungen zu keinem Ergebnis geführt haben“ (222). Viertens: Cicero erwähnt mehrmals einen alten römischen Ritus, das *ius fetiale* (Fetialritus, Fetialrecht), der nach den Fetialen-Priestern benannt ist, die ihn vollzogen haben.

Es ist zwar nicht bekannt, worin dieser genau bestanden hat, nach Cicero geht aus diesem Ritus jedoch hervor, dass ein Krieg, bei dem es keine Rückforderung als Anlass gibt, und der nicht angesagt und erklärt worden ist, nicht gerecht sein kann. Diesen Fetialritus gab es zur Zeit Ciceros nicht mehr, doch offenbar sieht er darin eine Möglichkeit, bei Kriegsbeginn eine Kontrollinstanz zu schaffen: „Ob er den Ritus tatsächlich wieder einführen möchte, lässt sich aber nicht mit Sicherheit sagen“ (223).

Wir kommen also bei aller akribischen Textanalyse manchmal doch über Mutmaßungen nicht hinaus. Der Beantwortung meiner eingangs gestellten Frage, ob Barry Goldwaters Aussage, dass Mäßigkeit im Streben nach Gerechtigkeit keine Tugend, Extremismus in der Verteidigung der Freiheit kein Laster sei, auf Cicero zurückgeht, bin ich jedoch ein wenig näher gekommen. Andrea Kellers wichtige Arbeit über die ciceronische Kriegsethik zeigt nämlich auf, dass Cicero vor allem an einer Einschränkung des Krieges interessiert war. Es wäre deshalb verwunderlich, würde das Zitat von Cicero stammen. Extremismus in der Verteidigung der Freiheit war seine Sache nicht.

Kurt Remele, Graz



Festschrift Wilhelm Korff

Markus Vogt (Hrsg.): *Christliche Sozialethik – Architektur einer jungen Disziplin. Akademischer Festakt zum 85. Geburtstag von Wilhelm Korff, Archiv der LMU München 2012, 94 S., ISBN 978-3-926163-76-9.*

Im November 2011 vollendete der Münchener Sozialethiker Wilhelm Korff sein 85. Lebensjahr. Korff gehört zu den wesentlichen Impulsgebern der Erneuerung der Christlichen Sozialethik, die sich – im Gegensatz zu anderen theologischen Disziplinen – erst relativ spät nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil entwickelt hat. Äußeres, aber programmatisches Zeichen dafür war die von Korff 1979 ange-

strebte Umbenennung seines Münchener Lehrstuhls von „Soziallehre“ zu „Sozialethik“. Dabei soll der Begriff „Sozialethik“ in Abgrenzung zur „Soziallehre“ erstens stärker die Bedeutung empirischer Sozialwissenschaften für die Ethik sowie die Unterscheidung zur „Individuethik“ verdeutlichen. Sozialethik ist wesentlich Ethik gesellschaftlicher Institutionen und Strukturen. Sozialethik bringt zweitens die Frage der „sozialen Gerechtigkeit“ als Ort der Entstehungsbedingungen des Faches im Kontext der sozialen Frage des 19. Jh. zum Ausdruck und hatte damit einen wirtschaftsethisch ausgerichteten Schwerpunkt. Drittens wird die Frage der Menschenrechte in allen drei Formen zu

einem zentralen Ausgangspunkt der Sozialethik.

Für die Kath. Theologie hat Korff wichtige Impulse als der für ethische Fragen zuständige Herausgeber des Lexikons für Theologie und Kirche gesetzt, in ökumenischer Hinsicht mit dem Handbuch Christlicher Ethik. Mit den beiden von ihm herausgegebenen voluminösen Werken „Lexikons der Bioethik“ und „Handbuch der Wirtschaftsethik“ hat Korff weit über die Christliche Sozialethik hinaus Maßstäbe für eine interdisziplinär arbeitende Ethik gesetzt. Die Anerkennung, die sein Werk innerkirchlich gefunden hat, kommt in dem Grußwort von Kardinal Marx zum Ausdruck.



Die Festansprache der Bundesministerin Anette Schavan unterstreicht die politische Relevanz der Sozialethik Korffs, vor allem seine Überlegungen zur Güterabwägung und zum Kompromiss in der Politik. Dem Herausgeber, Schüler und Nach-Nachfolger Korffs auf dem Münchener Lehrstuhl, Markus Vogt, gelingt es prägnant, die wesentlichen konzeptionellen Ansätze des Jubilars herauszustellen, vor allem sein positives Verhältnis zur modernen Gesellschaft, das Ver-

ständnis der menschlichen Vernunft als Kreativ- und nicht allein als Abbildeorgan. Daher gibt es nicht nur eine Gehorsamsverantwortung gegenüber Normen, sondern auch eine menschliche Gestaltungsverantwortung für Normen. Auch das Wesen des Menschen ist nicht festgelegt, sondern steht zur eigenen Selbstverwirklichung offen.

Bemerkenswert an diesem anregenden und lesenswerten Band ist, dass sich der Jubilar nicht auf ein schlichtes Dankeswort beschränkt, sondern seine Konzeption der Christlichen Sozialethik formuliert und dabei auf seine gegenwärtigen Forschungsfragen eingeht. Seine weiterführenden Bemühungen zur Profilierung der Konzeption einer Christlichen Sozialethik werden in einem ausführlichen Anhang geschildert. Damit enthält der Band nicht nur die übliche Dokumentation eines Festaktes, sondern ist zugleich ein Forschungsbericht. Zentrale Herausforderung ist dabei, dass angesichts der Ausdifferenzierung moderner Gesellschaften immer vielfältigere Bereichsethiken von Wirtschaft, Politik, Wissenschaft, Medien, Umwelt usw. vorliegen, aber zugleich die Problematik einer notwendigen Kohärenz und Integration besteht. Gibt es einen Kern einer all-

gemeinen Sozialethik als Ausgangspunkt und Grundlage von Bereichsethiken?

Es wird sodann eine systematische Gliederung der allgemeinen Sozialethik skizziert, für die Korff in ganz unterschiedlichen Schriften Vorarbeiten geleistet hat. Abschließend wird das Konzept der historischen Genese einer Systematik von Bereichsethiken skizziert. Dabei wird zwischen einer religiösen Gebotsethik (Dekalog), einer aus der griechischen Philosophie geprägten und von Thomas v. Aquin christlich rezipierten Tugendethik sowie einer neuzeitlichen Pflichtenethik unterschieden. Es ist zu hoffen, dass es Korff noch gelingt, mit dem skizzierten Projekt einen weiteren wichtigen Grundlagenbeitrag für das Selbstverständnis der Christlichen Sozialethik zu leisten. Mit der Vielfalt der von Korff vorgelegten und herausgegebenen Publikationen hat er für das Fach zentrale Impulse gegeben, an denen sowohl in Grundlagenfragen wie in einer Vielzahl von Anwendungsfragen der Bereichsethiken kein Wissenschaftler in der Christlichen Sozialethik und darüber hinaus vorbeigehen kann.

Joachim Wiemeyer, Bochum





Johannes Müller: Population Growth and Poverty. Sociological Facts and Social-Ethical Deliberations

The growth of world population has slowed down, is however still a factor that influences many global problems. The development, however, is very diverse, thus there is no wholesale solution to this problem. Henceforth, both poverty and affluence are reasons for the limits of population growth. Aspects of particular interest are the gender perspective and the fact of international migration. Only on the basis of sociological survey and description of the actual context a helpful social-ethical reflexion is possible that offers orientation for the people affected.

Hermann Lotze-Campen: Bevölkerungswachstum und Ressourcenknappheit. Herausforderungen und Handlungsoptionen

Global population continues to grow, but over the last decades the annual growth rate has steadily declined. Different population scenarios are important for developing robust strategies under different future conditions. The impacts of rising global population on resource scarcity can be analyzed along four key components: population numbers; average income per person; consumption patterns; and resource intensity of production. Technological development, substitution in production and consumption, and production re-location through international trade are important measures for the reduction of resource use. Government regulation through targeted taxation or introduction of property rights has to set the right price signals for implementation of these measures. Improving the information base, infrastructure and education already at child age can contribute to the development

of new solutions for regionally adapted resource management. At the same time, this prepares the ground for better health systems and stable economic development. There are clear synergies between improving resource use and deceleration of population growth.

Shalini Randeria: Demographic Policy in a Feminist Perspective. Examples from India and Africa

Thomas Malthus (1766–1834) and the Marquis de Condorcet (1743–1794) were among the first to recognize the long-term effects of demographic processes and their social implications, and they tried to deal with them both theoretically and politically. The continuation of the early contrasts between the two appears in current attempts to interfere in the lives of families in development countries by means of demographic policy. Thus frequently the thinking is to technocratic and without the consideration of complex socio-cultural factors. It is just not enough to hand out loads of contraceptives, it is much more important to promote female education and bring about a comprehensive societal change of awareness.

Johannes J. Frühbauer: Urbanity as a Paradigm of the Global. Socio-economic Challenges of Urbanization Processes in the 21st Century

The world-wide urbanization processes are marked by many challenges. They run from poverty and disintegration to the threat caused by climate change and natural catastrophes. Political control of the developing urbanization is getting difficult. On the other hand there is a strong demand for sustainability and attempts at practical and informal networking in the megacities. The precarious situation in the large agglomerations

can only be handled if the uncoordinated self-organization is supplemented by long-term strategies. One will have to learn from the mistakes of the past as well as from the practical experience from other megacities. A world-wide transfer of relevant know-how and a foresightful and not just reacting political control is needed here.

Wilhelm Rauscher: Alikehood in Diversity – Good News for Women and Men. Annual Meeting of Semaines Sociales de France 2012

New role-allocation for men and women was the subject of the French Social Weeks from 22 to 25 November 2012 in Paris. According to their self-image not to be a place for social debate but a formation of active Christians, the 3000 participants were offered a programme that would have made an adult education academy proud. The first day was devoted to the question: Where are we today with respect to the epochal process of gender mainstreaming? What was delivered by sociologists, historians, philosophers and psychologists as result of their research or personal opinion was – thus the impression of Jérôme Vignon, president of the social weeks – a sometimes “heavy confrontation with modernism”. The confrontation has a short-term political aspect, too: Since 7 November 2012 there is a draft bill of the socialist government for “marriage for all” on the table, which proposes same-sex marriages along with a right to adoption.



Résumés

Johannes Müller : Croissance démographique et pauvreté. Faits établis par les sciences sociales et réflexions d'éthique sociale

La croissance de la population mondiale, bien que ralentie, reste un facteur qui agit sur beaucoup de problèmes au niveau mondial. L'évolution se déroule cependant, de façon très différente. Voilà pourquoi il n'y a pas de solution globale à ces problèmes. La preuve en est que la pauvreté aussi bien que le bien-être peuvent limiter la croissance de la population. Parmi les différents aspects, ce sont la perspective du genre et le fait des migrations internationales qui exigent une attention particulière. Pour que la réflexion éthique puisse proposer une orientation pratique dans ce domaine de la vie, elle doit partir d'enquêtes scientifiques et d'une description précise des faits

Hermann Lotze-Campen : Croissance démographique et pénurie des ressources naturelles. Défis et hypothèses d'action

La population mondiale continue de croître. Pourtant, au cours des dernières décennies le taux de croissance annuelle a continuellement diminué. Pour élaborer de solides stratégies d'action, il est important de prendre en compte différents scénarii d'évolution de la population qui dessinent des scénarii du futur très différents. Les effets d'une croissance de la population mondiale sur la pénurie des ressources naturelles peuvent être analysés à partir de quatre facteurs : le nombre d'habitants, le revenu moyen par habitant, le modèle de consommation, l'intensité d'exploitation des ressources naturelles par la production.

Le développement technologique, la substitution, dans la production et la consommation, de produits renouve-

lables là où l'on utilisait les ressources naturelles ainsi que les délocalisations de productions liées au commerce international, sont des mécanismes importants conduisant à une réduction de la consommation des ressources naturelles. La régulation gouvernementale doit donner justes incitations en termes de prix pour assurer l'efficacité de ces mécanismes, cela par la fiscalité et la législation.

Une amélioration de l'infrastructure, de l'information ainsi qu'une formation des populations dès le plus jeune âge peuvent ouvrir la voie à de nouvelles solutions et, par des mesures régionales adaptées, contribuer à la maîtrise du processus de pénurie en ressources naturelles. Ainsi les bases nécessaires à un meilleur système de santé publique et une croissance économique stabilisée seraient assurées. Il y a des synergies évidentes entre la progression de l'efficacité dans l'usage des ressources naturelles et le ralentissement de la croissance de la population.

Shalini Randeria : La politique démographique d'un point de vue féministe. Des exemples provenant des Indes et de l'Afrique

Thomas Malthus (1766–1834) et le Marquis de Condorcet (1743–1794) connaissaient déjà les effets à long terme d'évolutions démographiques et leurs conséquences sociales. Ils s'en sont occupé en théorie et en politique. La persistance des oppositions qui, dès le début, existaient entre eux deux, apparaît dans les tentatives actuelles d'intervenir, par la politique démographique, dans la vie des familles dans les pays en voie de développement. On a souvent recours à une pensée technocratique sans prendre en compte l'importance des facteurs socio-culturels. Il ne suffit apparemment pas de distribuer des quantités de contracep-

tifs ; il est plus important de promouvoir la formation des femmes et de travailler à un changement des mentalités dans la société entière.

Johannes J. Frühbauer : L'urbain en tant que paradigme du global. Défis socio-économiques des processus d'urbanisation du 21^{ème} siècle

Les processus d'urbanisation mondiaux recèlent de nombreux défis. Ceux-ci vont de la pauvreté et de la désintégration jusqu'aux dangers liés au changement climatique et aux catastrophes naturelles. La régulation politique de l'urbanisation progressive se heurte partout à des limites. D'autre part, dans les mégacités, on peut observer une forte conscientisation en vue du développement durable ainsi que de nombreuses initiatives pratiques visant à créer des réseaux informels. La situation précaire des zones à forte concentration urbaine, qui, souvent, ne sont guère contrôlables, ne peut être maîtrisée que si l'auto-organisation un peu sauvage est complétée par des stratégies d'action à long terme. Ceci implique de tirer les leçons non seulement des fautes du passé mais aussi des pratiques déjà consolidées d'autres mégacités. Sont nécessaires un transfert, à l'échelle mondiale, des connaissances requises ainsi qu'une régulation politique qui essaie d'anticiper au lieu de réagir.

Wilhelm Rauscher : L'égalité dans la différence – une bonne nouvelle pour les femmes et les hommes. Session des Semaines Sociales de France 2012

La nouvelle distribution des rôles entre hommes et femmes fut le thème de la 87^{ème} Semaine Sociale de France qui s'est tenue du 22 au 25 novembre 2012 à Paris. Conscients de la vocation des Semaines Sociales d'être, d'une part un lieu de débats sur les sujets de so-

ciété, et d'autre part un temps de formation de chrétiens engagés, les organisateurs avaient proposés aux quelques 3000 participants un programme digne d'un cours universitaire. La première journée fut consacrée à un état des lieux. Où en sommes-nous dans le processus historique d'égalité hommes/femmes? Ce

que des sociologues, des historiens, des philosophes et des psychologues ont présenté comme les résultats de leurs recherches ou leurs points de vue personnels revenait – selon le Président des Semaines Sociales Jérôme Vignon – à une « confrontation parfois vigoureuse » avec la modernité. Cette confrontation fut, en

plus, renforcée par l'actualité politique. Le 7 novembre 2012, le gouvernement socialiste avait présenté son projet de loi sur le « mariage pour tous » qui ouvre la voie au mariage de couples homosexuels et leur donne des droits à l'adoption.

SCHWERPUNKTTHEMEN DER BISHER ERSCHIENENEN HEFTE

- | | | | |
|--------|---|--------|---|
| 4/2006 | Markt für Werte (vergriffen) | 2/2010 | Steuern erklären |
| 1/2007 | Lohnt die Arbeit? | 3/2010 | Neue Generation Internet – grenzenlos frei? |
| 2/2007 | Familie – Wachstumsmittel der Gesellschaft? | 4/2010 | Agrarpolitik und Welternährung |
| 3/2007 | Zuwanderung und Integration | 1/2011 | Zivilgesellschaft |
| 4/2007 | Internationale Finanzmärkte (vergriffen) | 2/2011 | LebensWert Arbeit |
| 1/2008 | Klima im Wandel | 3/2011 | Wohlstand ohne Wachstum? |
| 2/2008 | Armut/Prekariat | 4/2011 | Soziale Marktwirtschaft für Europa |
| 3/2008 | Gerüstet für den Frieden? | 1/2012 | Religionspolitik |
| 4/2008 | Unternehmensethik | 2/2012 | Was dem Frieden dient |
| 1/2009 | Wie sozial ist Europa? | 3/2012 | Finanzmärkte und Staatsschulden |
| 2/2009 | Hauptsache gesund? | 4/2012 | Stark gegen Rechts |
| 3/2009 | Caritas in veritate | 1/2013 | Bevölkerungswachstum |
| 4/2009 | Wende ohne Ende? | | |
| 1/2010 | Gerechte Energiepolitik | | |

VORSCHAU

Heft 2/2013
Schwerpunktthema: Interreligiöse Sozialethik

Heft 3/2013
Schwerpunktthema: Geschlechtergerechtigkeit

Heft 4/2013
Schwerpunktthema: Altern und Pflege